

Standpunkte

Zeitschrift der Studienvertretung VW/SozÖk/SEEP an der WU Wien

Volldampf voraus! Wege aus der Krise

Gesetz des tendenziellen Falls

Ob die Profitrate nun fällt oder nicht, hat Generationen von MarxistInnen beschäftigt. Daraum geht es nicht, sagt Patrick Mellacher und betont die dem Kapitalismus innewohnende Gefahr der Überproduktionskrise

1st Vienna Conference on Pluralism

Die Studierenden der Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien organisieren die erste von Studierenden ins Leben gerufene internationale Konferenz für Ökonomische Vielfalt. Von 10.-12. April an der WU

Investitionen für Europa

Ob sich der Investitionsplan Jean-Claude Junckers als Rettung aus der Krise oder doch eher als Rohrkrepierer entpuppt, dieser Frage geht Sarah Tesar in ihrem Beitrag nach und erörtert Für und Wider.

inhalt editorial

2 Die Studienvertretung berichtet

PLURALITÄT

4 Pluralismus in Wien von Chrisi Scheuch

6 Standardsituationen der Ökonomiekritik Gastbeitrag von Leonhard Dobusch

20 Unhilfreiche Ökonomik oder die Tugend der Verantwortungslosigkeit von Daniel Grabner und Benjamin Ferschli

27 EAPE – Europas heterodoxe Ökonominnen von Steffen Bettin

28 „It is going to be a big fight“ Interview mit Ha-Joon Chang

24 Wie der Keyensianismus nach Brasilien kam von Susanne Reither

SCHWERPUNKT

8 Junckers Investitionsplan: Stimulus oder Spiel auf Zeit? von Sarah Tesar

10 Wie erschreckend ist das Deflationsgespenst für die Eurozone wirklich? von Mathias Brunner und Jakob Promintzer

14 The Euro Crisis from a net lending and net borrowing perspective by Florentin Glötzl

18 Profitrate und Krisen Gastartikel von Patrick Mellacher

KOMMENTARE, REZENSIONEN

31 Das Geschäft mit dem guten Gewissen Kommentar von Lea Steininger

32 Kingston University London Erfahrungsbericht von Christian Koutny

33 Varoufakis ante portas Kommentar von Timm Leinker

34 Steuermythen Vorstellung von Patrick Pechmann

34 BEIGEWUM et. al.: Mythen des Reichtums Rezension von Lukas Lehner

33 Karl Polayi von Bogdan Mihajlovic

34 Frank Schirrmacher: EGO – Spiel des Lebens Rezension von Ruth Fulterer

33 Josef Steindl: Maturity and Stagnation Rezension von Victoria Fattinger

31 Wer unterrichtet dich? Interview mit Alyssa Schneebaum

VERANSTALTUNGSKALENDER

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was für ein aufregendes Semester!

Die Gesellschaft für Plurale Ökonomik stellt die erste Wiener Konferenz für Pluralität in der Ökonomie auf die Beine. Über 300 internationale Gäste werden erwartet. Das Programm verspricht gleich mehrere Highlights und wird diese Veranstaltung sicher für alle TeilnehmerInnen zu einer bleibenden Erfahrung machen. Wenn du diese Ausgabe der Standpunkte auf diesem Wege in die Hände bekommen hast, möchten wir dich an dieser Stelle sehr herzlich auf der VCPE begrüßen!

Im Mai sind wieder ÖH-Wahlen. Das heißt auch, dass das Team der Studienvertretung wechselt. Susanne, Franz und Florentin sind schon, oder werden gerade mit ihren Studien fertig, und auch wir von der Standpunkte-Redaktion gratulieren und bedanken uns für die viele Unterstützung, ohne die es nicht zuletzt die Standpunkte gar nicht gäbe.

Im Parlament läuft soeben der Untersuchungsausschuss zur Hypo-Alpe-Adria an. Viele Dokumente wurden der Geheimhaltung unterworfen, und noch ist nicht klar ist, wieviele der Sitzungen der Öffentlichkeit zugänglich sein werden. Gut denkbar, dass wir uns mit diesem Thema in einer der nächsten Ausgaben eingehender beschäftigen werden.

Die 13. Ausgabe Standpunkte, das ist schon fast so etwas wie ein Jubiläum für notorische PrimzahlfreundInnen. 2007 sind sie zum ersten Mal als Zeitung der Studienvertretung für das Diplomstudium Volkswirtschaft erschienen. Damit das auch in Zukunft gelingt, muss es auch in der Redaktion immer wieder Veränderungen und Erneuerungen geben. So haben wir eine neue Rubrik „Pluralität“ eingeführt, um dem Themen-Dauerbrenner gerecht zu werden. Aber auch auf der persönlichen Ebene gibt es immer wieder Veränderung: Einige der routinierten AutorInnen, LayouterInnen, OrganisatorInnen, LektorInnen, IllustratorInnen und RedakteurInnen blicken dem realistisch absehbaren Studienabschluss entgegen. Daher freuen wir uns noch mehr als sonst über jedes neue Gesicht auf unseren Redaktionssitzungen. Bei Interesse melde dich gerne jederzeit unter standpunkte.zeitung@gmail.com bei uns, oder schau einfach auf einer Redaktionssitzung vorbei!

Selbst schreiben statt vorschreiben lassen!

Wenn du Lust hast an den Standpunkten mitzuwirken schicke ein E-Mail an standpunkte.zeitung@gmail.com oder komm einfach bei der nächsten Redaktionsitzung vorbei (Mo, 27.4., 18.30h, D4.0.127)! Weitere Informationen und alte Ausgaben findest du auf den Seiten des VW-Zentrum und der Studienvertretung VW/SozÖk/SEEP.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen dieser mit 40 Seiten dicksten Standpunkte-Ausgabe aller Zeiten!

Alles Liebe!
Eure Standpunkte Redaktion

IMPRESSUM: Ausgabe Nr. 13, April 2015

HERAUSgeberIN: Mastervertretung VW/SozÖk/SEEP

CHEFINNENREDAKTION: Florian Bohinc, Tina Nötzl

REDAKTION Dieser AUSGABE: Susanne Reither, Florentin Glötzl, Franziska Dißlbacher, Erza Aruqaj, Mathias Brunner, Jakob Promintzer, Sarah Tesar, Daniel Grabner, Benjamin Ferschli, Ruth Fulterer, Lukas Lehner, Valentin Unger, Bogdan Mihajlovic, Patrick Pechmann, Steffen Bettin, Timm Leinker, Christian Koutny, Lea Steininger, Victoria Fattinger

LAYOUT: Florian Bohinc

Mastervertretung berichtet

Die Mastervertretung VW/SozÖk/SEEP ist die Studienvertretung der Masterprogramme Volkswirtschaft, Soziökonomie und Socio-Ecological Economics and Policy (SEEP). Wir vertreten die Interessen der Studierenden gegenüber der WU, pflegen die Vernetzung unter den Studierenden und stärken die Community um Mitbestimmungsmöglichkeiten ausbauen zu können.

Es ist uns wichtig ein vielfältiges Angebot an Vorträgen und Veranstaltungen zu bieten, mit Inhalten die über den Studienplan hinausgehen. Außerdem sehen wir es als permanente Aufgabe, Verbesserungsvorschläge bei den Studienplänen vorzubringen und an deren Entstehungsprozess teilzunehmen. Zu regelmäßigen Plenumstreffen sind alle Studierenden aus Bachelor und Master (und Doktorat!) eingeladen. Hier ist Raum zum Organisieren und Diskutieren. Bei uns kann jeder und jede mitmachen und Ideen einbringen, sei es zu Veranstaltungen, Studieninhalten oder zum Uni-Leben allgemein. Komm einfach beim nächsten Plenum vorbei!

Alles Liebe,
Susi + Florentin



ÖH-Wahl

Von 19.-21. Mai findet die nächste ÖH-Wahl statt. Das alte StV-Team wird sich verabschieden, aber neue KandidatInnen aus allen drei Masterprogrammen stehen bereits in den Startlöchern.

Eine erfreuliche Nachricht gibt es zu vermelden: Die nächste Studienvertretung für VW, SozÖk und SEEP wird nicht wie bisher drei, sondern fünf VertreterInnen umfassen.

Das bedeutet, du kannst bei der Wahl 5 (in Worten: fünf) KandidatInnen deine Stimme geben, denn es sind fünf Plätze in der Studienvertretung zu vergeben.

Wahlberechtigt sind alle Studierenden dieser drei Masterprogramme. Aber natürlich wird sich auch die nächste Studienvertretung um den Bachelor-Zweig VW&SozÖk kümmern!

Gesellschaft für Plurale Ökonomik

Wir beteiligen uns an der Anfang letzten Jahres gegründeten studentischen Initiative, die sich für mehr Vielfalt und theoretische Abwechslung im Studium einsetzt. Natürlich unterstützen wir auch die 1st Vienna Conference on Pluralism in Economics von 10.-12. April an der WU.

Ende Oktober gab es eine Podiumsdiskussion zum Thema *Relevanz, Realität, Modelle – Was Braucht die Ökonomie?* an der WU mit DiskutantInnen wie Ingrid Kubin, Alejandro Cunat, Peter Mooslechner und Elisabeth Hagen.

Du kannst die Aktivitäten der Gesellschaft für Plurale Ökonomik auf Facebook verfolgen oder dich unter pluralismus@wu.ac.at direkt bei uns melden!

Rückblick und Ausblick

Evaluierung des Masterprogramms Volkswirtschaft

Letztes Semester wurde von einer Kommission eine externe Evaluierung des Masterprogrammes vorgenommen. Daraus ableitend wird es ab diesem Semester Arbeitsgruppen geben, in denen wir vertreten sind, mit dem Ziel den Studienplan zu verändern. Dass diese Veränderungen zum Besseren und in unserem Sinne passieren, ist unsere Aufgabe. Wir werden einen eigenen Vorschlag abgeben, der auf den nächsten Plena gemeinsam erarbeitet werden soll.

Veranstaltung mit Hagen Krämer

Im Jänner luden wir Hagen Krämer, Professor an der Hochschule Karlsruhe zu uns nach Wien ein, wo er einen Vortrag über Thomas Piketty und die Verteilungsfrage hielt.

SOLV 6

Die Selbstorganisierte Lehrveranstaltung findet dieses Sommersemester bereits zum sechsten Mal statt und behandelt dies-

mal *Die Peripherie in der globalen Wirtschaft*. Die Ringvorlesung findet jeden Mittwoch um 17 Uhr statt (TC.3.01).

Die Planung für die SOLV7 im kommenden Wintersemester wird nach den Osterferien beginnen. Ein eigener Plenumstermin wird dafür reserviert. Mo, 20.4., 17 Uhr, D4.0.127

Lesekreis

Dieses Semester lesen wir Karl Polanyis *The Great Transformation*. Luise Gubitzer, Leitern des Instituts für Heterodoxe Ökonomie begleitet uns dabei. Die Termine sind: 14. 4., 28. 4., 12. 5., 26. 5., 9. 6., 23. 6., jeweils um 16.30 Uhr im Department VWL.

Plenum

Das Plenum findet neuerdings wöchentlich statt.
Jeden Montag, 16.30 Uhr, D4.0.127

ÖH-Wahl

Von 19.-21. Mai findet die nächste ÖH-Wahl statt. Erstmals seit Jahren wird die Bundesvertretung wieder direkt gewählt. Mach von deinem Wahlrecht Gebrauch und wähle deine nächste Vertretung für Volkswirtschaft, Soziökonomie und SEEP!

Pluralismus in Wien

Im Mai 2014 sorgte der internationale studentische Aufruf für eine Plurale Ökonomik weltweit für große mediale Aufmerksamkeit. Auch in Wien starteten daraufhin einige UnterstützerInnen eine Kooperation zum gemeinsamen Ziel, die ökonomische Lehre zu verändern. Nach einer erfolgreichen Podiumsdiskussion im Herbst 2014 organisieren sie im April 2015 die erste Konferenz zu Pluralismus in der Ökonomik.

Eine Selbsterklärung der **Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien**

Der Protest von Studierenden gegen Einseitigkeit im VWL-Lehrplan erregten letztes Jahr großes Aufsehen. Ökonomiestudierende aus 19 Ländern veröffentlichten ein Manifest, das harsche Kritik an der herrschenden Lehre beinhaltete. Nicht erst seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise steht die Ökonomie in der Kritik, zu einseitig an entscheidende Fragen heranzugehen. Historisch gesehen nimmt die Vielfalt der an VWL-Instituten gelehrt Theorien und Methoden ab. Die Neoklassik hat im letzten Jahrhundert erfolgreich die Rolle als dominanter theoretischer Ansatz an den Universitäten eingenommen. Zusätzlich hat die Lehre in der VWL kaum auf die Krise reagiert. Bis heute hören die Studierenden meist nur von Modellen, die bereits in Vorkrisenzeiten als veraltet und zu engstirnig galten, aber dennoch nahezu alternativlos unterrichtet wurden.

Die Forderung nach pluraler Ökonomik begründet sich in der Überzeugung, dass der aktuelle ökonomische Diskurs nicht in der Lage ist, zufriedenstellende Antworten auf gesellschaftliche Problemstellungen zu liefern. Das dominierende Paradigma der Wirtschaftswissenschaften hat sich – spätestens mit Blick auf die jüngsten Krisen – als unzureichend erwiesen.

Was ist plurale Ökonomik?

Plurale Ökonomik bedeutet, der Komplexität wirtschaftlicher Phänomene gerecht zu werden und ihre unleugbare Einbettung in soziologische, politische und historische Realitäten zu berücksichtigen. Hierzu sind aber sowohl eine umfangreiche Methodenvielfalt als auch eine breite Auswahl an einander ergänzenden Theorien und ein reger Austausch zwischen diesen erforderlich. Zwar existiert in der Forschung eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze, in der wissenschaftlichen Diskussion und insbesondere in der Lehre werden diese jedoch nur selten gleichberechtigt herangezogen. In der medialen und politischen Auseinandersetzung gehen alternative Ansätze daher meist unter. Gesellschaftliche

Praxis und wirtschaftspolitisches Handeln werden jedoch maßgeblich von Lehre und Forschung bestimmt.

In diesem Sinne fordert die Initiative unter anderem ein erweitertes Angebot an Kursen mit pluralen Inhalten und die vermehrte Einstellung von Lehrenden und Forschenden, die theoretische und methodische Vielfalt in die Lehre tragen. Darüber hinaus soll es eine intensive Kooperation mit sozialwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Fakultäten geben und eine spezielle Einrichtung zur Verantwortung interdisziplinärer Programme eingerichtet werden.

Wer steckt in Wien dahinter?

Aus der Überzeugung von der Notwendigkeit eines multiperspektivischen Ansatzes fordern deshalb seit Herbst 2013 Studierende und WissenschaftlerInnen theoretischen, methodischen und interdisziplinären Pluralismus. Die Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien stellt sich somit an die Seite einer wachsenden Zahl von Initiativen, die gemeinsam für mehr Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften einstehen. Sie ist Teil des im deutschsprachigen Raum aktiven Netzwerk Plurale Ökonomik und Mitinitiatorin der *International Student Initiative for Pluralism in Economics (ISIPE)*.

Die Wiener Initiative setzt sich aus kritischen Studierenden und jungen WissenschaftlerInnen aus dem Bereich der VWL und verwandten Fächern zusammen. An der WU wird die Initiative auch von der *Mastervertretung VW/SozÖk/SEEP* unterstützt. An der Universität Wien setzt sich der *Rote Börsenkrach (RBK)* seit Jahrzehnten für eine kritischere Lehre ein und arbeitet seit dem letzten Jahr eng mit der Gesellschaft für plurale Ökonomik zusammen. Die *VrauWL*, ein Kollektiv von VWL-Studentinnen und Ökonominnen in Wien unterstützt die Initiative ebenfalls seit Beginn.

Was ist bisher geschehen?

Mit dem Anliegen, die Auseinandersetzung mit pluraler Ökonomik zu fördern und die wissenschaftliche Debatte zu beleben, wurden bisher selbstorganisierte Lehrveranstaltungen (SOLV) an der WU und Universität Wien aufgebaut, sowie medienwirksam Artikel in der Presse platziert. Darüber hinaus wurde durch Gremienarbeit aktiv auf Lehrpläne eingewirkt und eine zwei Hörsäle füllende Podiumsdiskussion organisiert. Letztere wurde von ÖkonomInnen aus Forschungsinstituten, Universitäten und der Nationalbank besetzt und von einem breiten Publikum von Studierenden unterschiedlicher Universitäten und Interessierten aus anderen gesellschaftlichen Bereichen besucht.



Auf der Podiumsdiskussion im Oktober 2014 wurde heiß diskutiert: Jakob Kapeller, Peter Moosechner, Elisabeth Hagen, Miriam Rehm, Ingrid Kubin, Alejandro Cunat (v.li.)

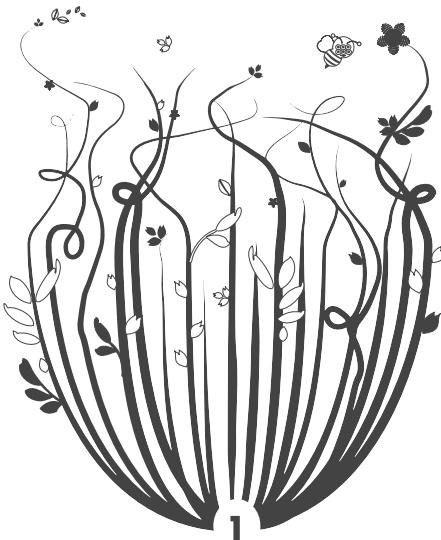
Insbesondere die Podiumsdiskussion hatte zum Ziel, auf folgende Fragen Antworten zu suchen: Wie viel Pluralismus ist im Moment in der Volkswirtschaftslehre vorhanden? Gibt es eine Disparität zwischen angewandter und akademischer Forschung, bzw. zwischen Forschung und Lehre? Wie ist die Diskussion um Pluralität in Bezug auf die aktuelle

Finanzkrise zu sehen? Hätte mehr Pluralismus die Qualität der Prognosefähigkeit und der politischen Antworten auf die Krise erhöhen können? Obwohl keine konsensuellen Antworten gefunden werden konnten, wurde der Wunsch nach einer vielfältigeren Wirtschaftswissenschaft formuliert und eingehend diskutiert.

Welche Konferenz?

Den Höhepunkt der bisherigen gemeinsamen Arbeit stellt die erste Wiener Konferenz für Pluralismus in der Ökonomik von 10.-12. April 2015 am Campus der WU Wien dar. Die Konferenz soll zeitgerechten Ansätzen in der VWL einen Raum geben. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, ihre Konzepte, sowie aktuelle Forschungsergebnisse vorzustellen und zu diskutieren. Die Konferenz richtet sich nicht nur an die Forschungs-Community, sondern vor allem auch an interessierte Studierende und EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft.

Die Ziele der Konferenz sind insbesondere, die Forschung auf multi-perspektivischer



Plurale Ökonomik

Ebene zu fördern, Vernetzung von For-scherInnen, die plurale sowie interdisziplinäre Ansätze verfolgen, zu erleichtern, EntscheidungsträgerInnen innovative Lö-sungskonzepte näherzubringen und Start-punkte für neue Forschungsinitiativen zu liefern. Zusätzlich soll in der akademischen und allgemeinen Öffentlichkeit ein Zeichen gesetzt werden, dass plurale Forschung und Lehre gesellschaftlich unabdingbar sind und Lösungsansätze für die Behandlung gegen-wärtiger Wirtschaftsprobleme präsentieren können.

Was passiert dort?

Präsentiert werden an die 100 Beiträge in akademischen Sessions für 300 Teilnehmende. Dabei sind Einreichungen von etablierten ProfessorInnen bis zu fortgeschrittenen Stu-dierenden. 12 hochkarätige WissenschaftlerInnen im Scientific Advisory Board bürgen für die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit der Einreichungen und kommentieren die einzelnen Beiträge. Mit der Konferenz soll die Vielfalt gestärkt werden damit die ökono-mische Forschung realen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen kann.

Auf der Konferenz wird es 6 verschiedene Tracks mit unterschiedlichen Schwerpunkten geben: Wechselwirkungen zwischen Umwelt und sozioökonomischen Systemen, die Rolle von Arbeit im 21. Jahrhundert, Verteilung von Vermögen und Macht, Finanzmärkte, Me-thodologie einer pluralen Ökonomik und die Lehre von pluralen Ansätzen. Zusätzlich wird es noch Spezialeinheiten und Keynote Lectures von renommierten For-scherInnen geben. Damit ist für alle, die sich mit Lehre und Forschung abseits des ökonomischen Main-streams beschäftigen wollen, etwas dabei.

Chrisi Scheuch, der diesen Text redaktionell betreut hat, studiert Volkswirtschaftslehre an der Uni Wien

VCPE

1st Vienna Conference on Pluralism in Economics

Keynotes:

- Ioana Negru, Senior Lecturer an der School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London.
- Pasquale Tridico, Professor in European Economic Integration an der Universität Roma Tre und General Secretary der European Association for Evolutionary Political Economy (EAEP).
- Engelbert Stockhammer, Professor in Economics an der Kingston University, London.

10.-12. April, WU Wien
weitere Infos:
conference.plurale-oekonomik.at

Sessions:

- Living with our natural surroundings
- The role of labor in the 21st century
- Redistributing wealth & power
- Financial markets and the role of money
- Methodology of pluralist economics
- Teaching of pluralist economics
- Special Sessions on Political Economy of the Media, Pluralism in Ecological Economics, Feminist Economics

Links

Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien
plurale-oekonomik.at

Roter Börsenkrach
univie.ac.at/strv-vwl

VrauWL
univie.ac.at/strv-vwl/vrauwl

Netzwerk Plurale Ökonomik
plurale-oekonomik.de

International Student Initiative
isipe.net

Standardsituationen der Ökonomiekritik Für und Wider den Mainstream

Trotz einer seit Jahren wachsenden Bewegung für mehr Pluralismus in der Ökonomie ist die ökonomische Forschung und Lehre weiterhin von theoretischer und methodischer Einseitigkeit gekennzeichnet. Zur Verteidigung dieser Forschungsausrichtung gegenüber internen und externen KritikerInnen folgt die etablierte ökonomische Forschung einem standardisierten Muster der Kritikabwehr. Dieser Artikel widmet sich deshalb einer Auswahl der häufigsten Standardsituationen der Ökonomiekritik. Gastbeitrag von **Leonhard Dobusch**

Bewegung für Pluralismus in der Ökonomie

Die wachsende Kritik am herrschenden ökonomischen Diskurs in Forschung und Lehre ist, unter anderem, auch eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Zentrum der Kritik steht dabei theoretische und methodische Engführung der ökonomischen Disziplin, die sowohl zu einer verkürzten Analyse der Krisenursachen als auch zu einem eingeschränkten Blick auf mögliche Lösungswege führt. Initiativen wie das von Volkswirtschaftsstudierenden gegründete "Netzwerk Plurale Ökonomik" und die "International Student Initiative for Pluralism in Economics" versuchen deshalb mittels selbstorganisierter Ringvorlesungen zu zeigen, dass es auch ökonomische Ideen und Konzepte jenseits des neoklassisch fundierten Mainstreams gibt – Videos dieser Vorlesungen finden sich in einem eigenen YouTube-Kanal.

In Diskussionen mit ihren ProfessorInnen stoßen die Studierenden mit ihren Wünschen nach mehr Vielfalt in der Lehre jedoch zumeist auf taube Ohren. Den Einwänden der Studierenden wird dabei in der Regel mit sehr ähnlichen Antworten begegnet – zusammen bilden diese Diskussionen das, was man Standardsituationen der Ökonomiekritik nennen könnte. Im Folgenden ein persönliches Best-of ökonomischer Kritikabwehr auf Basis eigener Erfahrungen und Fragen von Studierenden samt Versuch, Antworten auf die Antworten zu geben.

Standardsituation: Lehre vs. Forschung

Gerade Studierenden wird auf die Forderung nach mehr Theorien- und Methodenvielfalt oft entgegengehalten, dass Lehre und Lehrbücher zwar neoklassisch ausgerichtet sein mögen, die aktuellste Forschung jedoch längst weit darüber hinausgehen würde. Deren formal-mathematisch oder ökonometrisch fundierte Erkenntnisse könne aber nur verstehen, wer zuvor viel Zeit in die Einübung von Grundlagen investiere. Die Beschränkung auf neoklassische Theorie wird so als notwendige Vereinfachung präsentiert;

fortgeschrittene (Doktorats-)Studierende könnten dann das enge neoklassische Korsett verlassen.

Mit dieser Antwort sind gleich eine Reihe von Problemen verbunden:

1. Dieses Argument erklärt nicht, warum alternative Theorien und Methoden in der Lehre de facto völlig ausgeblendet werden. In anderen sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen wie Soziologie oder BWL sind Einführungskurse mit einer größeren Zahl an Theorien eine Selbstverständlichkeit. Auch in methodischer Hinsicht gehören Grundlagen in quantitativ-statistischen und qualitativ-fallstudienbasierten Methoden dort zum Kerncurriculum.
2. Der enge Fokus auf neoklassische Theorie und formale bzw. ökonometrische Methoden in der Lehre verhindert mittelfristig auch größere Theorienvielfalt in der Forschung: wie soll jemand eine Doktorarbeit auf Basis evolutionär- oder institutionell-ökonomischer Theorie verfassen, wenn er oder sie von diesen Theorien noch nie zuvor gehört hat?
3. Mit der Theorienvielfalt in der Forschung ist es dann doch nicht so weit her, wie die Replik vieler ÖkonomInnen glauben lassen möchte: hier bilden lehrbuchartige Modelle und deren Annahmen zumeist den zentralen Referenzrahmen.

Standardsituation: Feigenblätter vs. Strohmänner

In der Regel handelt es sich bei Beispielen für „alternative“ theoretische Ansätze in der ökonomischen Forschung um rhetorische Feigenblätter. Einzelne Studien, die in einzelnen Punkten vom neoklassischen Standardmodell abweichen, werden als Beleg für die vorhandene Pluralität der Ökonomie bemüht.

Das Problem ist jedoch, dass Erkenntnisse dieser abweichenden Studien nicht in den Kernbestand neoklassisch fundierter

Ökonomie zurückwirken. Mehr noch, gilt das standardisierte Lehrbuchmodell zumeist als Referenzmaßstab empirischer Beobachtungen: so arbeiten etwa verhaltensökonomische Studien ihre Resultate regelmäßig in Referenz zum Rationalitätsverständnis des neoklassischen Homo Oeconomicus ab. Letzteres wird damit in seiner Rolle als zentrale Säule ökonomischer Theoriebildung weiter gefestigt.

Umgekehrt wird dann der Kritik an ökonomischer Theorie und Lehre entgegengehalten, sie arbeite sich an Strohmännern ab: die KritikerInnen der Ökonomie machen es sich zu einfach, der herrschende ökonomische Mainstream sei inzwischen viel breiter und pluralistischer. „Belegt“ wird das mit einer stetig wachsenden Zahl an Modellen, die von unterschiedlichen Annahmen ausgehen.

Standardsituation: Modellvielfalt vs. Theorienvielfalt

Der Verweis auf die große Vielfalt an formalen Modellen wirft tatsächlich die Frage auf, inwieweit Modellvielfalt der geforderten Theorienvielfalt entspricht. Mit anderen Worten, sind Modelle mit anderen Annahmen nicht auch andere Theorien und damit per se Beleg eines vielfältigen ökonomischen Denkens? Eine derartige Replik bleibt jedoch unzureichend:

Erstens führt die Anrufung einer großen Modellvielfalt zu einer systematischen Infragestellung der internen Konsistenz mainstreamökonomischer Theoriebildung, da die hier referenzierten unterschiedlichen Modelle mit teils widersprüchlichen Annahmen und Ergebnissen aufwarten, die nicht so ohne weiteres miteinander vereinbar sind. Ohne weitere Annahmen und Aussagen darüber, wie diese Widersprüche in weiterer Folge aufgelöst werden, lässt sich hier keine kohärente Theorie mehr erkennen.

Zweitens zeigt das Generieren immer komplexerer Variationen ökonomischer Stan-

dardmodelle, dass hier vor allem solche alternativen Annahmen und Hypothesen Verwendung finden, die verhältnismäßig leicht in das Standardmodell zu inkorporieren sind. Umgekehrt werden Annahmen, die die neoklassischen Rahmenheuristiken grundlegend in Frage stellen würden – wie etwa Annahmen über nicht-optimierendes Verhalten, endogene Geldschöpfung oder Ungleichheit als verursachende Variable – zumeist weitläufig umschifft.

Selbst wenn man eine gewisse Öffnung hinsichtlich zulässiger Modellannahmen konzedieren mag, ändert dies nur wenig an der methodischen Engführung der Disziplin auf Basis von mathematisch lösbarer Gleichgewichtsmodellen und ökonometrischen Studien. Eine zentrale Rechtfertigung für diesen methodischen Fokus wiederum verweist auf die Präzision mathematischer Beschreibung und die Genauigkeit ökonometrischer Analysen.

Standardsituation: **Präzision vs. Relevanz**

Bis zu einem gewissen Grad lassen sich Theorie und Methode nicht völlig voneinander trennen. Evolutionär-ökonomische Ansätze in der Tradition Joseph A. Schumpeters lehnen Gleichgewichtsmodelle grundsätzlich ab und erfordern alleine schon deshalb andere Methoden (wie beispielsweise agentenbasierte Computersimulationen oder historische Fallstudien).

Gerade gegen derartige Ansätze werden dann jedoch fehlende Präzision und mangelnde Verallgemeinerbarkeit eingewandt. Würde man umgekehrt die analytische Adäquatheit der ahistorischen Universalität mathematisch formulierter Zusammenhänge genauso kritisch in den Blick nehmen, würde wohl klar werden, dass dieser Ansatz mit mindestens ebenso großen Operationalisierungsproblemen zu kämpfen hat. Auch hier gilt: ein sowohl-als-auch von formal-mathematisch und historisch-qualitativen Ansätzen würde helfen, die jeweiligen blinden Flecken und analytischen Grenzen dieser Methoden aufzudecken und zu verstehen.

Fazit

Natürlich entwickelt sich der ökonomische Mainstream weiter, wenn auch in den Lehrbüchern und Hörsälen bislang kaum etwas davon angekommen ist. Kritik an der

Mainstream-Ökonomie ist deshalb gut beraten, möglichst differenziert und nicht nur gegen Strohmänner zu argumentieren: natürlich ist es ein Fortschritt, wenn auch neoklassische Ökonomen wie Thomas Piketty sich Verteilungsfragen widmen. Die Aufmerksamkeit für sein Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ gerade auch im ökonomischen Mainstream zeigt, dass die Krise nicht völlig spurlos an der ökonomischen Disziplin vorbeigegangen ist.

Gleichzeitig gilt es aber auch, VerfechterInnen des ökonomischen Status quo nicht mit Standardeinwänden davon zu

lassen. Pluralismus in der Ökonomie muss letztlich in der Lehre anfangen – nur so kann er auch in der Forschung ankommen.

Leonhard Dobusch ist Juniorprofessor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin

Dieser Artikel ist im Blog „Arbeit & Wirtschaft“ erschienen. Im Rahmen unserer neuen Kooperation werden auch Standpunkte-Artikel auf dem Blog veröffentlicht.



blog.arbeit-wirtschaft.at

Blog blog.arbeit-wirtschaft.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Dazu bringen engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung kurze Analysen und klare Argumente zu aktuellen Diskussionen auf den Blog.

Anklicken

blog.arbeit-wirtschaft.at

twitter.com/AundW

facebook.com/arbeit.wirtschaft



Junckers Investitionsplan

Stimulus für die europäische Wirtschaft oder Spiel auf Zeit?

Im November 2014 präsentierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sein Rezept zur Ankurbelung der krisengebeutelten europäischen Wirtschaft der Öffentlichkeit. 21 Milliarden Euro sollen aus dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) binnen 3 Jahren auf über 300 Milliarden vervielfacht in die Realwirtschaft fließen. Der intendierte Hebeleffekt entpuppt sich bei genauerer Betrachtung allerdings eher als Luftschloss.

von Sarah Tesar

Der Inhalt des „Juncker Booster“

„Public-Private-Partnership-Modelle“ sind die Wunderwaffe, welche der Europäischen Wirtschaft den dringend nötigen wachstumsfördernden Impuls geben sollen. 21 Milliarden Euro aus dem EFSI Fonds sollen in Form von Teilabsicherungen zur Finanzierung von zuvor seitens der EU ausgewählten Investitionsprojekten eingesetzt werden. Konkret bedeutet dies, dass die Europäische Investitionsbank durch die Verwaltung des Fonds eine Absicherung der Erstverluste bietet, sofern sich die kreditfinanzierten Projekte als nicht profitabel erweisen würden. Durch diese Teilabsicherung sollen private InvestorInnen angelockt wer-

den und so zusätzlich zu den 21 Milliarden aus dem EFSI private Gelder in das Investitions paket fließen. Aber auch die Mitgliedsstaaten sollen entweder durch Beteiligung am Fonds oder durch Kofinanzierung einzelner Projekte einen Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft leisten.

Um diese zusätzlichen Ausgaben den Ländern schmackhaft zu machen sollen sie laut Juncker nicht auf das Budgetdefizit ange rechnet werden. Durch die Realisierung neuer Projekte sollen weiters bis zu 1,3 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden was wiederum zu einer Steigerung der Nachfrage führen soll. [1]

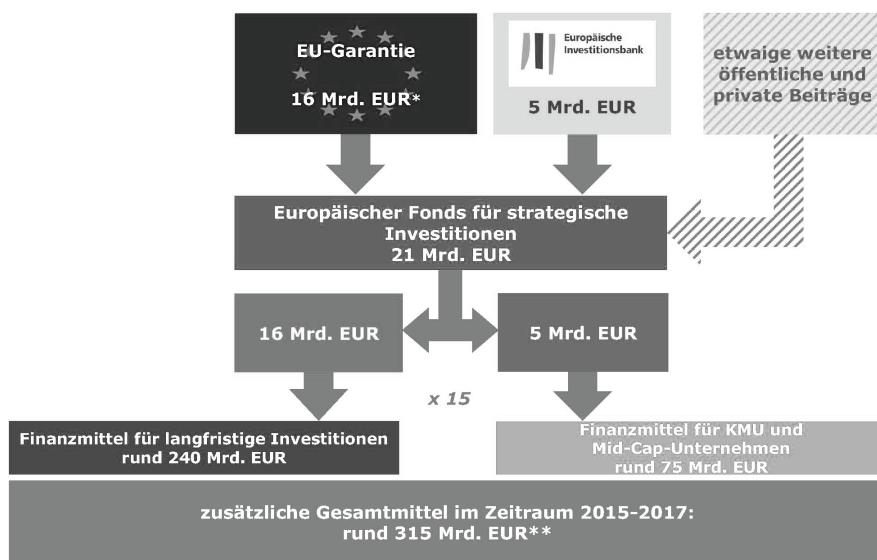
Woher stammen die 21 Milliarden?

Die EU-Garantien in der Höhe von 16 Milliarden Euro setzen sich laut EU-Kommission aus 2 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt sowie 6 Milliarden aus bereits gebundenen Mitteln zusammen. Woher die restlichen 8 Milliarden genau stammen, ist nicht näher ausgeführt, die 16 Milliarden sollen aber „schrittweise bis Mitte 2015 aufgebaut werden“. Weitere 5 Milliarden fließen seitens der Europäischen Investment Bank in den EFSI. Es handelt sich also größtenteils um eine Umwidmung bestehender Gelder, welche als Lockmittel für weitere Einzahlungen fungieren sollen. Der Multiplikatoreffekt, welcher die 21 Milliarden

auf 315 „hebeln“ soll, beruht auf früheren Erfahrungswerten von EIB-Programmen.

„Durch den Multiplikatoreffekt des EFSI wird es dem Fonds ermöglicht, für jeden Euro aus öffentlichen Mitteln drei Euro in nachrangige Schuldtitle eines bestimmten Projekts zu investieren, sodass private InvestorInnen fünf Euro in die sichereren, vorrangigen Tranchen dieses Projekts investieren können. Das bedeutet, dass ein Euro letztlich zu einer Investition in Höhe von 15 Euro führt, der Multiplikatoreffekt also insgesamt 1:15 beträgt, so die Europäische Kommission. Im Gegensatz zu den bisher kaum genutzten „Projektanleihen“, die seitens der EU bereitgestellt wurden, können durch den EFSI Sektor- und grenzübergreifene Projekte finanziert werden. [2]

Woher stammen die Gelder?



* 50 % Garantie = 8 Mrd. EUR aus der Infrastrukturfazilität Connecting Europe (3,3), Horizont 2020 (2,7) und Haushaltsumlage (2)

** abzüglich der als Garantie verwendeten anfänglichen EU-Beiträge: 307 Mrd. EUR

Das Say'sche Theorem als ökonomische Grundlage?

Junckers Plan steht klar in der Tradition des Theorems von Jean Baptiste Say, wonach sich jedes volkswirtschaftliche Angebot seine eigene Nachfrage schafft. Durch die Errichtung oder Ausweitung von Produktionsanlagen sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, was zu einer Einkommenserhöhung der Bevölkerung führt und folglich auch zu einer erhöhten Nachfrage nach angebotenen Gütern und Dienstleistungen. Die Kosten der Angebotsausweitung sollen durch die resultierende Einnahmenerhöhung der Unternehmen – aufgrund der erhöhten Produktion – gedeckt werden. [3]

Junckers Investitionsplan scheint bei genauerer Betrachtung ebenso an eine stark angebotsseitige Konzeptionierung anzuknüpfen. Demnach soll die Bereitstellung teilabgesicherter Fremdfinanzierung risikoreiche Projekte zeitigen, welche zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erwirtschaftung multiplikatorischer Renditen führen. Die Frage ist, ob diese Idee auch in der Praxis funktioniert oder lediglich eine Tautologie bleibt um als Zahlungsmittel für das derzeit knappste Gut am europäischen Wirtschaftsmarkt zu fungieren – Zeit.

Die Schattenseiten des Investitionsplans

Kurzfristig kann die Investitionsstrategie durchaus als Stimmungsaufheller am europäischen Markt einen optimistischen Weckruf erzeugen. Langfristig stellt sich die Frage, ob die teilbesicherten Kredite überhaupt nachgefragt werden. Die Stagnation in der Eurozone könnte die Unternehmen dazu veranlassen, Liquiditätsreserven aufzubauen um für zukünftige Einbrüche gewappnet zu sein.

Zudem versprechen Anlagen auf dem Finanzmarkt derzeit höhere und vor allem

schnellere Rückflüsse als auf dem Gütermarkt – ein Faktor der bei der Prognose von Marktmechanismen nicht außer Acht gelassen werden sollte. Möchte man Unternehmen die Umsetzung von langfristigen Projekten als Stimulus für die Realwirtschaft schmackhaft machen, darf auf die Nachfrageseite keineswegs vergessen werden. Dafür ist eine Steigerung der realen Einkünfte unumgänglich. Vor allem die unteren Einkommensschichten sind von der stagnierenden Entwicklung der realen Kaufkraft betroffen, verstärkt um die wachsende Ungleichverteilung zwischen Vermögen und Einkommen innerhalb der Bevölkerung. Das Problem der Unterkonsumation kann durch ein Überangebot langfristig auch nicht gelöst werden. Ein Investitionsstimulus ist also nicht der Weg, der Europa aus der Krise holt. Darin ist sich im Großen und Ganzen auch die Politik im Klaren und betont das Zusammenspiel der Investitionsförderung und der vermehrten Einführung struktureller Reformen.

Der Begriff „strukturelle Reform“ ist allerdings genauso schwammig wie inflationär verwendet. Der strikte Austeritätskurs in der Eurozone konterkariert jede sinnvolle angebotsseitige Maßnahme. Ein weiteres Hindernis sind bürokratische Hürden, unter denen vor allem Klein und Mittelbetriebe zu leiden haben. Die Projekte, die aus dem Fonds teilfinanziert werden sollen müssen erst bei der EU eingereicht werden, vom „Investitionsausschuss begutachtet und freigegeben werden, bevor diese verwirklicht werden können. Dabei spielen vor allem die Förderung von EU-Zielen, die Höhe der sozioökonomischen Rendite und der Zeitfaktor der Projekte eine entscheidende Rolle bei der Beurteilung.“

Die Amortisationsdauer der geförderten Projekte mit einer kurzfristigen Dauer von drei Jahren anzugeben, erscheint unter die-

sem Gesichtspunkt zu optimistisch, wenn man bedenkt dass erste Rückflüsse erst nach Fertigstellung der Projekte fließen werden. Eine gezielte direkte Förderung einzelner Projekte seitens der EU in Kombination mit einer Lockerung des Fiskalpakts, mehr Dynamik bei der Reallohnentwicklung sowie verteilungswirksamen Reformen in der Steuerpolitik wären ein guter Mix aus angebotsseitigen und nachfrageseitigen Maßnahmen.

„Denn welcher Unternehmer soll bei der gegenwärtigen trostlosen Marktlage, bei der er schon seine bisherige Produktion nicht voll abzusetzen vermochte und fortgesetzt drosseln musste, den Mut haben, geradezu ins Blaue hinein mehr zu produzieren.“ [4]

Sarah Tesar studiert
Master Volkswirtschaft an der WU

Quellen:

- [1] www.zukunfteuropa.at, aufgerufen am 25.01.2015
- [2] EU Kommission, FAQ zum Investitions paket: http://ec.europa.eu/priorities/jobs-growth-investment/plan/docs/investment-plan-qa_de.pdf; aufgerufen am 25.01.2015
- [3] <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/55415/sayssches-theorem-v7.html>, aufgerufen am 25.01.2015.
- [4] Wilhelm Lautenbach, Kapitalbildung und Kapitalverwendung, 1932

Wie erschreckend ist das Deflationsgespenst für die Eurozone wirklich?

Trotz einiger Zeichen des Aufschwungs in manchen Teilen Europas ist die Preisentwicklung der letzten Monate alles andere als vielversprechend, das Ausmaß der Rückläufigkeit der Preise in den letzten Monaten war selbst für Notenbanker überraschend. Ein fundiertes Verständnis der aktuellen preislichen Struktur ist somit unerlässlich – beispielsweise um sich nicht von unreflektierten Meinungen anstecken zu lassen, oder um sich frühzeitig einer möglichen wachstumsvernichtenden japanähnlichen Deflationsspirale bewusst zu sein.

von **Mathias Brunner** und **Jakob Promintzer**

Nur sehr gemächlich dringt die Gefahr eines Preisrückgangs ins kollektive Bewusstsein ein. Die *Alles-wird-immer-teurer-Wutbürger-Rhetorik* scheint nun allerdings tatsächlich – durch die zunehmend stärkere mediale Aufbereitung des Themas Deflation – ein wenig den Boden unter den Füßen zu verlieren. Fakt ist jedenfalls, dass seit der Großen Rezession 2008 immer wieder Deflationen beobachtet werden, und wir in Europa daher weit davon entfernt sind eine zu hohe Inflation als unsere vordringlichste Sorge zu bezeichnen. Aber sollten wir uns nun um die niedrige Inflation beziehungsweise drohende Deflation sorgen? Könnte ein Preisrückgang die anhaltende Krise in Europa wieder verschärfen? Wie sind Deflationen historisch zu beurteilen und wie theoretisch?

Deflationen und Rezessionen

Historisch betrachtet stehen Deflationen jedenfalls nicht notwendigerweise mit Wirtschaftseinbrüchen in Zusammenhang. Ganz im Gegenteil: Für die 100 Jahre von 1830 bis inklusive 1929 finden Bordo et al. in ihren Daten für 17 Länder insgesamt 79 Deflationsperioden, davon waren 24 rezessiv (Bordo & Filardo, 2005). Im Durchschnitt kann für diese Deflationsperioden ein jährliches Wachstum des BIP von annähernd 10% festgestellt werden. Bildet man für jedes Land einen Durchschnitt, so ergeben sich nur für 3 von 17 Ländern negative Wachstumszahlen während dieser Preisrückgänge. Das BIP der USA stieg beispielsweise während seiner Deflationsperioden im Schnitt um 18% pro Jahr, das Japans gar um sagenhafte 25%.

Umgekehrt traten in der Geschichte auch immer wieder Rezessionen auf, die nicht deflationär waren. Dazu sei auf die Stagflation der 1970er Jahre verwiesen, die sich im Zuge des Ölpreisanstieges ereignete. Trotz einer Rezession und gestiegener Arbeitslosigkeit wur-

den damals weiterhin (für viele überraschend) hohe Inflationsraten verzeichnet. Was hat es mit der Deflation also wirklich auf sich?

China und Japan

Cargill et al. liefern einen interessanten Vergleich von Deflationen anhand von China und Japan (Cargill & Parker, 2004). Die deflationäre Entwicklung sorgte in Japan seit Mitte der 1990er für real höhere Zinsen, begünstigte damit das Sparverhalten, machte sowohl Konsum als auch Investitionen unattraktiv, erschwerte die Schuldentlastung und führte zu zurückhaltender Kreditvergabe. Die Nachfrage brach daher ein und erzeugte ein negatives Feedback auf das Angebot. Stagnation und auch Rezession waren die Folgen und dauern bis heute an. Nach Cargill et al. handelt es sich hierbei um eine nachfragegetriebene Deflation.

Ein konträren Deflationsbeispiel bietet China. Obwohl man bei China typischerweise an erstaunliche Wachstumszahlen und an hohe Inflationsraten denkt, kam es auch im Land der Mitte von 1997 bis 2002 zu einem Preisrückgang von 4,3%, wie Cargill et al. darlegen. Gleichzeitig kam es aber nicht zu verminderter Wachstum. Die gesamtwirtschaftliche Ausweitung des Angebotes führte in China dazu, dass der Preisrückgang in einem positiven wirtschaftlichen Umfeld stattfinden konnte, ähnlich wie in den USA oder Japan 100 Jahre zuvor. Technologischer Fortschritt, Produktivitätszuwächse und eine sektorale Umstrukturierung können als typische Merkmale einer solchen angebotsgetriebenen Deflation genannt werden. In einem derartigen Umfeld können sich die nachfragehemmenden Wirkungen der Deflation nicht manifestieren. Wenn es zu Preisrückgängen kommt, ist daher entscheidend, ob sich diese in einem Klima des steigenden Angebotes wie in China, oder aber sinkender Nachfrage wie in Japan ereignen.

Europas derzeitige wirtschaftliche Entwicklung korrespondiert eindeutig mit jener von Japan, wo ganz nebenbei ebenfalls eine Immobilienpreisblase zündende Ursache für die krisenhafte Entwicklung war (Koo, 2011). Obwohl also momentan eine nachfragegetriebene Preisentwicklung und eine der schwersten krisenbedingten Rezessionen der jüngeren Vergangenheit beobachtet werden, ist das Preisniveau über längere Zeit erstaunlich stabil geblieben. Zurecht fragte der IMF in *The Dog that didn't bark* nach der ausbleibenden Deflation (IMF, 2013).

NAIRU, Price-Stickiness, Zins oder Erwartungen?

Als möglichen Grund erwägt der IMF einen Anstieg der NAIRU und mithin eine höhere strukturelle Arbeitslosigkeit. Die OECD liefert dazu passende Zahlen und geht beispielsweise für Griechenland von einem unrealistischen Anstieg der natürlichen Arbeitslosenrate aus: von 11,8% in 2009 auf 14,1% in 2010 und 17,3% in 2015 (OECD, 2013; OECD, 2014). Andere gängige Theorien verweisen ebenfalls auf den Arbeitsmarkt und die Lohnrigiditäten, die dort angeblich vorherrschen und verhindern, dass bei schwacher Nachfrage die Preise fallen. Wieder andere Theorien betonen die Wichtigkeit der Wirkung des realen Zinssatzes, der die Verschuldung aufbläht und die Kreditnachfrage abschwächt.

DeLong (2013) hingegen erklärt die Situation in den Jahren nach 2008 mit einem *safety squeeze*. Der niedrige Leitzins sowie die erstaunlichen Mengen Liquidität, die in die Wirtschaft gepumpt wurden, spielen nach diesem Konzept eine zweitrangige Rolle. Woran es nämlich wirklich fehle, sei Vertrauen. Diese Logik lässt sich auf die Preisentwicklung umlegen, was helfen kann die Ängste der Menschen nachzuvollziehen. Die aus der Krise resultierende Vernichtung von Vermögen,

die sich daraus ergebende Überschuldung, unbefriedigend niedrige Lohnabschlüsse und Sozialabbau (nicht nur in den Krisenländern) und die große Unsicherheit, die in solchen Zeiten herrscht, haben den Wohlstand vieler EuropäerInnen zweifellos geschmälert. Das resultierende Gefühl eines sich-weniger-leisten-Könnens wird als starker Preisanstieg wahrgenommen und (bewusst oder unbewusst) mit hoher Inflation assoziiert, obwohl diese in Wirklichkeit nicht auftritt. Dadurch herrscht Inflationsangst. Die Sorge vor ansteigenden Preisen verhindert folglich ein Absinken ebendieser. Folglich hat die Krise zu Inflationserwartungen geführt, welche die tatsächliche Preisentwicklung konterkariert und damit teilweise abgedeckt haben. Zu einer ähnlichen Betonung der Wichtigkeit von Inflationserwartungen für die Preisentwicklung gelangen auch Coibion et al. (2013).

Was immer auch die Umstände waren, die einem dem Output-Gap entsprechenden Preisrückgang zunächst vorbeugen konnten, sie scheinen nicht länger vorzuerrschen.

Die Suche nach dem Deflationsgespenst

Die Sichtweise von ÖkonomInnen wie Koo (2011), welche Parallelen zwischen der japanischen Situation von niedrigen Wirtschaftswachstum und Deflation in Europa sehen (Japanification), fließt seit der offiziellen Beschäftigung der EZB mit Deflationstendenzen zunehmend auch in die öffentliche Diskussion ein. Diese historische Betrachtungsweise ist ein Teil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema. Dem stehen komplexe Modellanalysen gegenüber, welche die Gefahr einer Deflation für die Eurozone von einem methodischen Standpunkt aus betrachten.

Deflation kann zur Gefahr werden, jedoch gibt es insbesondere aus Deutschland die Mahnung, dass die andauernde expansive Geldpolitik (i.e. sehr niedrige Zinsen) bei Banken und Schattenbanken eine „search for yield“-Mentalität erzeugen kann, was zu einer zunehmenden Aufnahme von Risiken führt. Blasenbildungen und mithin eine erneute Destabilisierung unserer Wirtschaft könnten die Folgen sein.

Eine häufig verwendete Argumentation von sogenannten Falken – NotenbankenInnen welche ein striktes Inflation Targeting

bevorzugen – lautet, dass das Geld, welches durch expansive Geldpolitik im System „schlummert“ (*inside money*), seinen Weg in die Realwirtschaft findet, was zu einer hohen Inflation führen kann. Diese beiden Argumentationen stellen der Deflationsgefahr andere Risiken entgegen. Die weitere Betrachtung wird jedoch ihren Fokus auf die Deflationsrisiken legen, da diese von mehreren Offiziellen, wie der Direktorin des IWF Christine Lagarde bereits als große Gefahr für die Eurozone gesehen wird (Euronews, 2014).

Ein Gespenst geht um und es heißt Deflation

Wird die Gefahr eines sinkenden Preisniveaus analysiert, ist eine Definition des Terms Deflation unbedingt notwendig. Bei einem heterogenen Zusammenschluss verschiedener Nationalstaaten, wie dies in der Währungsunion der Fall ist, gestaltet sich dies schwierig, da diese Länder häufig unterschiedlich starke wirtschaftliche Verflechtungen aufweisen und in verschiedenster Weise auf Schocks reagieren.

Das Problem, eine Deflation zu untersuchen, spiegelt sich auch in der vagen Definition, die bei der Pressekonferenz der EZB am 6. Februar 2014 in Frankfurt genannt wurde, wider:

“If we look at the definition of deflation, that is a broad-based fall in prices, self-feeding onto itself and happening in a variety of countries.” (Draghi, 2014)

Mario Draghi meint damit, dass eine Deflation charakterisiert ist durch eine *sich selbst erfüllende Prophezeiung fallender Preise* (sinkende Preiserwartungen), bei einer gleichzeitig *großen Anzahl von Gütern* und einer *signifikant hohen Anzahl von Ländern*. Auffallend ist, dass hier die Instrumente nicht näher definiert werden, mit denen man diesen Term quantifizieren kann. Was außerdem bei dieser Definition auffällt, ist das Nichterwähnen jeglicher zeitlicher Komponente. Aufgrund der theoretischen Implikationen einer Deflation macht es einen Unterschied, ob eine Deflation nach drei Monaten sinkender Preise eintritt, oder unmittelbar mit der ersten Beobachtung.

Aus dieser Definition abgeleitet werden daher folgende Punkte betrachtet:

Das Preislevel sinkt

1. in einer signifikant hohen Anzahl von Ländern (Ländervergleich)
2. bei einer signifikant hohen Anzahl von Gütern (Warenkorb)
3. in einer sich selbst erfüllenden Art und Weise (Inflationserwartungen)

1. Ländervergleich: Ein schlechtes Omen?

Der erste Punkt, den es zu untersuchen gilt, ist die Deflationsdynamik auf der Länderebene (Abbildung 1). Im Dezember 2014 ist die Anzahl der Länder mit einem Rückgang des allgemeinen Preisniveaus rapide angestiegen: Während im Vormonat noch lediglich zwei Länder einen Preisrückgang aufgewiesen haben, ist diese Anzahl auf zwölf Länder angestiegen, womit nun mehr als die Hälfte der Länder der Eurozone ein sinkendes Preisniveau aufweisen.

Hierbei sind Spanien und Griechenland bereits einer andauernden Deflation ausgesetzt. Im Fall von Griechenland kann seit März 2013 ein persistenter Preisrückgang beobachtet werden. Ebenso befindet sich Spanien seit einem halben Jahr in einer Phase fallender Preise. Beide Peripheriestaaten wiesen im Dezember weiterhin die am stärksten sinkenden Preisniveaus der Eurozone auf. Spitzenreiter im Dezember ist hier Griechenland mit dem höchsten Wert eines sinkenden Preisniveaus seit über einem Jahr (-2,5%). Die restlichen zehn Länder mit fallenden Preisen liegen hingegen unter einer Preisniveauveränderung von -1% im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Lediglich Deutschland, Estland, Frankreich, Malta, Österreich und Finnland konnten weiterhin eine positive Inflation realisieren. Hierbei erreichten Österreich und Finnland als einzige Länder einen Preisanstieg über 0,5%, welcher zumindest für Österreich – entgegen häufiger Behauptungen – nicht gebührengetrieben ist, sondern von einem stärkeren preislichen Aufwärtstrend bei Mieten und Lebensmitteln ausgeht. Insgesamt kann man daher bei den Inflationsländern im besten Fall von einer ungesunden *Lowflation* sprechen.

Bei einer ganzheitlichen Betrachtung kann man davon sprechen, dass die Eurozone somit im Dezember in eine deflationäre Phase eingetaucht sein könnte, wobei diese Entwicklung durch eine Mehrzahl der Euro-

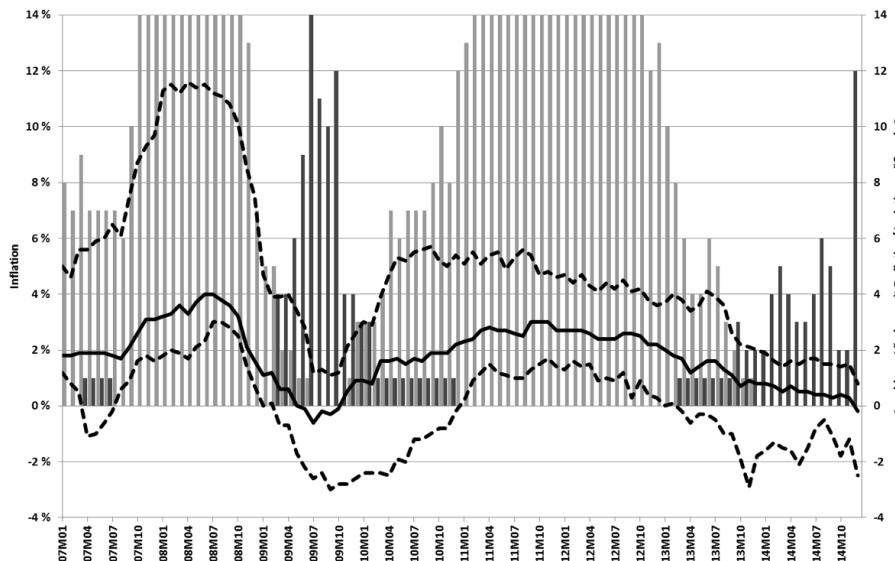


Abbildung 1: Länderbetrachtung

Anmerkung: Die Verteilung der Deflationstendenzen auf unterschiedliche Länder innerhalb der Eurozone (basierend auf der jährlichen Veränderung (yoy) des allgemeinen HVPI). Quelle: Eurostat.

länder bedingt ist. Die Zeiten steigender Inflationsgefahr wie im Jahr 2012 sind somit vollends vorbei. Die Conclusio bei dieser Betrachtung kann somit nur lauten: Eine Deflation geht um.

2. Güterklassen: Die Rechnung zahlen die anderen

Man kann sich jedoch ebenfalls die Frage stellen, ob eine Analyse der gesamten Inflation (HVPI) überhaupt zielführend ist. Bereits bei der Gründung der Eurozone wurde darüber beraten, ob eine Betrachtung der Kerninflation (ohne stark volatile Elemente) nicht sinnvoller wäre. Mario Draghi sprach dieses Problem, zu welchem auch bei der Gründung der Eurozone innerhalb der EZB bereits beraten wurde, am 3. April 2014 bei der Pressekonferenz zur EZB-Ratssitzung an. Wenn man sich jedoch auf die Kerninflation konzentrierte, würde man im Extremfall alle volatilen Güter mit Preisschwankungen ausklammern (Draghi, 2014), was zu einer sehr flexiblen Auslegung der Preisstabilitätsdefinition führen könnte. Die EZB hat sich aus diesem Grund auf eine in diesem Punkt klare Definition geeinigt, um den Ruf eines möglichst kompromisslosen *inflation targeter* zu erlangen, und damit die Inflationserwartungen stärker beeinflussen zu können.

Der EZB-Rat verfolgt in aller Kürze das Ziel, die Inflationsrate (HVPI) auf mittlere Frist unter, aber nahe 2% zu halten. Es ist jedoch anzumerken, dass innerhalb der Definition einiger Spielraum bleibt, da nicht näher angegeben ist, mit welchem Zeithorizont die Preisstabilität sichergestellt werden soll.

Lediglich ein Verweis auf die nicht näher definierte mittlere Frist ist zu finden, womit ein Auslegungsspielraum geschaffen wurde.

Bevor im letzten Punkt genauer auf zukünftige Erwartungen eingegangen wird, steht zuvor noch die Struktur der Inflation im Vordergrund. Eine detaillierte Betrachtung des Warenkorbs ermöglicht, Güter zu identifizieren, von denen eine Deflation ausgeht, wodurch die damit verbundenen Risiken bewertet werden können. Die größte Gefahr für die Eurozone würde durch deflationäre Tendenzen bei Investitionsgütern entstehen.

Betrachtet man innerhalb des Warenkorbs die Anzahl der Güter, welche sinkenden Preisen ausgesetzt sind, so ist zu erkennen, dass sich die Anzahl innerhalb des letzten Quartals 2014 sogar von 29 auf 27 Güterklassen verringert hat. Eine geringere Anzahl von Gütern ist daher für einen steigenden Deflationsdruck verantwortlich. Die Gütergruppen der Kraft- und Schmierstoffe (47,6%) und Flüssigen Brennstoffe (16,2%) machen zusammen 63,8% des Deflationsdrucks im Dezember 2014 aus. Zusammen mit Telefongeräten, bei welchen die sinkenden Preise (7,8%) aufgrund eines rapiden technologischen Fortschritts weniger besorgniserregend sind, verteilen sich die verbleibenden 28,4% des Deflationsdrucks auf vergleichsweise viele Gütergruppen (nämlich 24).

Die Annahme einer Gefahr durch eine schädliche Deflation kann daher bei einer Betrachtung der Gütergruppen nicht mehr aufrechterhalten werden, da der Großteil des Deflationsdrucks von den Energiepreisen kommt, wobei die sinkenden Preise und somit der Schaden hier quasi „exportiert“ werden. Länder wie Russland, welche sich primär auf Energieexporte nach Europa spezialisiert haben, sind dadurch einem weit größeren Druck ausgesetzt. Eine technologiegetriebene Reduzierung von Preisen wie bei Telefonen ist ebenfalls weniger problematisch, da man hier von einer „guten“ Deflation sprechen kann. Der Großteil der Deflation geht somit nicht von klassischen

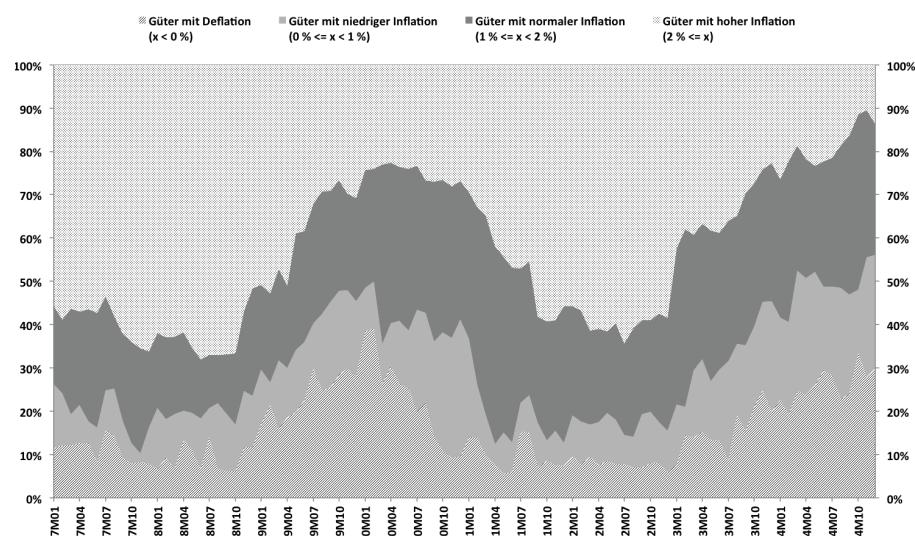


Abbildung 2: Betrachtung der gewichteten Güterklassen innerhalb des Warenkorbs

Anmerkung: Die Güterklassen sind entsprechend der jährlichen Gewichtungen von Eurostat gewichtet. Entsprechend der Definition der EZB wird normale Inflation zwischen 1% und 2% angenommen. Quelle: Eurostat.

Investitionsgütern aus, sondern von Energie und Technologiegütern. Wir kommen daher zu dem Schluss, dass der von Koo (2011) prognostizierte Einbruch der Investitionstätigkeit und eine dadurch eintretende wirtschaftsabwürgende Deflationsspirale noch nicht eingetroffen sind.

Bei der Abbildung 3 ist besonders auffällig, dass bei einem einjährigen Beobachtungshorizont eine 15-prozentige Eintrittswahrscheinlichkeit einer anhaltenden Deflation vorliegt. Dies unterstützt unsere Vermutung, dass es zu einer Deflation kommen kann, wobei sich deflationäre Tendenzen bei den Erwartungen

flationsgefahr in Europa die Inflationsangst vorübergehend austreiben könnte – mit dem Resultat langfristig sinkender Preiserwartungen.

Im Gegensatz zur Deflation kann jedoch bereits von einer aktuellen *Lowflation* gesprochen werden, was für die europäischen Volkswirtschaften ebenfalls schädlich sein kann. Insbesondere die klassische Geldpolitik der europäischen Zentralbank hat kaum mehr Spielraum (zero lower bound), wobei unorthodoxe Maßnahmen häufig noch nicht erprobt sind und ihre Auswirkungen (oder Nebeneffekte) häufig unbekannt. Nun ist die Fiskalpolitik gefragt!

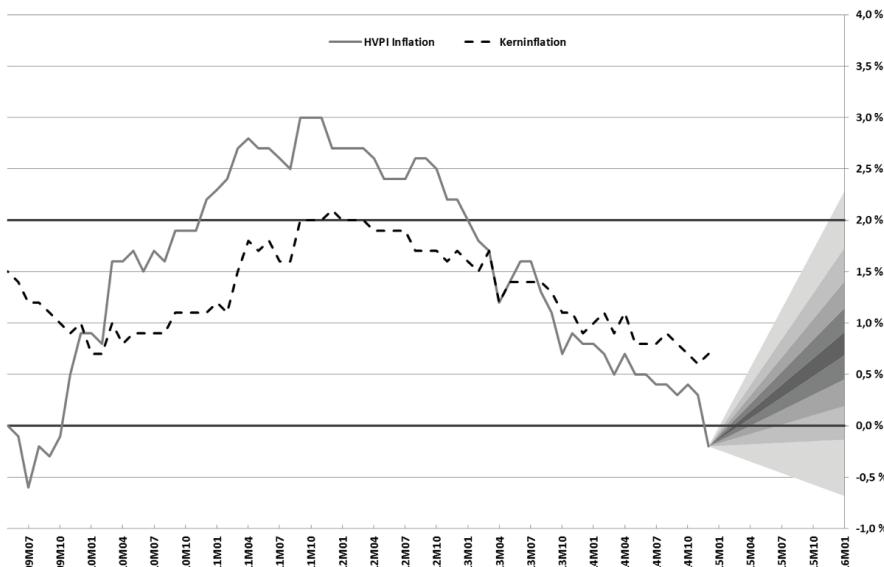


Abbildung 3: RMSE bei der EZB zur erwarteten preislichen Veränderung

Ein Fächer (Grauschattierung) bildet eine 10% Wahrscheinlichkeit ab. Die Wahrscheinlichkeit basiert auf vergangenen Abweichungen von der tatsächlichen Inflationsrate des einjährigen Forecasts der EZB Umfrage. Quelle: Eurostat, EZB.

Abschließend sind für unsere Betrachtung an dieser Stelle die Inflationserwartungen zu berücksichtigen. Es zeigt sich, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen einer hohen Volatilität unterliegen. Es stellt sich nun die Frage, wie hoch eine Fehleinschätzung der Erwartungen im Schnitt ist, um ein realistischeres Bild der Glaubwürdigkeit der beobachteten Erwartungen zu bekommen.

3. Inflationserwartungen

Mithilfe der Fan-Chart-Methodik der Englischen Nationalbank (*Bank of England*) lässt sich die Treffsicherheit der Inflationserwartungen mit einem einjährigen Horizont darstellen. Für diese Analyse wird ein symmetrischer Fan Chart verwendet, der auf einer Normalverteilung beruht. Es werden die Root Mean Square Errors (RMSE) verwendet, um die Abweichung der Erwartungen von den tatsächlichen Werten passend darzustellen. Die einzelnen Fans zeigen ein 10%-Wahrscheinlichkeitsintervall an (Abb. 3). Hiermit soll die Parameterunsicherheit der vergangenen Inflationserwartungen der EZB Umfrage dargestellt werden.

jedoch offensichtlich noch nicht verhärtet haben. An dieser Stelle ist anzumerken, dass der letzte Wert der Umfrage, welcher zur Projektion der preislichen Veränderung für ein Jahr im Voraus verwendet wurde, jener für das 1. Quartal 2015 ist und somit noch nicht die aktuellsten Entwicklungen beinhaltet. Es bleibt abzuwarten, wie einerseits die Veränderung des Umfelds in puncto realisierter Inflation und andererseits das aggressive Einschreiten der EZB mit einem massiven Ankaufprogramm auf die Erwartungen wirken wird. Es besteht jedoch ebenfalls die Möglichkeit, dass der Markt eine solche Entwicklung bereits antizipiert hat und seine Erwartungen nur geringfügig ändern wird.

Fazit

Zusammenfassend kann man sagen, dass es nach der Definition von Mario Draghi keine unmittelbare Deflation gibt, obwohl ein Teil der Definition, nämlich dass ausreichend viele Länder von einem Absinken des Preisniveaus betroffen sind, durchaus zutrifft. Dieser Teil ist überaus medienwirksam, weshalb eine anhaltende Diskussion über die De-

Mathias Brunner und Jakob Promintzer
studieren Master Volkswirtschaft an der WU

Literaturverzeichnis

- Bordo, M., & Filardo, A. (2005). Deflations. BIS Working Paper No. 186.
- Cargill, T., & Parker, E. (2004). Price deflation, money demand, and monetary policy discontinuity: a comparative view of Japan, China, and the United States. North American Journal of Economics and Finance (15), S. 125-147.
- Coibion, O., & Gorodnichenko, Y. (2013). Is the phillips curve alive and well after all? Inflation expectations and the missing disinflation. In Lessons from the financial crisis for monetary policy. NBER Working Paper No. 19598.
- DeLong, B. (2013). The great depression from the perspective of today, and today from the perspective of the great depression. Abgerufen am 5. 4. 2014 von Typepad: <http://delong.typepad.com/sdj/2013/10/the-great-depression-from-the-perspective-of-today-and-to-day-from-the-perspective-of-the-great-depression.html>
- Draghi, M. (2014). Introductory statement to the press conference 3. April 2014. Abgerufen am 3. 4. 2014 von EZB: <http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2014/html/is140403.en.html>
- Euronews. (2014). Lagarde fordert Lockerung der Geldpolitik. Abgerufen am 3. 4. 2014 von Euronews: <http://de.euronews.com/2014/04/02/lagarde-fordert-lockerung-der-geldpolitik/>
- IMF. (2013). THE DOG THAT DIDN'T BARK: HAS INFLATION BEEN MUZZLED OR WAS IT JUST SLEEPING? International Monetary Fund.
- Koo, R. C. (2011). The world in balance sheet recession: causes, cure, and politics. real-world economics review, 58, 19-37.
- OECD. (2013). Economic Outlook. OECD Publishing, 2013 2(94).
- OECD. (2014). Economic Outlook. OECD Publishing, 2014 2(96).

The Euro Crisis from a net lending and net borrowing perspective

The financial crash of 2008 and the following economic crisis have had devastating consequences and posed a difficult challenge for policy makers. Understanding the economy from a perspective of net lending and net borrowing flows would have made it possible to dismiss harmful policy recommendations such as general austerity regimes and find viable alternatives.

by Florentin Glötzl

External imbalances, i.e. high current account surpluses in some countries, especially Germany, and high current account deficits in the periphery have been one major reason for the Euro crisis. Governments' soaring budget deficits, due to declining government revenues resulting from the recession, as well as capital assistance for crisis stricken banks, posed another problem. In the following these developments leading up to the Euro Crisis will be analysed with the help of net lending and net borrowing flows of the institutional sectors: households, non-financial corporations, financial corporations, government and the rest of the world. Net Lending constitutes a valuable tool for economic analysis guaranteeing that the adding up-constraints imposed by the mechanism of net balances, as coined by Wolfgang Stützel, are not violated¹ (Stützel, 1978), and allows for consistent policy recommendations which take into account both sides of the coin.

	Government		Rest of the World		Non-financial Corporations		Financial Corporations		Households		Private	
	1999q1	2008q3	1999q1	2008q3	1999q1	2008q3	1999q1	2008q3	1999q1	2008q3	1999q1	2008q3
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	2008q2	2013q3	2008q2	2013q3	2008q2	2013q3	2008q2	2013q3	2008q2	2013q3	2008q2	2013q3
at	-1.5	-2.9	-3.5	-2.3	-2.4	0.9	2.0	0.9	5.3	3.4	5.0	5.2
be	-0.6	-4.1	-4.3	-0.4	-1.3	-0.2	1.1	-0.5	5.2	5.1	5.0	4.4
cz	-3.8	-4.2	3.5	1.5	-2.8	0.1	1.9	0.8	1.2	1.7	0.3	2.7
de	-2.1	-1.8	-3.0	-6.4	-0.9	1.6	0.7	0.8	5.2	5.6	5.0	8.0
dk	2.4	-2.2	-2.7	-5.0	0.8	3.8	2.0	3.8	-2.5	-0.5	0.3	7.2
ea	-1.9	-4.6	0.0	-0.3	-1.6	-0.1	0.9	1.8	2.7	3.2	1.9	4.9
ee	1.9	-0.8	12.0	-3.7	-10.1	1.0	1.1	-0.5	-4.8	3.9	-13.8	4.4
es	0.3	-9.6	5.5	3.0	-6.1	0.2	1.0	2.5	-0.7	3.8	-5.8	6.6
fi	4.0	-1.8	-6.2	-0.3	4.0	2.6	0.5	0.5	-2.4	-1.2	2.1	1.9
fr	-2.7	-6.0	-0.3	2.1	-1.2	-2.1	0.4	1.4	3.8	4.4	3.0	3.5
gb	-1.6	-8.4	2.1	2.1	1.2	3.4	0.7	2.1	-2.4	0.8	-0.4	6.3
gr	-5.9	-12.1	11.4	9.1	2.5	6.2	1.2	5.0	-9.2	-8.2	-5.5	2.9
hu	-6.3	-2.1	8.1	-1.7	-5.0	1.5	-0.2	-0.4	3.5	2.7	-1.8	3.8
ie	0.4	-14.0	2.2	-0.8	-0.3	3.3	4.1	8.5	-7.6	2.9	-3.8	14.7
it	-2.9	-3.8	0.4	2.0	-1.9	-1.3	0.6	1.4	3.7	1.8	2.4	1.9
lt	-0.9	-5.8	8.2	-2.7	-6.7	3.9	1.3	1.6	-1.8	2.9	-7.3	8.5
nl	0.2	-3.8	-7.5	-5.6	7.1	7.8	1.1	1.2	-1.0	0.3	7.3	9.3
pl	-3.9	-5.8	3.6	2.4	-2.7	3.7	0.6	0.8	2.4	-1.2	0.3	3.3
pt	-4.0	-7.3	7.9	5.5	-6.1	-5.8	0.4	2.3	1.8	5.3	-3.9	1.9
se	1.4	-0.2	-6.2	-7.0	1.7	1.7	1.4	1.5	1.4	4.0	4.5	7.2
si	-2.3	-5.3	2.4	-0.6	-8.0	-1.1	0.6	2.1	4.7	4.8	-2.7	5.9
sk	-1.5	-5.4	8.6	2.6	-7.0	-1.0	-3.0	1.7	3.1	1.9	-6.9	2.6

Averages of Net Lending in percent of GDP for the time periods 1999q1 – 2008q2 and 2008q3 – 2013q3

Net Lending before and during the Crisis

Before the Lehman crash, in the majority of the investigated countries a positive net lending position in the household sector can be observed. In contrast the corporate

sector tends to take up debt for investment purposes and is thus a net borrower in most countries, while the net lending position of the sector rest of the world varies significantly between countries. The countries of the core and the north (Germany, Austria, Belgium, Netherlands, Sweden, Denmark,

and is strongly positive in all countries, compared to roughly half before the crisis. Nearly in all countries both households and non-financial corporations are now in a strong net lending position or have roughly balanced accounts.² Also the financial corporations have increased their financial surplus. This inevitably means that the government and/or rest of the world have to become net borrowers to the same extent. This can also be observed in the high government deficits since 2008, which have been discussed extensively during the last years.

Moreover, net lending by the rest of the world was sharply reduced in the deficit countries. This improvement of the external balance was however not achieved by a stronger export performance, but mainly by a strong reduction of domestic demand as a result of the contraction of GDP in combination with austerity measures and their by-products decreasing wages, mass unemploy-

ment and a reduction of social transfers, welfare state services and pensions. As a consequence, imports in the deficit countries declined and the external deficit was reduced. Looking at current accounts from an investment and savings perspective it further becomes clear that the effects of the rebalancing have also significantly damped future growth prospects. The reduction of the external deficit was not reached via increased saving, but nearly entirely by reduced investments, both in the private and the public

¹ The origins of the concept, especially the crucial adding-up constraint that the sum of net lending must be equal to the sum of net borrowing, trace back to the Venetian double-entry bookkeeping, invented in the twelfth century. It was only until later in the 15th century it was codified by the mathematician Luca Pacioli (Gleeson-White, 2012). As an economic concept it was advanced especially by John Maynard Keynes in his elaboration that aggregate saving is equal to aggregate investment, or put differently, that national income can be identified with national output (Keynes, 1936).

The private sector's (households, non-financial corporations and financial corporations) net lending has drastically increased

² except Greece and Portugal

sector, reducing the capital stock and thereby potential future growth rates (Gächter et al., 2015). In contrast, the surplus countries' external surpluses have remained rather stable, or, after a short decline, even increased like in Germany. Only Finland and Belgium have continuously reduced their surplus. It is important to keep in mind that even though the foreign deficit was reduced in most deficit countries, it is only now that some of them exhibit external surpluses, whereas the polarization has still increased over the last years from the stock perspective, only at a slower rate.

Germany

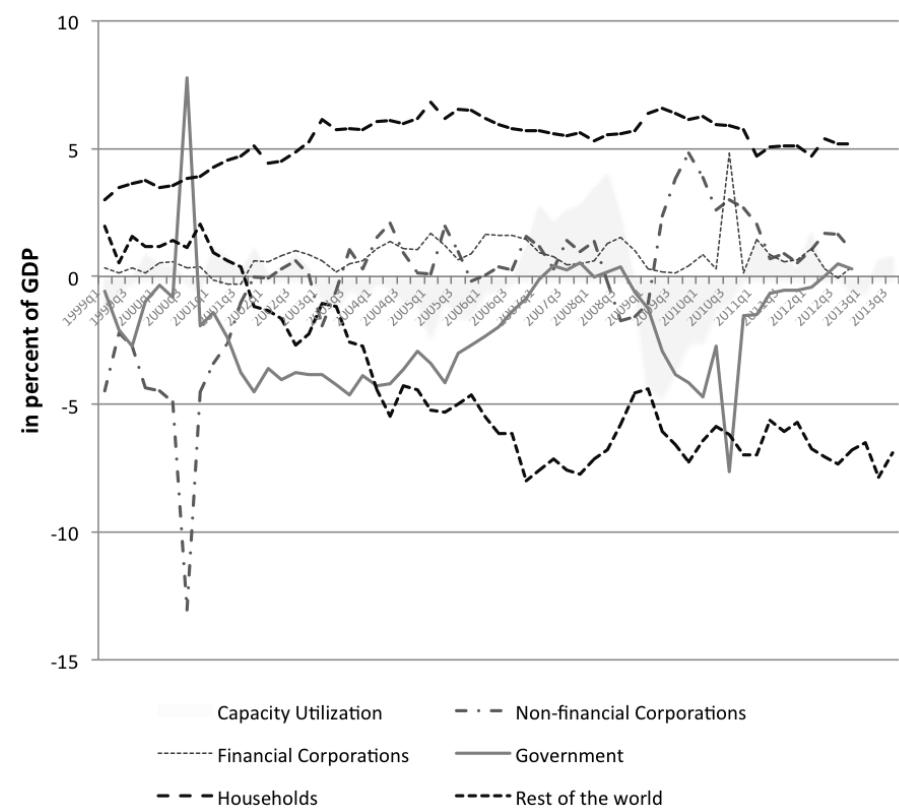
The German net lending flows indicate many developments that are core to the processes leading up to the Euro crisis, most importantly the extreme current account surplus that was built up over the 2000s.³ It shows the high net borrowing position of the sector rest of the world, which, after a short decline in the beginning of 2009, even exceeds pre-crisis levels in 2013. The special systemic importance of Germany's high external surpluses becomes evident when looking at the absolute amount rather than measuring it in percent of GDP. Between the year 1999 and 2013 Germany, as the biggest economy in the EU, has made external surpluses to the extent of over 1,5 Trillion Euros (European Central Bank, 2014a). These have to be taken up by other countries which run an external deficit, many of them other EU and especially Euro Area countries (Herzog-Stein et al. 2014; Glötzl et al. 2014). There are several reasons for this enormous surplus build-up. One certainly is Germany's export structure, which is strongly focused on high quality – high tec – high price products. However, the fact that German wages have increased less than those in any other Euro Area country between the introduction of the Euro in 1999 and the beginning of the crisis has been another important reason as it affects the external balance in two ways. On the one hand the weak wage development, together with demand inhibiting reforms such as Hartz IV, have led to a weak dome-

stic demand in Germany, translating into low imports. On the other hand, the low wages have led to low unit labour costs which has allowed Germany to drastically decrease the prices of its products with respect to the Euro Area and especially the southern periphery (Niechoj, Stein, Stephan & Zwiener, 2011). Due to the common currency, making a devaluation of the currency between member countries impossible, these unit labour cost developments directly translated into a real devaluation and therefore a higher price competitiveness of the German export sector (Flassbeck & Spiecker, 2011). Since the year 2009, when two thirds of the German surplus were made vis à vis the Euro Area, the situation has however substantially changed and today the vast majority of the German surplus is made with the Non-Euro Area counterpart (Eurostat, 2014). This is mainly linked to the fact that the demand in the periphery shrank drastically as a result of the recession and austerity next to a depreciating Euro in recent years.

Furthermore, it needs to be stated that German households have made substantial surpluses over the last 15 years, while the non-financial corporations sector has shifted from a net borrowing to a net lending position during the early 2000s. Then, with the beginning of the crisis however, corporate net lending has soared with the mirror image of high government deficits. In general a mirror movement between the two sectors can be observed. Here clearly the question of causality arises. Is the government's financing need 'serviced' by the non-financial corporations? Or did the fact that non-financial corporations drastically reduced their investment and ran a surplus 'force' the government sector to run a higher deficit? Evidently the government cannot fully control its net lending, as it is result of the developments in the private sector which directly influence government revenue and expenditures via social transfers (Marterbauer, 2011).

Please turn page

Germany – Net Lending and Net Borrowing by institutional sectors (1999q1 – 2013q1)



³ Capacity utilization was approximated as: Capacity Utilization=(Nominal GDP – Trend GDP)/(Trend GDP), where Trend GDP was calculated using the Hodrick-Prescott Filter.

Spain

Looking at the development of Spain as a major representative for the periphery countries it becomes obvious that two sides of one coin can be observed. As a result of the Spanish housing construction bubble corporate net borrowing shot up to ten percent of GDP, with the mirror image of very high external deficits resulting from the strong increase of domestic demand in combination with the relatively strong increases in unit labour costs, especially in relation to Germany. At the same time also the households net borrowing increased (Stockhammer, 2012). The bubble boom manifested in substantial government surpluses in the years preceding the crisis. In fact, during this period the Spanish public sector ran a macro-prudential policy.

The drastic improvement of the balance of both households and the non-financial corporations with the onset of the crisis went hand in hand with a precipitously increasing government deficit and a continuous reduction of the external deficit. Steindl (1990, Chapter 14) offers an explanation for such a net lending behaviour of households. While the conventional view would assume that net borrowing of households would further increase in a crisis in order to be able to keep the consumption level stable, it is more plausible that households will buy significantly less durable consumer goods which are mainly debt financed and make up a significant part of total consumption. He further asserts that the change in demand for durable consumer goods will often react more than proportionally to changes in disposable incomes as such goods are similar to corporate investment in that they fundamentally depend on expectations for the future. This effect will outweigh the interest in holding consumption stable.

In the years following the Lehman crash the Spanish government sector made deficits of over ten percent, faced with a situation in which all other sectors were making surpluses. The blow of the banking crisis of 2012, which the Spanish government cushioned by interventions further deteriorated the government balance. The figure also shows how the net lending of both households and non-financial corporations is pro-cyclical and thus contributed to a deepening of the crisis, withdrawing demand when output is already low.

Implications for economic policy

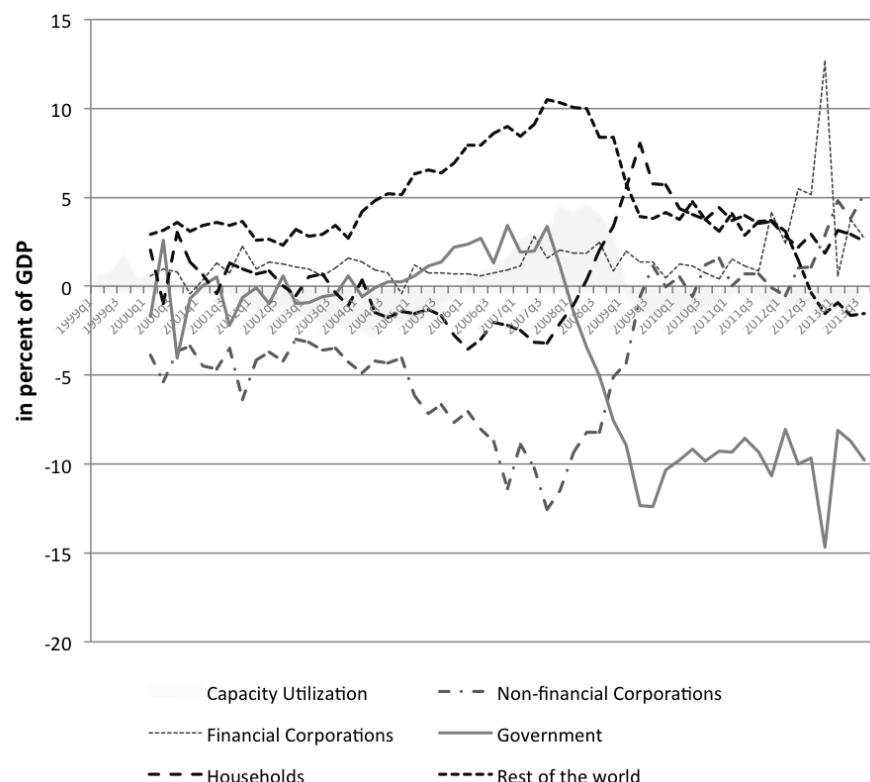
Central to a welfare- and employment oriented approach of solving the double problem of external imbalances and high budget deficits within the Euro Area is therefore an overcoming of the import deficit in the surplus countries, rather than the one-sided austerity measures shifting the burden of adjustment only to the periphery. Moreover, also in surplus countries government debt is exceedingly high and should be reduced. Austerity is however not suited for the task. The government cannot directly control its net lending, as it is result of the developments in the private sector which directly influence government revenue and expenditures via social transfers (Marterbauer, 2011). Josef Steindl wrote on the matter:

"But how comes that the budget is so defenceless? There are those who put it down to the inability of governments to resist the pressures of the welfare state. This is not my interpretation. Indeed, it has not been for want of trying if retrenchment policies have failed time and again in the last decade." (Steindl 1990, Chapter 14, p. 197)

The surplus countries are faced with a double deficit, which in virtue of the adding up constraint of net lending flows, or put differently due to the mechanism of net accounts, can only be reduced if the private sector i.e. non-financial corporations, financial corporations and households reduces its net lending at the same time.

Taking this into account it becomes clear that a sustainable solution of the double problem can only be achieved if the group of surplus countries reduce their current account surpluses by stimulating their domestic demand and thereby their imports. This would in turn allow the deficit countries to end the disastrous austerity policies and improve their external balance through stronger exports, rather than through cuts on investment. Such a strategy would increase welfare in both country groups. An increase of the domestic demand, especially in Germany, Austria and the Netherlands should be achieved by a credit-financed expansion of the investment activity by non-financial corporations, as well as an increase of consumption made possible by a reduction of the household savings rate. Such a policy is

Spain - Net Lending and Net Borrowing by institutional sectors (2000q1 – 2013q3)



consistent with the insights gained from the net lending dynamics and would have an expansionary effect on GDP, raise incomes and employment and at the same time increase import demand and thereby reduce the current account surplus, providing the necessary leeway to reduce the government deficit. The higher import demand would moreover benefit all trading partners of the surplus countries and directly and indirectly also the deficit countries in the Euro Area, which can also profit from increased export opportunities. The policy in the deficit countries should aim at participating as much as possible in such an expansion of the demand in the surplus countries. Hence, the exportability should be increased. In addition, a reduction of the net lending of non-financial corporations and households, which has been on the increase since 2007, is necessary in order to decrease the high public deficits.

There are several possible policy measures to achieve the aforementioned dynamics within the mechanism of net accounts. Not all are however feasible due to economic or legal barriers. The following policy measures are especially relevant for the surplus countries, which need to reduce both the net borrowing of governments as well as that of the sector rest of the world. In the deficit countries a reduction of government net borrowing can, at least from a mechanism of net accounts perspective, be opposed by net lending of the foreign sector. Expanding on Steindl's ideas (see also Glötzl et al. 2014) there are the following options:

- First, inducing non-financial corporations to borrow more would, as already explained, be very favourable. Nonetheless, in light of low levels of capacity utilization and therefore also low expectations, a balance sheet recession and a situation of liquidity trap, as interest rates close to zero (ECB fixed interest rate at 0.05 effective since 10th September 2014) show (European Central Bank, 2014b), it seems unlikely that non-financial corporations will be willing to borrow in order to invest. Even policies making it less risky for firms to indebted themselves such as government securities would not help in this case.
- Second, especially in the surplus countries increased government investment would also be beneficial to boost domestic demand. Nevertheless, the relatively high

public debt level in combination with national and EU-regulation strongly inhibit the budgetary possibilities to do so.

- Third, a change in the functional income distribution i.e. an increase of the wage share, along with a decrease of the capital share, would reduce the households' savings rate with the aforementioned positive effects. Due to the higher propensity to consume of wage income in comparison to capital income such a measure would have an expansionary effect. A redistribution of functional income could be achieved through the introduction of minimum wages or through a reduction of the labour supply i.e. a working-time reduction. The second would help in changing the functional distribution via the created pressure on wages and moreover directly contribute to lowering the unemployment rates. These measures would also help to reduce external imbalances in Europe from a supply side perspective as higher wages, would also induce higher unit labour costs and inflation rates in the centre, lowering the periphery's imports accordingly. Due to the European Union being a fairly closed economic area, with most trade activities being intra-EU, a strong negative effect on the external balance with the non-EU rest of the World is not to be expected.

- Fourth, changing the personal income distribution would have similar effects as laid out in three. The total propensity to save in the economy would be reduced, the propensity to consume increased and thus an expansionary effect achieved (Truger, 2013). Here there is a wider array of possibilities for policy measures, such as an increase of the taxation of property, property income and top incomes while reducing taxes on labour income and/or increasing social welfare services.

The economic policy strategy of the EU to tackle the double problem of external imbalances and high budget deficits with one-sided austerity measures has so far been little successful and led to substantial welfare losses and mass unemployment. As laid out, welfare preserving solutions would however be possible. Especially redistribution from capital income to labour income and from top incomes to low incomes would increase the propensity to consume in the economy of

surplus countries and thereby have an expansionary effect on GDP and increase import demand. This in turn would help reducing the external imbalances both in the surplus and the deficit countries. Government net lending would not be directly influenced by such policy, but also profit from indirect growth effects.

Florentin Glötzl has studied Socio-Ecologic Economics and Policies and recently started his PhD programme at WU

References

- European Central Bank. (2014a). Euro Area Accounts.
- European Central Bank. (2014b, October 9). Key ECB interest rates.
- Eurostat. (2014). Net Lending and Net Borrowing. Reporting sectors: EU, Intra-EA, Extra-EA, Third countries, Non-financial transactions, Annual sector Accounts.
- Flassbeck, H., & Spiecker, F. (2011). The euro—a story of misunderstanding. *Intereconomics*, 46(4), 180–187.
- Gächter, M., Geiger, M., Glötzl, F., & Schuberth, H. (2015). Post-crisis Recovery in Slow-motion Mode: The Great Rebalancing Challenge in Europe. Focus on European Economic Integration, Q1/15, Oesterreichische Nationalbank.
- Gleeson-White, J. (2012). Double Entry: How the Merchants of Venice Created Modern Finance. W. W. Norton.
- Glötzl, F., Marterbauer, M., Rehm, M., & Rezai, A. (2014). Finanzierungssalden und die Krise in Europa. In *Festschrift für Jan Priebe*. Weimar bei Marburg: Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH.
- Herzog-Stein, A., Hohlfeld, P., Lindner, F., Rannenberg, A., Rietzler, K., & Tober, S. (n.d.). Binnennachfrage treibt den Aufschwung an. IMK Report, (95).
- Keynes, J. M. (1936). The General Theory of Employment, Interest and Money. Amherst, New York: Prometheus Books.
- Koo, R. C. (2008). The Holy Grail of Macroeconomics: Lessons from Japan's Great Recession. Singapore: John Wiley & Sonsa (Asia) Pte. Ltd.
- Koo, R. C. (2011). The world in balance sheet recession: causes, cure, and politics. *Real-World Economics Review*, (58), 19–37.
- Koo, R. C. (2013). It Is Private, Not Public Finances that Are Out of Whack. *German Economic Review*, 15(1).
- Marterbauer, M. (2011). Zahlen bitte!: die Kosten der Krise tragen wir alle. Wien: Deuticke.
- Niechoj, T., Stein, U., Stephan, S., & Zwirner, R. (2011). Deutsche Arbeitskosten: Eine Quelle der Instabilität im Euroraum. IMK Report, (68).
- Steindl, J. (1990). Economic Papers 1941-88. Hounds-mills, Basingstoke, Hampshire RG21 2XS: The Macmillan Press LTD.
- Stockhammer, E. (2012). Financialization, income distribution and the crisis. *Investigación Económica*, LXXI(279), 39–70.
- Stützel, W. (1978). Volkswirtschaftliche Saldenmechanik: ein Beitrag zur Geldtheorie. Tübingen: Mohr (Paul Siebeck).
- Truger, A. (2013). Steuerpolitik im Dienste der Umverteilung: Eine makroökonomische Ergänzung. *Vierteljahrshefte Zur Wirtschaftsforschung – DIW Berlin*, 82.

Profitrate und Krisen

Das Marx'sche Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate löste bereits zahlreiche leidenschaftliche Debatten aus und wird in weiten Kreisen seit dem berühmten Okishio-Theorem als widerlegt angesehen. In diesem Artikel werde ich darauf eingehen, warum Okishios Kritik nur unter bestimmten Voraussetzungen gültig ist, und das Gesetz die krisenhafte Entwicklung des kapitalistischen Systems antreibt. Ein Gastbeitrag von **Patrick Mellacher**

Okishio Theorem

In seinem 1961 publizierten Aufsatz formulierte Okishio die wohl bedeutendste Kritik am Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate (*siehe Infobox*). Der Hauptteil seiner Arbeit beschäftigt sich mit der Mehrwertrate und ihrem Einfluss auf die Profitrate. Erstere hängt, so Okishio, sowohl vom Reallohn in Gütern ab, als auch der Arbeitszeit, die benötigt wird um diese Güter herzustellen. Man kann daher zwischen Basisgütern und Nichtbasisgütern unterscheiden. Basisgüter zeichnen sich dadurch aus, dass sie entweder Lohngüter sind, oder direkt oder indirekt in die Produktion von Lohngütern eingehen. Technische Veränderungen in Basisgütern verändern die Mehrwertrate, technische Entwicklungen in den Nichtbasisgütern haben keinen Effekt auf die Mehrwertrate (vgl. Okishio (1961), S. 88).

Er schreibt weiter, dass die Unterscheidung zwischen Basis- und Nichtbasisgütern auch entscheidend sei für die Berechnung der Profitrate – ein Umstand, den Marx gelegnet habe (vgl. Okishio (1961), S. 89). Außerdem habe Marx sich geirrt, indem er gedacht habe, dass die KapitalistInnen sich immer für die produktivste Methode entscheiden würden und nicht für die kostengünstigste (vgl. Okishio (1961), S. 91). Das ist insofern interessant, als Marx genau diesen Umstand im Abschnitt zum Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate hervorhob:

„Kein Kapitalist wendet eine neue Produktionsweise, sie mag noch soviel produktiver sein oder um noch soviel die Rate des Mehrwerts vermehren, freiwillig an, sobald sie die Profitrate vermindert. Aber jede solche neue Produktionsweise verwohlfeiert die Waren. Er verkauft sie daher ursprünglich über ihrem Produktionspreis, vielleicht über ihrem Wert.“ (MEW Bd. 25, S. 275)

Marx hätte diese Aussage Okishios also nicht bestritten. Die Frage, ob eine Innovation, die zunächst profitabel ist, nicht später zu einer Situation führt, in der die allgemeine Profitrate sinkt, ist allerdings durchaus nicht so trivial zu beantworten.

Anschließend stellt Okishio zwei Aussagen zum Verhalten der Profitrate auf, die als das Okishio-Theorem bekannt geworden sind, und erbringt später den mathematischen Beweis für die Richtigkeit dieser Aussagen:

„1) If the industry where the new technique is introduced is non-basic industry, then the general rate of profit is not influenced at all.

2) If the industry introducing the new technique is one of basic industries, the general rate of profit necessarily rises.“ (Okishio (1961), S. 91)

Dafür muss er aber die Annahme treffen, dass die Reallöhne konstant bleiben (vgl. Okishio (1961), S. 92) – eine Annahme, die, wie wir sehen werden, sehr kritisch ist.

Reallöhne

Um eine Profitrate ausrechnen zu können, setzt Okishio einen Reallohn ausgedrückt in Einheiten des Konsumgutes für jetzt und alle Zeiten fest (vgl. Okishio (1961), S. 87). Die Natur des variablen Kapitals ist aber gerade, sich im Laufe der Zeit zu ändern. Menschliche Bedürfnisse ändern sich, sind nicht für alle Menschen einheitlich, und die Lage des Proletariats im Klassenkampf, der die Löhne hauptsächlich determiniert, ist in stetem Wandel begriffen (vgl. Rosdolsky (1977), S. 285). Okishios Analyse taugt also höchstens, um die Auswirkungen von technischem Fortschritt zu analysieren, wenn der Preis der Ware Arbeitskraft lediglich das absolute Minimum an Reproduktionskosten abdeckt.

Wenn sämtliche Arbeitskräfte eines Landes also einen Lohn erhalten, der ihnen nicht mehr als ein Dach über dem Kopf und eine Energiezufuhr von 2000kcal pro Tag garantiert, kann, so Okishio, die Profitrate steigen, wenn Nahrung oder Unterkünfte billiger produziert werden können. Diese Erkenntnis wird von den KritikerInnen des Marxismus als Widerlegung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate gefeiert. Was jedoch verschwiegen wird: Diese Erkenntnis widerspricht keineswegs dem, was Karl Marx im dritten Band des Kapitals ausführte. Ein

ganzes Kapitel ist den „Entgegenwirkende[n] Ursachen“ (MEW Bd. 25, S. 242) gewidmet. Das erste Unterkapitel ist der „Erhöhung des Exploitationsgrads der Arbeit“ (MEW Bd. 25, S. 242) gewidmet. Marx schrieb zwar wiederholt, dass die Profitrate auch bei einer erhöhten Mehrwertrate fallen kann (vgl. MEW Bd. 25, S. 223), ging aber nie so weit, zu behaupten, dass dies auch für gleichbleibende Reallöhne gelte.

Wie wir anhand eines Rechenbeispiels leicht nachweisen können, hält das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate wie von Marx vorhergesagt bei gleichbleibender und sogar steigender Ausbeutungsrate (vgl. Mellacher (2014), S. 18). Um dieses Ergebnis zu erhalten, ist es nur notwendig, davon auszugehen, dass eine Ausbeutungsrate, die durch eine Innovation gesteigert wurde, durch andere Mechanismen wieder in Richtung ihres Ursprungs tendiert (vgl. Mellacher (2014), S. 19f).

Überproduktionskrise

Das bis jetzt Gezeigte erklärt jedoch für sich genommen noch nicht die immer wiederkehrenden Krisen, die Marx bereits in seinem „Manifest der Kommunistischen Partei“ als „gesellschaftliche Epidemie [...], welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre“ (MEW Bd. 4, S. 468) beschrieb. Widersinnig deshalb, weil Hungersnöte nicht mehr wie im Mittelalter durch Missernten entstehen, sondern weil die Gesellschaft „zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt.“ (MEW Bd. 4, S. 468).

Dieser Widerspruch löst sich auf, sobald man sich verdeutlicht, dass es nicht der Zweck des Kapitals ist, Bedürfnisse zu befriedigen, sondern Profit zu generieren (vgl. MEW Bd. 25, S. 267). Der Mehrwert, der in einer Ware enthalten ist, kann nur dann realisiert werden und sich somit in Profit verwandeln, wenn sie verkauft wird (vgl. MEW Bd. 25, S. 268). So ist es auch zu erklären, warum Lebensmittel ins Meer geworfen werden, obwohl jeden Tag Menschen verhungern. Die Lebensmittel können schlicht nicht profitabel verkauft werden.

Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate

„Bei der Warenproduktion ist das Verwandeln des Produkts in Geld, der Verkauf, conditio sine qua non. Die unmittelbare Produktion für das eigene Bedürfnis fällt fort. Mit dem Nichtverkauf ist hier Krise da.“ (MEW Bd. 26,2, S. 509f)

Doch warum sollte der Verkauf ausbleiben? Die Konsumnachfrage liefert die Antwort: Die KapitalistInnen konsumieren nur einen Teil ihres Profits und sparen/reinvestieren den Rest. Mit zunehmendem Einkommen werden die KapitalistInnen voraussichtlich immer kleinere Teile ihres zusätzlichen Einkommens konsumieren, bis es irgendwann gar keinen zusätzlichen Konsum durch zusätzliches Einkommen mehr gibt, während die ArbeiterInnen den größten Teil ihres Lohnes konsumieren werden. Wie wir anhand der Empirie sehen, sinkt der Anteil des zusätzlichen Einkommens, das für Konsum aufgewendet wird, mit steigendem Einkommen:

Abb. 1: Konsumneigung nach Einkommen

	Marginal, kurzfristig	Durchschnittl., langfristig
1. Terzil	0,798	1,175
2. Terzil	0,520	1,013
3. Terzil	0,414	0,833

Abb.1: Konsumneigung nach Einkommensgruppen, Österreich 1999/2000 (vgl. Guger/Marterbauer (2007), S. 22)

Eine genauere Aufschlüsselung nach Dezilen würde ein noch drastischeres Bild zeigen. Wenn man die vereinfachende Annahme trifft, dass ArbeiterInnen so wie im 19. Jahrhundert ihr gesamtes Einkommen konsumieren (vgl. MEW Bd. 4, S. 363), die, wie wir an den Daten sehen, nicht ganz abwegig ist, lässt sich schlussfolgern, dass der Konsum ceteris paribus mit einer zunehmenden Ausbeutungsrate (Mehrwert/variables Kapital) abnehmen muss, da die ArbeiterInnen ihren gesamten Lohn, aber die KapitalistInnen nicht ihren gesamten Profit konsumieren.

Das würde zwar keine Probleme verursachen, wenn die Investitionen in die Realwirtschaft in gleichem Ausmaß steigen würden, aber kein/e KapitalistIn wird investieren, wenn er/sie die Waren später nicht absetzen

Im dritten Band des Kapitals führt Karl Marx das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate aus. Die KapitalistInnen streben stets nach Innovationen, die die Produktion verbilligen, damit sie mit ihren Waren bei gegebenem Preis mehr Profit erwirtschaften und ihre Profitrate kurzfristig erhöhen können. Langfristig werden die anderen KapitalistInnen jedoch die neue Technologie imitieren, was dazu führt, dass sich die Profitrate wieder über alle Industriezweige angleicht. Aber auf welchem Niveau? Kostensparende Innovationen sind in der Regel damit verbunden, dass Menschen durch Maschinen ersetzt werden (vgl. MEW Bd. 25, S. 222). Da aber lt. Marx die menschliche Arbeitskraft die einzige Quelle des Mehrwerts¹, und damit des Profits ist, fällt die Profitrate bei gleichbleibender Ausbeutungsrate (Mehrwert dividiert durch das variable Kapital) unter die ursprüngliche Profitrate (Mehrwert dividiert durch das

gesamte eingesetzte Kapital). Mit jeder arbeitssparenden Innovation sinkt somit die Profitrate in der langen Frist tendenziell. (vgl. MEW Bd. 25, S. 223) Die wichtigste Maßnahme um diesem Trend entgegenzuwirken ist eine Erhöhung der Ausbeutungsrate, was zum Beispiel durch eine Verlängerung des Arbeitstages (vgl. MEW Bd. 25, S. 243) oder durch eine Lohnsenkung (vgl. MEW Bd. 25, S. 228) erreicht werden kann.

¹ Gemäß Band 1 des Kapitals wird der Wert einer Ware durch die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ (MEW Bd. 23, S. 53) bestimmt, die für ihre Herstellung aufgewendet werden muss. Der Wert untergliedert sich dabei in das konstante Kapital (Summe des Werts der in die Ware einfließenden Rohstoffe, der anteilmäßigen Abnutzung der Maschinen, Arbeitsmittel etc.) (vgl. MEW Bd. 23, S. 217), das variable Kapital (Summe, die für den Kauf der Arbeitskraft aufgewendet werden muss) und den Mehrwert, der nichts anderes ist als der Überschuss des Warenwerts über das eingesetzte Kapital und sich ausschließlich aus dem variablen Kapital speist. (vgl. MEW Bd. 23, S. 224)

kann. Dass die Ursache für Krisen in der Konsumnachfrage liegt, war Marx völlig klar:

„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumptionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumptionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ (MEW Bd. 25, S. 501)

Kein Kapitalismus ohne Krise

Jeder Sieg der KapitalistInnen im Klassenkampf, der die Ausbeutungsrate und damit die Profitrate erhöht (und damit dem Fall der Profitrate entgegenwirkt), muss sich daher als Pyrrhussieg erweisen und wird den Boden für neue Krisen aufbereiten. Zwar gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die regelmäßigen Überproduktionskrisen zu verschleppen oder abzufedern (vgl. Mellacher (2014), S. 23-25), diese Möglichkeiten wurden aber in der Vergangenheit bereits stark ausgereizt. Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ist also miterantwortlich dafür, dass es nicht möglich ist, den Kapitalismus „krisenfrei“ zu regulieren.

Stattdessen ist für MarxistInnen klar, dass diese Krisen dazu genutzt werden müssen, eine Perspektive für ein Wirtschaftssystem aufzustellen, in dem es nicht mehr vorstellbar ist, dass eine Gesellschaft „zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie,

zuviel Handel“ besitzt, sondern die Produktion nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen anstatt privater Profitinteressen geplant wird.

Patrick Mellacher studiert den Master Politische und Empirische Ökonomik an der Universität Graz und ist Mitglied der Gesellschaft für Plurale Ökonomik Graz

Literatur

- Guger, Alois/Marterbauer, Markus (2007) Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update, online unter http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=30483&mime_type=application/pdf
- Marx, Karl (1961) *Karl Marx Friedrich Engels Werke*, Band 13, Dietz Verlag Berlin, kurz MEW Bd. 13
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1962) *Marx-Engels-Werke*, Band 23, Dietz Verlag Berlin, kurz MEW Bd. 23
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1964) *Marx-Engels-Werke*, Band 25, Dietz Verlag Berlin, kurz MEW Bd. 25
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1967) *Marx-Engels-Werke*, Band 26, Zweiter Teil, Dietz Verlag Berlin, kurz MEW Bd. 26.2
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1977) *Marx-Engels-Werke*, Band 4, Dietz Verlag Berlin, kurz MEW Bd. 4
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1983) *Marx-Engels-Werke*, Band 42, Dietz Verlag Berlin, kurz MEW Bd. 42
- Mellacher, Patrick (2014) *Überproduktionskrise und Fall der Profitrate bei Marx*, online unter https://www.academia.edu/7431322/Überproduktionskrise_und_Fall_der_Profitrate_be_Marx
- Okishio, Nobuo (1961) *Technical changes and the rate of profit*, Kobe University economic review 7
- Rosdolsky, Roman (1977) *The making of Marx's Capital* Volume 1, Pluto Press

Unhilfreiche Ökonomik oder die Tugend der Verantwortungslosigkeit

Misst man die gegenwärtige Ökonomik daran, was sie zur Beschreibung, Erklärung und dem Verstehen von Wirtschaft als Teil sozialer Wirklichkeit beiträgt, liefert sie ein dürftiges Ergebnis. Unserer Meinung nach tragen erkenntnistheoretische Unbedachtheit und eine ideengeschichtliche Tradition dazu bei. Das führt schlussendlich dazu, dass Verantwortungslosigkeit verblümt als neue Tugend zelebriert wird. von **Benjamin Ferschli** und **Daniel Grabner**

Bei allem Hader um Pluralität und dem Blühen von tausend schönen Blumen wird eine Dimension selten, wenn überhaupt, und dann nur peripher behandelt: Die Erkenntnistheorie. Sozusagen ein taumelndes Irrlicht im „Winter unseres Missvergnügens“.¹

An dieser Stelle bieten wir deshalb ein kleines, confuses Narrativ der erkenntnistheoretischen Fundamente zeitgenössischer ökonomischer Forschung an. Darüber hinaus unterstellen wir, dass die daraus resultierenden überbordenden Vorstellungen von Universalität und Objektivität in der Ökonomik ein Unsinn sind, und durch die Simplifizierung von sozialer Realität zu einer *Tugend der Verantwortungslosigkeit* führen.

Wir verorten die Motivation zu dieser scheinbaren Tugend im Allgemeinen also in gängigen erkenntnistheoretischen Positionen, im Speziellen in einem konkreten Phänomen: Im Zuge ihrer Etablierung als akademische Disziplin ließ sich die Ökonomik von einem seltsamen Neid auf die klassische Physik leiten. Diese Denktradition – und vor allem das Verharren darauf – scheinen wie ein Schweinstall aus Asbest gebaut: Ein bisschen sehr aus der Mode gekommen, weil nach unseren heutigen Erkenntnissen stark fahrlässig, aber dennoch idealer Nährboden für allerhand Unsinn – und feuerresistent.

Friedman, Popper und das Übel der Objektivität

Will man sich mit den erkenntnistheoretischen Grundsätzen der Ökonomik auseinandersetzen, entkommt man wohl kaum Milton Friedmans äußerst einflussreichem Essay *The Methodology of Positive Economics* (1953). Dort

¹ Ob man dies literarisch nach Richard III. oder zeithistorisch im Sinne Larry Lambs zum Stand der Dinge unter der britischen Regierung Callaghan deutet, ist eigentlich egal.

versucht Friedman – äußerst passend zum Titel des Essays – Ökonomik als positive (also nicht als normative) Wissenschaft zu definieren:

„*The ultimate goal of a positive science is the development of theory or "hypothesis" that yields valid and meaningful (i.e. not truistic) predictions about phenomena not yet observed.*“ (S. 3f., ebd.)

Friedman stilisiert die Vorhersagekraft zum höchsten Ideal einer wirtschaftswissenschaftlichen Theorie. Er verwirft dabei nicht nur die Realitätsnähe der getroffenen Annahmen als Gütekriterium, sondern überspitzt seine Position noch in der berühmtberüchtigt gewordenen Behauptung:

„*Truly important and significant hypotheses will be found to have "assumptions" that are wildly inaccurate descriptive representations of reality, and, in general, the more significant the theory, the more unrealistic the assumptions (in this sense).*“ (S.8, ebd.)

Dazu mag man nun stehen, wie man will – ausführliche Kritiken gibt es zur Genüge (siehe etwa Hodgson 1989: 32f) –, aber der Grundgedanke, dass „Realitätsnähe“ ein problematisches Kriterium für die Bewertung einer Theorie oder eines Modells ist, scheint unserer Meinung nach lobenswert. Schlussendlich kann keine Theorie, egal wie umfangreich, alle möglichen empirischen Fälle umfassen. Die Fälle, die sie erklärt, können außerdem oft von Alternativtheorien ebenso erklärt werden, was allgemein unter der „Unterdeterminiertheitsthese“ zusammengefasst wird. Beispielsweise in der Spielart nach Kuhn (Kuhn, 2012). Oder ein Zitat, das Ronald Coase nachgesagt wird:

„*If you torture data enough, it will confess to anything.*“

Jede Theorie, egal wie durchdacht und umfassend, ist verkürzend und generalisierend und hat ein spezielles Erklärungsinteresse, das nicht selbstverständlich ist. Darüber hinaus ist der menschliche Wahrnehmungsapparat gar nicht auf Realitätsnähe im Sinne des Erkennens einer objektiven Wirklichkeit ausgelegt – und kann dies gar nicht sein. Oder wie Maturana und Varela (2012: 127) in ihrem Werk *Der Baum der Erkenntnis* in Hinblick auf die evolutionäre Dynamik menschlichen Erkennens konstatieren:

„*Wir sehen die Evolution als ein strukturelles Driften bei fortwährender phylogenetischer Selektion. Dabei gibt es keinen »Fortschritt« im Sinne einer Optimierung der Nutzung der Umwelt, sondern nur die Erhaltung der Anpassung und Autopoiese in einem Prozeß, in dem Organismus und Umwelt in dauernder Strukturdoppelung bleiben.*“

Zusätzlich zu der Unter-Determination jeder Theorie und den verzerrten Wahrnehmungen einzelner Individuen steht dann obendrauf noch die Volatilität geschichtlich-sozialer Organisation.

Die Grundskepsis gegen das Erkennen einer objektiven Wahrheit betrifft nicht nur das Formulieren einer Theorie sondern auch die Bewertung ihrer Prognose. Friedman tut so, als könnte man das Eintreten einer Prognose sehr wohl unabhängig und objektiv beurteilen – was halt ein bissi inkonsistent ist. Wie kann die Realität die Theorie beweisen, wenn die Realität selbst unzugänglich ist?

Eine weitere populäre Position – nicht nur in der Ökonomik, sondern generell in der empirischen Forschung – ist der Falsifikationismus à la Karl Popper. Zentral hierbei ist das Induktionsproblem, also die Unmöglichkeit, ausgehend von Einzelfällen die Allgemeingültigkeit eines Gesetzes zu beweisen.

Etwa das Russel'sche Huhn, das nach hundert Tagen gefüttert werden endlich beschließt, dem Bauern Vertrauen zu schenken, um dann doch vom Beil überrascht zu werden. Popper umschifft dieses Problem, indem er als Anspruch der Wissenschaft nicht die *Verifikation*, sondern die *Falsifikation* von Hypothesen formuliert. Zur Falsifikation einer These reicht bereits ein Gegenbeispiel aus – man denke an den schwarzen Schwan.

Auch wenn Poppers Position durchaus Popularität genießt, gibt es Anlässe zur Kritik (siehe u.a. Hodgson 1989: 39-42). Unser Fokus richtet sich wie schon bei Friedman auf eine kleine Inkohärenz. Popper schreibt:

„I mean the view that observations, and even more so observation statements and statements of experimental results, are always interpretations of the facts observed; that they are interpretations in the light of theories. This is one of the main reasons why it is always deceptively easy to find verifications of a theory, and why we have to adopt a highly critical attitude towards our theories if we do not wish to argue in circles: the attitude of trying to refute them.“ (Popper 2005 [1959]: 90)

Popper tappt in ein Loch: Wenn jede Beobachtung theoriegebunden ist (*und daher nicht objektiv sein kann*), ist auch die Beobachtung, ob eine Theorie den Fakten widerspricht, theoriegebunden (*und daher nicht objektiv*), genau wie bei Friedman.

Als dritte epistemologische Position innerhalb der Ökonomie verorten wir noch etwas, das wir an dieser Stelle als Empirizismus bezeichnen wollen. Dahinter verbirgt sich der unreflektierte Glaube an die Quasi-Objektivität von Wahrnehmung gepaart mit der Annahme, theorielos den „Fakten“ und „Daten“ so etwas wie Erkenntnis entlocken zu können. Diese Position hat für ihre VertreterInnen einen praktischen Vorteil: Sie können nicht für bestimmte Ideen, Ideologien oder Theoriegebäude kritisiert werden, da sie sich ja ganz atheoretisch und undogmatisch nur von Fakten leiten lassen. Insofern scheint diese Position, wenngleich sie erschreckend verbreitet ist, am ehesten einer erkenntnistheoretischen Unreflektiertheit zu gleichen.

Allen drei Positionen ist eigen, dass sich der Begriff „Objektivität“ als oberste Instanz einschleicht, oder – wie im Falle des Empirizismus – versucht, die Tür einzubrechen.

Objektivität als Übereinstimmung von Realität mit menschlicher Wahrnehmung mag man im Alltag aus pragmatischen Gründen annehmen müssen. Als erkenntnistheoretische Position im Wissenschaftsgefüge ist sie fahrlässig. Denn wie Heinz von Foerster es formuliert:

„Objektivität ist die Illusion, daß Beobachtungen ohne einen Beobachter gemacht werden können“ (Foerster, z.n. Glasersfeld 1991: 17)

Um auf des Pudels Kern zu stoßen, glauben wir jetzt noch tiefer graben zu müssen und nicht bei den oben beschriebenen erkenntnistheoretischen Positionen stehenbleiben zu dürfen. Wir wühlen tiefer in das positivistische Grundprogramm der Gegenwirtschaftsökonomik und stoßen auf einen dunklen Abgrund: Die Orientierung an der klassischen Physik.

Die klassische Physik und die Geister ihrer toten Hunde. Erster Geist: Der Universalismus

Die Anbiederung an die klassische Physik – die Übernahme ihrer Methoden, Metaphern und Mythen – scheint der neoklassischen Ökonomik drei Trugschlüsse nahegelegt zu haben: Universalismus, ein mechanistisches Weltbild und das illusorische Postulat der Wertfreiheit.

Die Intention der Wirtschaftswissenschaft, sich als „richtige“ und „reine“ Wissenschaft in Szene zu setzen, blieb spätestens nach dem Sieg Mengers im Methodenstreit nicht folgenlos. Dass der oder die moderne (Wirtschafts-)WissenschaftlerIn aus diesem Denkmuster über das Positiv-Gegebene heraustritt, ist – wie Horkheimer und Adorno formulieren – seitdem so absurd wie das „*Verlassen des Bannkreises für den primitiven Zauberer*“ (Horkheimer, Adorno: Dialektik der Aufklärung, S. 32). Stattdessen werden Phänomene als Statisches, Naturgegebenes, Selbstverständliches dekoriert. Ob es sich um die Produktion, Verteilung oder den Konsum von Obst handelt – der Apfel fällt doch immer gen Boden. Alles wird ins selbe universelle Konzept gepresst, mit dem selben universalen Konzept erklärt.

Auch hier wiederum eine Konsequenz: Der Ökonomik geht die Geschichte verloren. Oliver Williamson, Pionier der Transaktionskostentheorie formuliert es wenig subtil mit den Worten „*In the beginning, there were markets*“ (1975: 20). Nicht die historische

Bedingtheit umrahmt das soziale Phänomen des Marktes, denn aus epistemischen Gründen werden Märkte wunderbar biblisch, sogar der Erschaffung der Welt selbst vorgereiht. Eine solche Perspektive verstellt notgedrungen den Blick auf die historische Bedingtheit sozialer Phänomene wie etwa Märkte oder eine „natürliche“ Arbeitslosenrate.

Auch wenn die *Selbstverständlichkeit* von Märkten heutzutage wohl *selbstverständlich* ist, tritt die Verwerfung der Geschichte an anderer Stelle noch frappierender ans Licht: Der Drang nach Universalismus hat die Vorstellung des Menschen als kontingesentes Kulturprodukt in den Hintergrund verbannt. Stattdessen werden menschliche Handlungsweisen und Lebenspraxen dem überdehnten Konstrukt der „menschlichen Natur“ zugeordnet.

Wenn der Mensch immer der Mensch war, was soll uns die ökonomische Struktur des dummen Feudalismus interessieren? Was in der Ökonomie übrigbleibt, ist die beliebte mikro-ökonomische Robinsonade, die durch Unterwelten gezerrt dann bei Gary Becker die „ökonomische Methode“ heißt. Jeder Mensch ist gestrandet auf einem Eiland voller Fremder, die man nicht verstehen kann oder will – wie auch?! Diese „Methode“ deckt sich mit dem Muster einer klinischen Soziopathie. Es erscheint so banal darauf hinzuweisen, dass *natürlich* an Robinson Crusoe nichts *Naturliches* ist, dass wir es fast gar nicht tun wollen. Robinson Crusoe war ein Gentleman des 17. Jahrhunderts, imaginiert von einem Gentleman des 18. Jahrhunderts. Beiden mag, wie Marx sagt, die dem Engländer so typische Vorliebe für das Führen von Listen auch auf einsamen Inseln noch erhalten geblieben sein.

Der statische Universalismus findet sich auf besonders groteske Weise im Bezug auf die Präferenzen wirtschaftlicher AkteurInnen wieder. Präferenzen sind nun einmal gegeben und keine *ehrliche* ÖkonomIn würde das hinterfragen; immerhin stünde dann das Ideal der KonsumentInnen souveränität – und noch viel mehr! – auf dem Spiel. Also bleibt man lieber bei Wittgenstein (2015: 9): „*Was sich überhaupt sagen lässt, lässt sich klar sagen; und wovon man nicht reden kann, darüber muss man schweigen.*“ Und wer schweigen muss, darf nicht reden.

Auf die Spitze wird der Umgang mit Präferenzen bei Gary Becker getrieben, der attestiert, dass sie sowieso stabil und unveränderlich seien (Becker 1982: 4). Was

vom Menschen bleibt, ist ein ahistorisches Geschöpf – zusammengestutzt auf Rationalität und Eigennutzenmaximierung. Was aber natürlich recht bequem ist, wenn man damit rechnen will.

Zweiter Geist: Die Mechanik

Neben dem versuchten Universalismus leidet die Ökonomik aber noch an einer weiteren Eigenheit der klassischen Physik: einem mechanistischen Weltbild. Materielle Kausalität mag durchaus angebracht sein um etwa die Laufbahn einer Billardkugel zu berechnen. Soziale Phänomene hingegen sind nun mal geprägt von *Wechselwirkungen*, in denen A auf B wirkt, aber komplexerweise auch B auf A. Oder von *Emergenzen*, in denen das Zusammenspiel von A und B etwas qualitativ Anderes hervorbringt. Die Eigentumsverhältnisse eines Buches etwa sind nicht in seiner materiellen Beschaffenheit zu finden oder durch sie zu verstehen.

Wir sind noch nicht müde, zu erwähnen, dass der Forschungsgegenstand von Ökonominnen eben solcherlei soziale Phänomene sind. Diesen Gegenständen nicht gerecht zu werden, indem man sie doch nur wieder auf angenommene, einfache Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge reduziert, ist fatal.

Ausformungen dieser simplen Mechanik finden sich zuhauf in neoklassischen Mikroökonomie-Büchern. Die AkteurInnen des Wirtschaftsgeschehen sind – altbekannt – allein über die Maximierung ihres Nutzens dargestellt. Der unerlässliche Hebel dieser technischen Mechanik ist Rationalität. Was aber von neoklassischen Ökonominnen sowie ihren KritikerInnen oft ausgelassen wird, ist die Frage, was unter „Rationalität“ überhaupt zu verstehen ist. Ob Menschen sich rational verhalten oder nicht, wird weit weniger streitbar bei einem angepassten Verständnis von dem, was Rationalität überhaupt „kann“. Sowohl KritikerInnen als auch BefürworterInnen identifizieren ohne große Probleme Rationalität mit einem gesetzten Prozess zur Erreichung eines spezifischen, gesetzten Ziels: der Maximierung von Nutzen. Dann heißt es weinerlich: „aber Menschen sind nicht rational oder haben nicht genug Information!“

Mit Verweis auf Hume und andere lässt sich ein anderes Rationalitätsverständnis hervorkehren: Ziele haben keinen letztgül-

tigen rationalen Ursprung, bloß die möglichen Wege zur Erreichung derselben sind „rationalisierbar“. Rationalität ist also *instrumentell*. Natürlich handeln Menschen demnach „rational“, aber das bedeutet nicht das selbe wie einen „rationalen“ Telos der Profit- oder Nutzenmaximierung. Wenn ich eine Tasse Kaffee will, ist es rationaler, mir eine zu holen, als aus dem Fenster zu springen. Aber wer hat gesagt, dass ich Kaffee will? In den Worten von David Hume:

„Tis not contrary to reason to prefer the destruction of the whole world to the scratching of my finger. Tis not contrary to reason for me to chuse my total ruin, to prevent the least uneasiness of an Indian or person wholly unknown to me.“ David Hume, A Treatise of Human Nature (1739-40)

Die Frage sollte also weniger sein, ob Menschen rational sind oder nicht, sondern eher, wie es dazu gekommen ist, dass Nutzenmaximierung in der Ökonomik mit Rationalität gleichgesetzt worden ist. Das wäre die Fragestellung einer *verantwortungsvollen* Wirtschaftswissenschaft. Der Ausschluss einer solchen fügt sich aber wunderbar in eine mathematisch exakte Modelltheorie, wie eben die Allgemeine Gleichgewichtstheorie der Neoklassik. Ganz dem Ideal der Naturwissenschaften nach scheint alles Normative überwunden. In der Theorie sind dann Löhne nicht das Produkt von Machtverhältnissen, sondern klar und exakt durch technologische Gegebenheiten determiniert – Grenzprodukte und so weiter.

Dritter Geist: Das Postulat der Wertfreiheit

Mit der Formalisierung auf Basis der oben beschriebenen Mechanik, die wiederum auf einer speziellen Naturkonzeption fußt, drängt sich ein Verständnis einer wertfreien und apolitischen ökonomischen Wissenschaft auf. Gerade das Postulat der Wertfreiheit aber, selbst schon Werturteil und frappierend politisch, wird an allen Ecken und Enden gepredigt – verdächtig wie wir meinen.

Die Immunisierung gegen die Vorstellung einer nicht *apolitischen* Ökonomik durch Annahmen über Natürlichkeit, Mechanik und Wertfreiheit ist nicht bloß historisch inkorrekt, sondern erstaunlich *unhilfreich*. Galbraith spannt diesen Gedanken aus, wenn er schreibt:

„The accepted economic models, in the past, have not necessarily been ones that illuminated reality. They have frequently served to divert attention from questions of great social urgency which, in the established view, had alarming implications for political action. In doing this, economics has served a political function. It has been not a science but a conservatively useful system of belief defending that belief as a science.“ (Galbraith 1970: 470)

Denn was soll man dagegen sagen, wenn ein Washington Consensus implizit auf eine onto-anthropologische Natur von „*inclination to truck and barter*“ verweist? Jeder Mensch, der nicht zustimmt, muss entweder ein Wilder oder eine Barbarin – auf jeden Fall ein Unmensch – sein und könnte daher auch gar nicht mit einem Kredit umgehen.

Den wohl bekanntesten Kommentar zur Naturalisierung politökonomischer Scheinrealitäten liefert Marx. Dieser hat die moralischen, gesellschaftlichen, kulturellen und ästhetischen Werte rund um die Organisation der Wirtschaft lose als „*Ideologie*“ bezeichnet. Also den Legitimationsursprung des theoretischen Überbaus, der die Gesellschaft und ihre Produktion widerspiegelt, intellektuell legitimiert, scheinbar von allen Werturteilen befreit und schließlich naturalisiert. „Naturalisieren“ heißt dabei, dass alle AkteurInnen ihre Rollen und Werte so weit verinnerlichen, dass sie selbstverständlich und nach „common sense“ aussehen und nicht Resultate von geschichtlicher Kontinuität oder Werturteilen sind. So wie die Dinge sind, sind diese also *natürlich und gut*. Oder eben: von Gott gegeben (quasi wieder à la Williamson).

Die *ahistorischen* Annahmen der neoklassischen Ökonomik sagen damit nach Marx mehr über die *historische* Position der Neoklassik selbst aus, als darüber, was sie eigentlich zu beschreiben suchen. Der Glaube an das Ende der Geschichte ist ein weiteres aporetisches Kapitel der gerade noch totgeglaubten Geschichte. Ideologie darf aber nicht als ein drakonisches Herrschaftsinstrument missverstanden werden. Sie stellt eine ehrliche Überzeugung aller Betroffenen dar. Defoes Robinson Crusoe ist keine bewusste *dramatis persona*, sondern ein präzise geglaubtes Selbstbild. Ein derartiges Selbstbild ist aber verzerrt, und ein Individuum nie so

alleine wie eine Indifferenzkurve suggeriert. Was bleibt, ist ein Versuch neoklassischer „Geschichtsschreibung“, die immer das zu finden glaubt, was sie sucht, wo sie auch hinklickt: Indifferenzkurven und Grenznutzen. Ganz im Sinne der Naturwissenschaften wird also mit der fertigen Welt von hinten begonnen. „Fakten“ und „Natur“ sprechen aber niemals für sich selbst. Wenn der ökonomische Mainstream sagt: „Aber die Daten!“, zeigt das nur, wie schwerwiegend missverstanden wird, was Daten eigentlich sind. Wenn die Neoklassik sagt: „Aber die formale Stringenz!“, zeigt das nur, wie missverstanden wird, was soziale Realität konstituiert und was die Aufgabe der Ökonomik ist. Mechanische NutzenmaximiererInnen gibt es so nicht, und Firmen wandeln nicht einfach magisch Input in Output um. Selbst wenn das so wäre, hieße das nicht, dass es so sein muss. Aber dennoch werden solche Thesen wie eherne Gesetze reproduziert. Diese *ehernen* Gesetze stehen aber eigentlich unter der Prämisse „es mag zwar jetzt so sein, aber es ginge auch ganz anders“ – sie sind also kontingen.

Ultimativ hat sich die Ökonomie durch die Eigenbeschreibung als wertfrei, als nicht-normativ in eine bequeme Ecke der Verantwortungslosigkeit gesetzt. So wie PhysikerInnen nicht für die Bewegung von Himmelskörpern verantwortlich gemacht werden, wollen ÖkonomInnen keine Verantwortung für „universelle“ Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie übernehmen. Der Sozialwissenschaft und ihrem Versuch, soziale Wirklichkeiten zu beschreiben und zu erklären, stellt sich aber immer das Problem, dass sie selbst Teile dieser Wirklichkeiten und ihrer Konstruktion sind. Durch diese Verknüpftheit ergibt sich unserer Meinung nach auch eine Mitverantwortlichkeit für jedwede Tätigkeit, ob als WissenschaftlerIn oder anderweitig. Im Falle der Wirtschaftswissenschaften bedeutet das die Anerkennung einer Mitverantwortung für die Konstruktion von Wirklichkeiten.

Das Zusammenspiel aus Universalismusstreben, einem mechanistischem Weltbild und Wertfreiheit fördert eine Denkweise, die Ökonomisches verkürzt darstellt und Veränderungspotentiale auf ein paar einfache Rezepte reduziert. Es wirkt wenig überraschend, dass diese Denkweise auch in den politischen Diskurs Einzug gefunden hat – allen voran in der von Margaret Thatcher geprägten Phrase „*there is no alternative*“.

T.I.N.A. und die Alternativen

Soweit nichts Neues im Westen. Was wir bis jetzt präsentiert haben, ist kaum als revolutionär einzustufen. Aber die geneigte LeserIn wollen wir nicht ganz ohne neue *Finte* ins Korn schicken. Wir präsentieren also unseren Versuch des bekannten, halsbrecherischen Teufelsgallops von Wissenschafts- zu Sozialtheorie.

Die neoklassische und „Mainstream“-Wirtschaftstheorie unserer Tage hat sich, wie oben nachzulesen, einer Tugend der Verantwortungslosigkeit verschuldet. Auf Basis der Kritik an naivem Positivismus sowie an den Kategorien von Universalismus, Mechanik und Wertfreiheit lässt sich darauf antworten, dass die Wirtschaftswissenschaften ab initio ein politisches Programm sein müssen. Das bedeutet nun nicht, dass man sich nicht „wissenschaftlich“ mit ihren Sachverhalten auseinandersetzen kann, oder wie Wittgenstein verlangt: darf. Diese Wissenschaftlichkeit muss sich aber der geschichtlichen Entwicklung menschlicher Organisation und der Erkenntnisbeschränktheit menschlicher Wahrnehmung bewusst sein und die soziale Formbarkeit ökonomischer Organisation akzeptieren.

Wenn Thatcher sagt, etwas sei alternativlos, entspricht dies dem Denkmuster der oben beschriebenen entpolitisierten Ökonomik, die nun in einer technokratischen, entpolitisierte Politik gemündet ist. Unserer Meinung nach ruht diese Vorstellung aber auf einer Reihe blinder Flecken – unter anderem genährt von den Kategorien Universalismus, Mechanik und Wertfreiheit. Es sei wieder auf Heinz von Foerster verwiesen, dessen zentrales Erkenntnisinteresse gerade in der Konfrontation mit dieser Begebenheit bestand. Pörksen fasst es in „[der] Irritation des Beobachters, des Erkennenden, der dann – einmal produktiv verunsichert – auf die ethisch-moralische Verantwortung für seine Sicht der Dinge und seine unvermeidlich gegebenen blinden Flecken gestoßen wird“ zusammen.

Ob das Großbritannien der 1980er, die UdSSR im 20. Jahrhunderts oder das heutige Griechenland: es gibt immer Alternativen, und mehr noch gibt es eine Verantwortung sich dieser bewusst zu sein, speziell als ÖkonomIn. Es besteht ein Gebot zur produktiven Irritation. Die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse als *Ende der Geschichte* (Fukuyama, 1992) zu sehen, ist

im besten Fall eine Gute-Nacht-Geschichte für gequälte Geister. Schulden, Produktion, Einkommensverteilung und Arbeitsorganisation sind nicht durch natürliche Notwendigkeiten gebunden, ebenso wenig wie gequälte Geister.

An eine unhilfreiche ökonomische Wissenschaft in diesen Belangen ist nur – in gutbürgerlicher Wiener Tradition – eine gutgemeinte Warnung auszusprechen: „Hoit, do is a Spoit, passts auf, dass kana eini foit.“

Benjamin Ferschli und Daniel Grabner studieren Volkswirtschaft an der WU Wien

Literaturverzeichnis

- Ambros, Wolfgang (1976): Hoit da is a Spoit / Warum host des g'mocht. Bacillus Records.
- Becker, Gary (1993): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen: Mohr.
- Friedman, Milton (1953): Essays in Positive Economics. In: University of Chicago Press. URL: <http://www.econ.umn.edu/~schwe227/teaching.s13/files/articles-sug/friedman-1953.pdf>
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler.
- Galbraith, John Kenneth (1970): Economics as a System of Belief. In: The American Economic Review, Vol. 60, No. 2, S.469-478
- Glaserfs, Ernst (1991): Abschied von der Objektivität. In: Watzlawick, Paul/Krieg, Peter: Das Auge des Betrachters. Beiträge zum Konstruktivismus. Festschrift für Heinz von Foerster. München/Zürich: Piper.
- Hodgson, Geoffrey M. (1989): Economics and institutions. A manifesto of Modern Institutional Economics. Cambridge: Polity Press
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2011): Dialektik der Aufklärung. Frankfurt am Main: Fischer.
- Hume, David (1739): A Treatise of Human Nature. Part 3 Of the will and direct passions, Sect. 3 Of the influencing motives of the will. URL: <http://www.gutenberg.org/files/4705/4705-h/4705-h.htm>
- Kuhn, Thomas (2012): The Structure of Scientific Revolutions, The University of Chicago Press: Chicago.
- Marx, Karl (2013): Das Kapital: Kritik der Politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Maturana, Humberto/Varela, Francisco (2012): Der Baum der Erkenntnis. Frankfurt am Main: Fischer.
- Popper, Karl (2005 [1959]): The Logic of Scientific Discovery. London, New York: Routledge.
- Pörksen, Bernhard (2011): Ethik der Erkenntnistheorie. In: Pörksen, Bernhard (Hg.): Schlüsselwerke des Konstruktivismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 319-340.
- Williamson, Oliver (1975): Markets and Hierarchies: Analysis and Antitrust Implications. A Study in the Economics of Internal Organization. New York: Free Press.
- Wittgenstein, Ludwig (1921): Tractatus Logicus Philosophicus, Fragment 2, 7. URL: <http://tractatus-online.appspot.com/Tractatus/jonathan/D.html>

Wie der Keynesianismus nach Brasilien kam

Die einen entdecken ihn früher, die anderen später. Besonders in Krisenzeiten finden die Ideen von Keynes wieder Aufschwung. In Brasilien begleiten sie die Wirtschaftspolitik schon lange und wie sich zeigte auch mit Erfolg. Aber ist Brasilien auf dem richtigen alternativen Weg oder hat es sich ausgekeynest?

von Susanne Reither

Besonders im letzten Jahr war Brasilien ein beliebtes Thema in den Medien. Über die wirtschaftliche und politische Lage wurde dabei nur sehr oberflächlich berichtet. Wie bereits bekannt, ist Brasilien das Land mit der größten sozialen Ungleichheit in Lateinamerika. Gleichzeitig gilt es als aufsteigende Wirtschaftsmacht im globalen Wirtschaftssystem und verschaffte sich den Ruf (zumindest in Vorkrisenzeiten) nahezu als Wirtschaftswunder. In den letzten zehn Jahren wurden besonders in der Außenpolitik die Weichen gestellt. Als Teil der Außenpolitischen Strategie wurden Kooperationen innerhalb des globalen Südens forciert um sich der Abhängigkeit von Ländern der nördlichen Hemisphäre zu entziehen. Diese Neuorientierung der Außenwirtschaftspolitik gilt als Vorbild für andere Entwicklungs- und Schwellenländer und stellte sich besonders seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 als stabiles Moment innerhalb des Weltsystems dar.

Ein Blick auf die politischen Veränderungen verrät, dass Brasilien auch einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel schaffte. Seit 2003, als die ArbeiterInnenpartei (PT) mit Silvio Inácio Lula da Silva zum ersten Mal das PräsidentInnenamt antrat und mit Dilma Rousseff, der derzeitigen Präsidentin, setzte sich eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik durch. Es ist ein Versuch mit neoliberaler Politik zu brechen und Entwicklungen alternativ zu beschreiten. Anti-zyklische Wirtschaftspolitik und keynesianische Ansätze in der Wirtschaftswissenschaft haben in Brasilien eine lange Tradition. Aber ist wirklich überall Keynes drin, wo Keynes draufsteht? Und was verspricht diese Alternative?

Anti-zyklische Wirtschaftspolitik und die brasilianische Wirtschaftsperformance

Seit der Weltwirtschaftskrise 1929 gewann das importsubstituierende Entwicklungsmodell an Bedeutung. Während der 50er Jahre unter der Diktatur von Getúlio Vargas wurden in Brasilien der Binnenmarkt und der nationale Industriesektor ausgebaut. Somit entstanden die Grundzüge einer Kapi-

talgüterindustrie und die Ausformierung des Industriesektors. In der Außenhandelsstrategie setzte Brasilien auf ein enges Verhältnis mit den USA. Anfang der 1960er Jahre startete der Versuch der Diversifizierung der internationalen Beziehung und der Etablierung eines unabhängigen Entwicklungsmodells. (vgl. Schmalz 2007: 51ff).

Die Militärjunta in den 1960er Jahren setzte auf Wirtschaftswachstum durch ein neues Industrialisierungsmodell, gestützt durch externe Finanzierung (vgl. Paula/Ferrari-Filho 2010: 3ff). Die Auslandsinvestitionen stiegen an, die Wirtschaftsplanung wurde staatlich dirigiert und die Außenpolitik exportorientiert. Zwar verzeichnete Brasilien in diesen Jahren einen Wirtschaftsboom, jedoch lediglich zugunsten des reichsten Viertels der Bevölkerung (vgl. Schmalz 2007: 53ff). Der Aufschwung wurde durch einen Investitionsschub ausländischer Unternehmen und die Aufnahme von billigen Auslandskrediten gestützt. Der erste Ölpreisschock 1973/74, der die Kosten für die Erdölimporte vervierfachte, und der Verfall der übrigen Rohstoffpreise verschlechterten die brasilianische Leistungsbilanz massiv. Der Schuldenberg und die Zinszahlungen an ausländische GläubigerInnen stiegen zunehmend. Die hohe Schuldenbelastung verstießt die Außenabhängigkeit nur noch mehr.

Schließlich versorgte der Internationale Währungsfonds (IWF) versorgte den brasilianischen Staat mit Krediten und die Schuldenlast wurde vergesellschaftlicht. Die 1980er Jahre gingen in die Geschichte als verlorenes Jahrzehnt ein. Die Wirtschaftsperformance wird als Stop-and-Go beschrieben. Auch viele andere lateinamerikanische Länder litten nach der Phase der Militärdiktatur an einer Außenschuldenkrise. In Brasilien kam es zu einer Fiskalkrise und hoher Inflation. Monetaristische Politik der Inflationsbekämpfung (Hochzinspolitik und Abbau der Staatsschulden) sowie auch ein nachfolgend eingeführter heterodoxer Stabilisierungsplan (aktive Lohnpolitik und Preise einfrieren) scheiterten (vgl. Paula/Ferrari-Filho 2010: 3ff).

In den 1990er Jahren folgten ein Privatisierungsschub und eine rasche Außenöffnung nach dem neoliberalen Modell des Washington Consensus. Die Außenzölle wurden gesenkt und Märkte für Importprodukte geöffnet. Mit der Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie weitete sich auch der brasilianische Finanzmarktkapitalismus aus. Hohe Zinsen lockten das ausländische Kapital an. 1994 schaffte der *Plano Real*, ein Inflationsbekämpfungsprogramm, ein attraktives Investitionsklima für ausländische InvestorInnen. Das Ergebnis war ein chronisches Leistungsbilanzdefizit mit einer Vergrößerung der Auslandsverschuldung. Noch mehr Kapitalzuflüsse waren notwendig um das auszugleichen. Der Zufluss von überwiegend volatilen Kapitalströmen stieg massiv an, und die Gefahr von spekulativen Attacken und Hochzinspolitik stellte einen offensichtlichen Schwachpunkt dar. Die Marktderegulierungsmaßnahmen resultierten schließlich in steigender Arbeitslosigkeit und einem Zuwachs des informellen Sektors (vgl. Becker et al 2010: 235f). 1998 befand sich Brasilien erneut in einer Finanzkrise. Mit einem erneuten Strukturanpassungsprogramm des IWF gingen auch stärkere Privatisierungsmaßnahmen und die Entnationalisierung der brasilianischen Wirtschaft einher. Nach einem kurzen Aufschwung 2000 geriet die Wirtschaft wieder ins Schwanken, und ausländische Direktinvestitionen flossen in den Kauf von Staatsunternehmen. Ausländische multinationale Unternehmen übernahmen Teile des privaten Sektors, und die brasilianische Wirtschaft befand sich quasi im Ausverkauf (vgl. Schmalz 2007: 54f).

Als indirekte Folge der Finanz- und Währungskrise 1998/99 wurde 2002 Lula zum Präsidenten gewählt. Der Sieg war Ausdruck einer Krise des neoliberalen Modells (vgl. Schmalz/Ebenau 2011: 59f). Die neue politische Ära leitete eine Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftsdoktrine und den Wandel zu Süd-Süd-Kooperationen ein. Von nun an wurde verstärkt Außenhandel mit Ländern des globalen Südens betrieben. Die interne Wirtschaftspolitik war gekennzeichnet durch die gezielte Umschichtung der öffentlichen

Schulden, der aktiven Rolle des Staates und die Forderung nach strategischen Industriebereichen. Auch im sozialpolitischen Bereich wurden viele Reformen gesetzt, Arbeitsplätze geschaffen und der Mindestlohn angehoben (vgl. Schmalz 2007: 56f). Ein wichtiges Programm, das mitunter das ökonomische Fundament stärkte, war das Infrastrukturpaket PAC (*Programa de Aceleração do Crescimento*), das vor allem staatliche Investitionen vorsah (vgl. Paula/Ferari-Filho 2010: 3ff).

Zu Beginn der ersten Amtsperiode von Lula waren jedoch die wirtschaftspolitische Ausrichtung nicht ganz eindeutig und die Regierungsarbeit etwas widersprüchlich. Es bildeten sich zwei Achsen. Zum einen war die neoliberalen Achse vorzufinden, vor allem im Finanz- und Landwirtschaftsministerium und zum Teil auch in der Zentralbank, die auf ein finanzdominiertes und weltmarktorientiertes Entwicklungsmodell setzte, indem die Auslandsschulden bedient und gemäßigte Agrarreformen durchgeführt wurden. Zum anderen bildete sich eine sozial-keynesianische Achse, die es zum Ziel hatte, durch Binnenmarktorientierung die heimische Industrie zu stärken und durch eine Leitzinssenkung die Nachfrage zu stimulieren. VertreterInnen dieser Achse fanden sich hauptsächlich im Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung, in der Entwicklungsbank BNDES und im Planungsministerium. Zwar konnten in dieser ersten Phase keine tiefgreifenden Veränderungen vorgenommen werden, allerdings konnten maßgebliche Umbrüche in der Sozialpolitik festgestellt werden (vgl. Schmalz 2008: 116f).

Keynes in Brasilien

Keynesianische Wirtschaftspolitik hat in Brasilien eine lange Tradition. Einen starken Einfluss auf die brasilianische Wirtschaftspolitik hatte in den 1960er Jahren die CEPAL (*Comissão Econômica para a América Latina e o Caribe*). Die Organisation der Vereinten Nationen verstand sich damals in einer keynesianisch geprägten Tradition. Celso Furtado, ein brasilianischer Ökonom in der CEPAL beschäftigte sich mit keynesianischen Ideen angewandt auf Brasilien bzw. Lateinamerika. Er zeigte, dass bereits in den

1930er Jahren die brasilianische Regierung eine, wie wir sie heute nennen (nach der General Theory), keynesianisch anti-zyklische Wirtschaftspolitik betrieben hatte um die Kaffeeproduktion zu schützen (vgl. Paula/Ferari-Filho 2010: 3ff).

In den 1960er und 1970er Jahren entstand zudem der Anfang eines pluralen Fundaments in den Wirtschaftswissenschaften. Viele verschiedene Universitäten wurden gegründet, deren Forschung und Lehre stark keynesianisch geprägt war. An den Fakultäten für Ökonomie fanden sich einige ÖkonomInnen aus der CEPAL wieder.

Diese wissenschaftliche Vorarbeit verschaffte Brasilien einen umfangreichen Grundstock an wirtschaftspolitischen und vor allem Krisenbewältigungs-Know-How. Die brasilianische Volkswirtschaft profitierte davon nicht zuletzt mit Ausbruch der weltweiten Finanzkrise, in der die Auswirkungen der Krise ausgehend von den Zentren relativ milde abgedämpft werden konnten. Auch die PT (*Partido de Trabalho*) konnte damit ihre Position in der Regierung stärken, was der Präsidentin Dilma Rousseff eine zweite Amtsperiode verschaffte.

Brasilien in der Krise

Brasilien befand sich vor Ausbruch der Krise in einer ökonomisch relativ stabilen Situation. Durch die Ausweitung der Sozialprogramme in den vorangegangenen Jahren und die international günstige Situation mit hohen Ressourcenpreisen konnte das makroökonomische Fundament gestärkt werden.

Die Auswirkungen der Finanzkrise erreichten Brasilien im Oktober 2008. Der Wechselkurs des brasilianischen Real gegenüber dem US-Dollar erreichte einen Tiefpunkt von 3,4 und die Kapitalbilanz verschlechterte sich. Kapitalflucht war die Folge (vgl. Schmalz

Plurale Unis

In Campinas wurde eine Universität gegründet, die sich in keynesianischer Tradition mit marxistischem Einfluss verstand. In weitere Folge entwickelte sich die Universität zu einem wirtschaftswissenschaftlichen heterodoxen Zentrum im weiteren Sinne. Eine weitere wichtige Institution war die UFRJ, Universidade Federal do Rio de Janeiro, ebenfalls mit post-keynesianischen Ansätzen und maßgeblich beeinflusst von Paul Davidson und Hyman Minsky. Während den 1990er und 2000er schlugen noch einige andere Universitäten diesen Kurs ein (wie z.B. Federal University of Minas Gerais (UFMG), Federal University of Paraná (UFPR), Federal University of Uberlândia (UFU) und Fluminense Federal University (UFF), gemeinsame mit wichtigen anderen Institutionen wie die staatliche University of São Paulo (USP), University of Brasília (UnB) und Catholic University of São Paulo (PUC-SP)). Immer mehr ÖkonomInnen publizierten in renommierte brasilianischen und internationalen heterodoxen Journalen. Wichtige heimische Journale sind beispielsweise *Brazilian Journal of Political Economy* und *Economia e Sociedade*. (vgl. Paula/Ferari-Filho 2010: 6ff).

2011: 67). Die brasilianische Regierung reagierte mit einer klassischen anti-zyklischen Wirtschaftspolitik. Zunächst stellte die Zentralbank Liquidität für die Geschäftsbanken zur Verfügung, und die Vergabe von öffentlichen Krediten wurde ausgeweitet um einer Kreditklemme zu entgehen. Eine maßgebende Rolle spielten hier die staatlichen Geschäftsbanken und die staatliche Entwicklungsbank BNDES (*Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social*). Außerdem wurden Kreditfonds für kleinere Unternehmen vergeben (vgl. Schmalz 2011: 70). Die Regierung beschleunigte Investitionen im Bausektor, senkte die Steuern und erhöhte die Löhne. Der Mindestlohn wurde angehoben, zum ersten Mal 2009 und ein zweites Mal 2010 (vgl. Schmalz 2011: 72). Zudem folgten eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen wie erhöhte Transferzahlungen an Familien wie die *Bolsa Família*, die Verlängerung der Arbeitslosenversicherung und die Ausweitung von Sozialwohnungsprogrammen wie *Minha Casa, Minha Vida* (vgl. Schmalz 2011: 70ff). Das Konjunkturpaket mit einer Summe von 20,4 Milliarden US-Dollar oder 1,2 Prozent des brasilianischen BIP 2009 sollte die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt

Wie der Keynesianismus nach Brasilien kam (Fortsetzung)

und andere Bereiche verhindern. Im Kern wurden dafür drei verschiedenen Kanäle bedient: Staatsausgabenerhöhung, Steuersenkung und Ausweitung der Subventionen (vgl. Cunha et al. 2011: 9ff).

Die direkten Effekte auf das Finanzsystem fielen relativ gering aus. Wichtige Teile des Bankensektors blieben in öffentlicher Hand. Der Handel mit Derivaten ist im brasilianischen Bankensektor untersagt, und so erlitten brasilianische Banken keine Verluste auf dem Derivatemarkt. Durch scharfe Regulierungsauflagen hatten sich die brasilianischen Institute auf das Kerngeschäft der Kreditvergabe beschränkt. Es kam zu keinen größeren Bankenzusammenbrüchen, sodass keine umfangreichen staatlichen Bankenrettungen unternommen werden mussten, sondern nur einzelne Kreditlinien bei Zahlungsengpässen vergeben wurden (vgl. Schmalz 2008: 67f). Allerdings nahm die Internationalisierung des brasilianischen Real ungehindert ihren Lauf. Die darauf folgenden Wechselkursschwankungen rückten in den Fokus der Spekulationen von internationalen InvestorInnen (vgl. Kaltenbrunner 2010: 301ff).

Deutlich stärker traf Brasilien der Zusammenbruch des Außenhandels. Besonders die sinkende Nachfrage aus den Zentren, die sinkenden Agrarpreise und die Einbrüche im Maschinenbau- und Chemiesektor waren dafür verantwortlich. Die Folgen waren ein Einbruch des Industriesektors und steigende soziale Probleme (vgl. Schmalz 2011: 160).

Dilma Rousseff beharrte strikt auf einer Strategie des Wachstums und der Vollbeschäftigung. Auch wenn der Internationale Währungsfonds (IWF), viele aus dem Bankensektor und die wirtschaftsliberale sozialdemokratische Partei PSD eine Politik der Sparmaßnahmen forderten, um die Staatsverschuldung im Sinne der Kapitalzuflüsse zu senken. Die Beschaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung des Arbeitsmarktes ist seit jeher zentrale Politik der brasilianischen ArbeiterInnenpartei (PT) und bestimmt wirtschaftspolitische Entscheidungen. Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit von brasilianischen Unternehmen wurde so zu dem hauptsächlichen Sorgenkind der brasilianischen Regierung. Das Verlieren an Wettbewerbsfähigkeit wirkte sich negativ auf die

Beschäftigung aus und somit auf die politische Unterstützung der regierenden Partei. Die ArbeiterInnenpartei konnte in der Regierung einen großen Kreis an ExpertInnen aufbauen, die für die aktive staatliche Intervention auf den Kapitalmärkten argumentierten. Viele von diesen ÖkonomInnen haben einen Minsky-developmentalistischen Hintergrund, d.h. Strukturmaßnahmen und makroökonomische sowie Finanzstabilität durch eine aktive Rolle des Staates stehen im Vordergrund. Besonders das Finanzministerium unter der Regierung Rousseff wählte einen strukturalistisch-keynesianischen Ansatz und setzte auf Finanz- und Kapitalregulierung (vgl. Gallagher/Prates 2014: 19f). Bis 2013 war Nelson Barbosa de Filho Finanzminister, der selbst an der an der *New School for Social Research* in New York studiert hatte.

Herausforderungen und Ausblick

Trotz der guten Ausgangslage und der relativ gut funktionierenden Krisenmaßnahmen kann Brasilien dem Ruf des Wirtschaftswunders nicht mehr gerecht werden. Die enorme soziale Ungleichheit, die Exportabhängigkeit der heimischen Wirtschaft und die schwache Industrie stehen nach wie vor auf der Tagesordnung. Die UN-Wirtschaftskommission in Lateinamerika ist der Meinung, es seien 5 Prozent Wirtschaftswachstum notwendig um die Strukturprobleme zu überwinden. Erreicht wurden durchschnittlich nur 2 Prozent. Besonders während der Präsidentschaftswahlen im Oktober letzten Jahres wurde der schwache wirtschaftliche Zuwachs von der konkurrierenden sozial-demokratischen Partei (PSDB) massiv kritisiert. Die krisenbewältigende Wirtschaftspolitik der Regierung unter Rousseff kam dabei nicht gut davon. Das Wirtschaftswachstum wurde in der öffentlichen Debatte als politisches Ziel formuliert und verschaffte somit neoliberalen Ideen einen Aufschwung. Von konservativer Seite wurden vor allem die Öffnung der Märkte und ein attraktives Umfeld für Investitionen aus dem Ausland gefordert. Auch wenn sich Rousseff mit ihrer sozial-keynesianischen Agenda durchsetzen konnte, scheint es als ob Brasilien im herrschenden Weltwirtschaftssystem an die Grenzen stößt. Keynesianisch geprägte Wirtschaftspolitik erhielt neben Brasilien in vielen anderen (semi-)peripheren Ländern (vor allem in Lateinamerika) Zuspruch und verhalf teilweise zum Abbau von

sozialen Problemen. An der Weltordnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems wurde jedoch nur bedingt gerüttelt. Besonders in semiperipheren Ländern stellt sich die Frage, wie Wirtschaftspolitik im Kontext der Finanzglobalisierung mit keynesianischer Politik vereinbar ist. Schnell ist dabei die Rede von einer neuen Entwicklungsstrategie als Alternative zum neoliberalen Modell. Vor allem in einem Land mit derartig gewaltigen Agrar-, Bergbau- und Energieressourcen ist ein nachhaltiges Wirtschaftssystem unmöglich. Notwendig dafür sind vor allem soziale Gleichheit und makroökonomische Stabilität. Der Staat spielt dabei eine fundamentale Rolle stabile institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen und gezielt Sozialpolitik zum Abbau der Ungleichheiten einzusetzen. Notwendig dafür ist nicht nur eine Alternative zum neoliberalen Modell sondern auch eine alternative Entwicklung, die sich der Dominanz des Weltwirtschaftssystems entzieht und ein Denken in Peripherie und Zentrum aufbricht.

Susanne Reither studiert Master
Volkswirtschaft an der WU

Literatur

- Becker, J., Jäger, J., Leubolt, B., & Weissenbacher, R. (2010). *Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective*. Competition & Change, 14(3-4), 225-247.
- de Paula, Luiz Fernando, and Fernando Ferrari Filho. *The spread of Keynesianism in Brazil: The origins and experience of the Brazilian Keynesian Association*. European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention 7.2 (2010): 248-255.
- Gallagher, Kevin P., and Daniela Magalhães Prates. *Financialization and the Resource Curse: The Challenge of Exchange Rate Management in Brazil*. Month (2014).
- Kaltenbrunner, Annina. *Currency internationalisation and exchange rate dynamics in emerging markets: a post Keynesian analysis of Brazil*. Diss. SOAS, University of London, 2011.
- Moreira, Cunha André, Magalhães Daniela Prates, and Fernando Ferrari-Filho. *Brazil responses to the international financial crisis: A successful example of Keynesian policies?* Panoeconomicus 58.5 (2011): 693-714.
- Schmalz, Stefan. *Brasilien in der Weltwirtschaft: Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation*. Westfälisches Dampfboot, 2008.
- Schmalz, Stefan, and Matthias Ebenau. *Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China. Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise*, Berlin: Dietz (2011).

EAEPE – Europas Heterodoxe Ökonominnen

Im November 2014 fand zum 26. Mal die Jahrestagung der European Association for Evolutionary and Political Economy (EAEPE) statt, der größten Vereinigung heterodoxer ÖkonomInnen in Europa. Ein Rückblick von **Steffen Bettin**

Es ist November, und trotzdem scheint die Sonne in Zyperns Hauptstadt Nikosia heftig. In der University of Cyprus, der größten staatlichen Universität des kleinen Mittelmeerstaats findet die jährliche Jahrestagung der EAEPE statt. In vielen Sessions werden Neuerung der heterodoxen Ökonomik vorgestellt. Die Themenpalette reicht von der Agent-basierten Modellierung, der Rolle von Simulation im Allgemeinen, bis Entwicklungen der Regulationstheorie. Die Stimmung ist interdisziplinär, hier diskutiert der soziologisch angehauchte Politökonom mit der Mathematikerin, um aktuelle Fragestellungen der Wirtschaftspolitik zu beantworten. Es verwundert daher nicht, dass die EAEPE unter dem Motto „*a pluralist forum since 1988*“ auftritt. Und trotz dieser Vielfalt ist ein gemeinsames Forschungsparadigma erkennbar. Wandel und Veränderung von ökonomiebestimmenden Institutionen stehen im Mittelpunkt der Diskussion.

Auffällig sind die vielen TeilnehmerInnen aus den südeuropäischen Ländern. Es sind unglaublich viele ItalienerInnen und GriechInnen da. Dies ist nicht zufällig: Die EAEPE hält ihre Jahrestagung bewusst in regelmäßigen Abständen nicht in Zentraleuropa ab. Das Jahresthema 2014 ist diesmal auch – passend zum Ort – Austerität und Arbeitslosigkeit.

Laut Eigenbeschreibung ist die EAEPE Europas größte Vereinigung heterodoxer ÖkonomInnen, die Ursprünglich auf einer Konferenz um den britischen Ökonomen Geoffrey Hodgson entstanden ist. Bis heute sponsert die Vereinigung Journals wie das Journal for Institutional Economics.

Aufgrund ihres pluralistischen Selbstverständnisses haben waren die Mitglieder der EAFEPF vielerorts auch

die ersten, welche die neuen kritischen Studierendengruppen unterstützten, die sich für mehr Vielfalt in der ökonomischen Lehre einsetzen. Sie waren häufig RednerInnen auf den Veranstaltungen der Studierenden, wie der Bremer Professor und Präsident der EAEPE Wolfram Elsner. So verwundert es auch nicht, dass die EAEPE direkt zur Teilnahme an der *1st Vienna Conference for Pluralism in Economics* aufrief, welche hauptsächlich von Studierenden organisiert wird.

Dass in der EAEPE die kritischen ÖkonomInnen zuhause sind, die auch vor Konflikten mit der Mehrheitsmeinung nicht zurückschrecken, merkt man an dem letzten ihrer Mitglieder, das berühmt wurde: Der neue griechische Finanzminister Yannis Varoufakis.

Die nächste Konferenz der EAEPE, zu der es sich auch lohnt als Studierender vorbeizuschauen, findet übrigens vom 17.-19. September 2015 in Genua statt. Das Motto diesmal „A new role for the financial system“. Eine gute Gelegenheit, einen Vertreter der EAEPE im echten Leben zu sehen ist am 11.4.2015 auf der WU. Pasquale Tridico, Professor aus

Rom und Generalsekretär der EAEPE, wird eine Keynote Adress bei der *1st Vienna conference on pluralism in Economics* halten. Thema: „Wrong policies, false myths and pluralism: the example of the labour market“. Go EAEPE!

Steffen Bettin studiert
Socio-ecologic Economics and Policy

EAEPF

European Association for Evolutionary
and Political Economy

Gegründet: 1988
Präsident: Wolfram Elsner
Generalsekretär: Pasquale Tridico

www.eaepc.org

Summerschool: Capitalism, Inequality and (Un)Sustainable Development
6.-10. Juli 2015, Rom



„It is going to be a big fight“

In December world-famous heterodox development economist Ha-Joon Chang visited Vienna to present his new book „Economics: The User's Guide“ and star in a panel discussion at ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung). He still found some time to sit down with us and talk about economic pluralism and the state of economics and all the world. The Interview has been conducted by **Franziska Disslbacher** and **Erza Aruqaj**

Standpunkte: We've had a lot of discussions on pluralism of and within economics but it seems like nothing is actually changing there. Do you believe that this is because of the question about power? Do you see any changes towards pluralism?

Chang Ha-Joon: I think that students have made a lot of protest demanding that the economics that is currently taught should be changed. But not much has actually changed in practice. Firstly, we shouldn't assume that this kind of economics-teaching is going to continue forever. Things can change. Things have changed. Secondly, because the current generation of students is very well organized and very good at using social media, I have a lot of hope in this matter. However, it is going to be a difficult fight. Economics is not just a subject, it is the ruling ideology of our time. It's like trying to change the Catholic Church during the middle ages: You can't just walk into the Vatican and say: "Hey, we have to change something". So yes, it is going to be a big fight. It is already a big fight. Also, do not forget that for the individual academics, their ideas are their identity. There are some great people who say "Yes, what I've done in the past 20 to 30 years has been proven wrong". I've met some people like that and I really admire them for this. But for most people, this statement is like saying that they've wasted these decades of their lives. Even without political interests and ideologies behind the current status quo, it would be difficult to change.

Economists usually deny that economics has anything to do with politics or any political ideologies. Maybe we should make more effort in making them aware of this connection.

Exactly. That's the trouble because a lot of economists say that they are just technicians setting up tools and you choose what you like. And many other economists will also say that there was nothing wrong with economics itself but with the policy makers who didn't do a good job. Firstly, I think that we have to tell these people that they are to a certain extent technicians but by deciding to work on particular problems (and not others), you are already affecting the debate. Until recently, neoclassical economists said that they didn't want to talk about inequality. We know that neoclassical economics is not very useful for talking about inequality but if they had cared, they could have tried. This shows that they were actually choosing the debate. Secondly, neoclassical economics is not well equipped to deal with certain issues and challenges. To stay with the inequality-topic: Neoclassical economics has separated welfare economics into two concepts of distribution and allocation. So it is by definition hard to deal with inequality based on the neoclassical theory. Thus, if there is a problem that is important to be dealt with, neoclassical economics is not capable of addressing it. Hence, they should be able

to say that with certain problems, they need to study other theories. The neoclassical one has no good answers to give in these cases, it is better at explaining other problems. Unfortunately, neoclassical economists have not reached the point of admitting this.

So it is not about abandoning ideas but rather about having a dialogue with other theories?

Yes. Unfortunately, this is not just a problem of neoclassical economics. A lot of other theorists like Marxists, Keynesians, Austrians, etc.; they all think that they are right. Some of them might agree that there should be pluralism but they view pluralism as a political one. Voltaire once said: Even if I completely disagree with you, I am willing to die in order to protect your right to say what you want. That is the political idea of pluralism. He thinks he is right but if



Chang Ha-Joon

Dr. Ha-Joon Chang has studied economics in Seoul and Cambridge. He is Reader for Political Economy of Development at the Faculty of Economics of the University of Cambridge. His widely discussed books include *Kicking Away The Ladder* (2002) and, lately, *Economics: The User's Guide* (2014). He is now one of the best-known heterodox economists specializing in institutional economics, development and policy.

he was wrong, however, politically he should be able to say what he thinks. So, on every side of the debate within economics, we have this political attitude. And this is actually very bad in my view. Because then they say as a Marxist, as a Keynesian, as a Neoliberal, that they themselves are right, and you are wrong, but I let you think what you want. In my view, this is really bad for a dialogue because this thinking offers no room for dialogue. Actually, as I try to argue in my book, there is a lot of common ground between these economic schools. It would be important to exploit the diversity of theories and try to build better theories instead. Of course, I'm not saying that one day we will have a unified theory. All these different schools are different systems of thought.

For example, you cannot completely absorb Hayek into neoclassical economics or the other way around. But on the other hand, as I said, there is common ground which can generate a lot of new ideas. Some of these things have been done already but we need more of that. For that to happen, the attitude has to change on all sides. This includes admitting that the own theory is not perfect because different people are looking at different things for different reasons with different tools. So let's see how you can talk to each other and try to improve your ideas.

Another question regarding development economics: Would you argue that economic development is the same as development economics?

Probably, in that sense, I'm more Marxist because I am a materialist and without a certain degree of material development other developments (like social developments) cannot happen. So I think economic development is very important but what we need in the end is a good society – however you may define it. And economic development is probably one of the most important ways to achieve that. But in itself, economic development cannot be the goal.

So, should we have different definitions of development for different regions in the world?

I would not say regions but yes, I think that we need different goals for different countries. So for example in very poor countries, I think growth is the most important goal. In those countries, it is not just about buying another mobile phone or having a cup of coffee, it is about dying and not-dying with decisions like eating more or not, being able to go to a hospital or not. There, it is a matter of life and death. In those countries, economic growth should have priority over everything else. But if we go beyond that level, people want democracy, social solidarity, a balance between work and leisure time, more cultural diversity and so on. Then it becomes more and more complex. Different societies then want different things because of their cultural views and those should be respected. Of course this can be difficult because even within a society there are different people with different views. Then the question arises how to encourage the dialogue and debate to reconcile these different goals.

From a global perspective, the global distribution of work and the global distribution of income are also important in the discussion about development economics. What about the importance of a global coordination regarding these points?

Of course, ultimately, these things are the most important ones: Individual countries being able to achieve what they want to achieve. Unfortunately, the global economies are run by a small number of powerful countries and there is very little that poor and/or small countries can do. So they should operate on two levels: On one hand, they should argue for reform of the global system – this is already happening. There are many points on the global level that make it hard for developing countries to achieve what they want to achieve individually. They have to fight for that. On the other hand, those things are going to change very slowly, if they ever do.

So, these developing countries cannot just sit and say "well, the global system is not changing, we are not going to be able to do much, etc". No. They have to do whatever they can – given the global constraints – for example increase their agricultural production, industrialize, or provide social welfare. Even if some developing countries complain that they have no possibilities, I don't believe that. Even if you are very poor, you can actually do something if you really want to. An example for this is my home country South Korea. We hold a set of very shameful (world-)records: the highest suicide-rate in the world, the lowest fertility-rate in the world, second longest working hours in the OECD, the second smallest welfare-state in the OECD, and the highest gender wage gap in the world. But there is one thing that makes me really proud of my country: The fact that, in the 1960s, we made primary education compulsory. At that time, in each classroom in the states' schools, there were 100-120 kids per classroom (I went to a private school with "only" 70 kids per classroom). Even that was not enough, the teachers had to do double and triple shifts.

In that kind of environment, you can't provide high quality education. How to make yourself be heard, in a classroom full of a hundred 9-year-old kids, how do you do that? There have been a lot of problems but we made it happen. So if you really have the political will, you can actually do a lot. Thus, I do not accept all these excuses of poor countries saying that they can't do any better because of the global system. However, of course there is a limit.

So, do you have a vision for a global system?

First of all, the rich countries should accept that the developing countries have different needs and different capabilities. And they should be allowed to basically do what is necessary for them rather than what the rich countries think is right for them. There is this thinking that free trade is good for all. But in my view, free trade is only good for countries on the same economic level. That can work within the European Union but if you try to do that with very rich countries and very poor countries, it becomes an unfair game. Rich countries have to accept that poor countries need to protect more. The WTO has demanded that developing countries implement basically the US-American or European standard in individual property right law. But what does this actually mean? This means that these countries have to spend money to set up a patent office, hire patent examiners and hire inspectors to go around to catch people who are

Please turn page

copying DVDs. In itself, that may not be wrong but this means that these countries will have less money to hire teachers, nurses, engineers. Because of the fact that rich countries have different needs they are trying to impose these needs on poor countries. That needs to be changed. Basically, the system has to recognize that poor countries have different capabilities, different needs. And these countries should be allowed to use the policies that are necessary for those different needs.

What do you think about the current negotiations about TTIP?

My main problem is that they are dressed up as trade deals but trade is not even the main issue because the US and the European countries have already very low tariffs. Tariffs aren't a barrier anymore for these countries. The problem with TTIP is that it is a way to increase corporate power because these agreements – if they are realized in the way that they are planned – give enormous power to cooperations to sue national governments in order to fight policies that they don't like and regulations that can reduce their profits. That is the main problem. Another problem is the attempt to intensify patents and individual property rights, which is basically overdone. The problem is that these corporate lobbies have extended the individual protection so much that now the benefit you get from them is being overshadowed by the costs. The most important input in the production of ideas is other people's ideas. If you can't use other people's ideas freely, actually the economic process is held back. For example, Samsung and Apple are using billions of dollars to sue each other for minor improvements of their products. They could do much better things with that money and energy.

Another general question about development: How do you think China is managing its development? Obviously, they are at an earlier stage than Korea was when they went through the crisis. Do you think their approach on development is better than what other countries do?

China, first of all, is large. And they have nuclear weapons, so China is not as easy to bully as other developing countries might be. So, China was able to do what it wants to do rather than what other people want it to do. That being said, there is a lot of internal fight in China. There are also a lot of people in China who want to liberalize the economy double quickly by, for example, opening up the financial market. At the moment, more cautious people have contained them. But who knows, depending on internal development, anything can happen.

Rumors say that China wanted to open the financial markets just before the Asian crisis in the 1990s, then they saw what happened in other Asian countries and went back to their original plan. Depending on what events are happening in the world and depending on what happens within China, it could actually regulate more rather than less. But in general the direction has been to regulate less and less. I hope they won't, but if they do open the financial markets too quickly there will be a lot of bad consequences. But you never know.

One last question: What would you suggest to any young economist who wants to change economics towards more pluralism? What should we do?

That is a tough question because you are working in a very hostile environment. Seriously, when I was a student, the neoclassical school was dominant but not this dominant. You could do different things and still survive. Nowadays it is very difficult. So I really admire you young people for trying and I think the most important thing is to open your own mind to a lot of different ways of thinking and different ways of doing research in economics. When you are a genuine pluralist, you can actually postulate at least some mainstream economists because there is not an insignificant number of neoclassical economists that care about what you do. You don't have to tell them that they are wrong - this has been a huge problem. The university of Cambridge really suffered from that: Between the 1930s and 1970s, Keynesians were absolutely dominant and basically told neoclassical economists in Cambridge that they weren't good academics. When the Neoclassicals became dominant, they wanted to take revenge, so they became even more suppressing towards non-mainstream economics.

So, I think you have to first become a genuine pluralist and person. This doesn't mean that you shouldn't have your own view. You should be proud of being a Keynesian, Schumpeterian, Marxist or whatever. You should also be willing to admit that your theory is very good at explaining things that you want to look at but that it doesn't offer enough explanation for other areas of research. This kind of attitude should be the starting point. Then it becomes easier to persuade other people and that way you can actually create more space for genuine dialogue.

I don't think it's right for any school to become dominant. It's not just that neoclassical economists are wrong in many aspects; their dominance and that it doesn't allow room for discussion is the main problem. This leads to the question: Why do we need places like universities? To teach you skills only you can stop at high school. But a university is a place for critical thinking and an academic education in economics should encompass critical thinking too. The best way to guarantee this is to guarantee the space for dialogue and cooperation between people who think differently. This is, in my view, what the pluralist movement of students is trying to achieve. In that sense, this is a much better movement than what we had in the last decades. I have a lot more hope for your generation than the past generation. Unfortunately, I belong to the generation in the middle who has only suffered (laughter).

Thank you very much for taking the time to talk to us.

*Erza Aruqaj is studying Socio-Ecological Economics and Policy at WU
Franziska Disslbacher ist studying Economics (MSc) at WU*

Das Geschäft mit dem guten Gewissen

Vom „ethisch korrekten“ Konsum zur internalisierten Kritik am Kapitalismus – die Untersuchung der Bedeutungsebene des Versuchs nachhaltig zu konsumieren.

Kommentar von **Lea Steininger**

Nachfrage und Absatz ethisch „korrekter“ Produkte haben in den letzten Jahren einen starken Anstieg erlebt und sind in die Regale selbst konservativster Warenhäuser eingezogen. Bio, Fairtrade, regional und gentechnikfrei zu kaufen fühlt sich gut an, gesund und nachhaltig. Umweltschonend und ethisch vertretbar. Jede/r kann beim täglichen Einkauf etwas Gutes tun, hat die Möglichkeit, durch das Konsumverhalten ein Zeichen zu setzen und Prioritäten zu äußern. Man ist gegen Massentierhaltung – und kauft daher auch nur Eier aus Freilandhaltung und Bio-Fleisch, bei dem Mindeststandards in der Tierhaltung eingehalten werden. Vielleicht geht man auch ein Stück weiter und boykottiert die Großkonzerne der Textilindustrie, indem man auch bei Kleidung auf die Herstellungsbedingungen achtet und auf Sweatshops verzichtet. Die Welt soll sich langsam aber sicher verändern – weg von den ausbeuterischen Missständen, von Umweltzerstörung und der noch immer andauernden imperialistischen Versklavung von Entwicklungs- und Schwellenländern durch die westliche Welt. Mein Konsum wird dadurch zum revolutionären Akt, zum politischen Statement, ja beinahe zum Urnengang. Das Credo ist einfach: Je mehr Menschen nachhaltig konsumieren, desto schneller werden der Markt sich den Signalen anpassen und die Politik einlenken. Et voilà, die Welt ist zu einem besseren Ort geworden! Kann also die romantische Massenbewegung des strategischen Konsums auf anmutige und bequeme Weise zum Ziel führen, zur radikalen globalen Umverteilung und zum Einhalt ökologischer Katastrophen? Mit anderen Worten: Was seit Menschengedenken durch gewaltsame Aufstände, Demonstrationen, Streiks und blutige Revolution zu erreichen versucht wurde, kann im 21. Jahrhundert per Mausklick oder Produktwahl im Supermarkt umgesetzt werden? Die Intuition erkennt den Trugschluss oft am schnellsten.

Die Problematik des Sachverhalts manifestiert sich in mehreren Dimensionen. Zum einen und geringsten beschränkt sich der Wunsch nach Nachhaltigkeit meist auf einen sehr kleinen Bereich. Für Lebensmittel und Bekleidung gibt es relativ bequem erhältliche Alternativen, auf eine Fernreise mit dem Flugzeug, modernste Elektronik oder den motorisierten Individualverkehr möchten die wenigsten verzichten. Die Auswahl der Güter scheint willkürlich, ein vermeintlich nachhaltiger Lebensstil ist ohne jeglichen Verzicht erreichbar. Käuflich eben.

Gleichermaßen erhält man das Zugehörigkeitsgefühl zur biologischen Stilgemeinschaft, erreicht die soziale Abgrenzung durch Konsum, die Identifizierung mit Labels und die Spiegelung der sozio-ökonomischen Schicht in der Produktwahl. Bio ist damit zum Statussymbol avanciert und dient dazu, eine vermeintliche Linie zwischen aufgeklärten, weltverbessernden und ignoranten, systemkonformen KonsumentInnen zu ziehen. Man kann nicht nur ökonomisches Kapital zur Schau stellen, sondern vor allem auch kulturelles Kapital – die Zementierung der Elite im Schafspelz. Vom Merinowollschafr aus Freilandhaltung, versteht sich.

Viel schlimmer verhält es sich mit den daraus resultierenden Implikationen. Konsum eine politische Aussagekraft zuzuordnen bedeutet vorrangig, sich selbst nicht mehr als Mensch, sondern als KonsumentIn zu begreifen. Ich bin, was ich kaufe. Und damit hat es der Kapitalismus geschafft, seine eigene Kritik zu internalisieren. Er schafft es, den kritischen Stimmen ein Ventil zu geben; wer das System kritisiert, kann sich immerhin ein gutes Gewissen kaufen, kann sich von der Schuld freikaufen und wird dadurch mundtot gemacht. Dass sich die breite Masse gegen globale Ungerechtigkeiten nicht erhebt, liegt zum Teil auch daran, dass sie das Gefühl vermittelt bekommt, es gäbe eine käufliche Alternative. Wenn wir nur alle brav das „Richtige“ konsumieren, können wir die Welt verändern. Niemand muss sich tatsächlich politisch aktiv engagieren.

Es bedeutet auch, dass die weniger Zahlungskräftigen unter uns noch mehr marginalisiert werden. Die Scheindemokratie, in der wir leben, wird offenbar: das ökonomische Kapital bestimmt den Wert einer Person in der Gesellschaft und determiniert ihre politische Stimmkraft. Wenn wir die Möglichkeit der politischen Mitbestimmung auf die Kaufkraft ausweiten (gar nicht zu sprechen von einer Beschränkung darauf), dann erlauben, nein dann forcieren wir selbst die Ohnmacht der Armut.

Die Ironie dabei ist, dass wir versuchen, uns eine andere Wirtschaftsordnungsform als den Kapitalismus zu erkaufen – möglicherweise eine humanere, ökologischere, weniger grausame. Und das mit dem Mittel, das genau dieser Kapitalismus uns zu Verfügung stellt: Konsum. An dieser Stelle beißt sich die Katze in den Schwanz, da ein Umsturz des Systems nicht von innen heraus passieren kann. Nachhaltiger Konsum darf uns kein gutes Gewissen bereiten; wir können uns im Klaren sein, dass wir damit nichts an den Umständen ändern, die dazu führen, dass die Umwelt weiterhin massiv zerstört wird und Tiere und Menschen überall anders als vor unserer Haustür systematisch ausgebeutet werden. Die Zeichensetzung durch bewussten Konsum beschränkt sich auf nette Symbolik, während die Konzerne ihren Machenschaften ungehemmt nachgehen können. Wir legen dadurch niemanden einen Stein in den Weg, sondern – ganz im Gegen teil – betäuben uns selbst mit diesem pseudo-altruistischen, zutiefst kapitalistischen Vorgehen.

Dies soll kein Freibrief sein für die konventionelle Produktion, sondern darauf hinweisen, dass die konventionelle Produktion leider noch immer der Standard ist und Nachhaltigkeit zugleich Luxus und Opium für die Elite.

*Lea Steininger studiert
Volkswirtschaftslehre an der Uni Wien*

Kingston University London

Der heterodoxe Hotspot in Europa

In letzter Zeit häuften sich die Anfragen an mich, wie es denn so sei in Kingston zu studieren. Daher zog ich den Schluss, dass offenbar ein großes Interesse seitens der WU-Studierenden an dem relativ neuen heterodoxen Masterlehrgang im Vereinigten Königreich herrscht. Daher hab ich mich durchgerungen und ein paar Gedanken meinerseits aufgeschrieben. Ich möchte darauf hinweisen, dass hier meine subjektiven Beobachtungen präsentiert werden, die dir helfen sollen, eine Idee vom Studieren an der Kingston University zu bekommen.

Ein Erfahrungsbericht von **Christian Koutny**

Kingston Upon Thames – ein kleiner Vorort Londons mit einem Ökonomie-Department der ganz besonderen Art. Eigentlich ist es einzigartig in Europa. Einige der bekanntesten und erfolgreichsten heterodoxen Ökonom_innen geben sich hier ein Stell-dich-ein. Neben Prof. Steve Keen, dem Minskyaner, der Bekanntheit durch sein Buch „Debunking Economics“ erlangte, und Prof. Engelbert Stockhammer, einem der führenden Post-KeynesianerInnen, pilgerten auch einige Young Guns der heterodoxen Szene nach Kingston. Ewa Karwowski, Kaleckianerin und sehr gute Lektorin unterrichtet Economic Policy. Dr. Iren Levina, Marxistin und Schülerin Costa Lapavitsas unterrichtet Financialisation. Und Dr. Sakir Yilmaz (besser bekannt als Devrim), der DSGE-Modelle mit links rechnet und Unterstützer von *Post-Crash Manchester* ist, unterrichtet heuer nicht im Master, aber wer weiß, was nächstes Jahr kommt, und für einen extra Workshop ist er immer zu haben.

Aber nun genug der Werbung. Warum empfehle ich als momentaner Student dieser Uni den Master in Political Economy wärmstens weiter? Dazu werde ich kurz auf drei Kernpunkte eingehen.

- Inhalt:** Wer einen pluralistischen Master sucht, hat ihn hier gefunden. Neben der kritischen Erarbeitung der wichtigsten Mainstream-Modelle lernt und bespricht man Marxistische sowie Post-Keynesianische Modelle. Basistexte wie *Capital*, *The General Theory* und *Theory of Economic Dynamics* werden im ersten Semester besprochen. Im zweiten Semester wird eher aktuelle Literatur u.a. von Wright, Bhaduri & Marglin, Dutt, Crotty, Lapavitsas, Foley, Blanchard, Krugman, Shiller oder Malkiel (nur ein paar meiner Highlights) gelesen und besprochen. Es wird also eine große Bandbreite ökonomischer Denkrichtungen behandelt, mit einem Fokus auf Marxistische und Post-Keynesianische Ansätze. Finanzialisierung wird eher marxistisch behandelt, Economic Policy eher post-keynesianisch und Political Economy (als Unterrichtsgegenstand) ist irgendwo dazwischen zu finden. Ein History of Economic Thought und ein „Steve Keen“- Modul fehlen natürlich auch nicht im Lehrplan.

- Staff:** Besonders das Verhältnis mit Prof. Stockhammer ist sehr gut. Er unterstützt dich wenn notwendig und supported die örtliche *Rethink Economics* Gruppe. Iren ist eine Marxistin mit einem PhD von der UMass. Sie geht auf Wünsche von Studierenden ein und unterrichtet super. So auch Ewa – hilfsbereite Kaleckianerin, unterrichtet Economic Policy und war zwei Jahre in Südafrika – spannende Ökonomin, die gerne mit StudentInnen quatscht.

Steve Keen ist einfach Steve Keen. Unterrichtet mehr oder weniger Debunking Economics, viel unterwegs, schickt seine Masterarbeit zum Lesen. Er hört aufmerksam zu und supportet *Rethink Economics*. Jeden Dienstag gibt es einen PE-Lunch beim örtlichen Vietnamesen. Hier treffen sich Professor_innen und Studierende zum Plaudern. Also wirklich ein super Prof-Studi-Klima!

- **How about the work?** Insgesamt sind 10 Essays abzugeben. Dazu gibt es meist sehr spezifische Fragestellungen mit wenigen Freiheitsgraden. Ein großer Test am Ende des akademischen Jahres, sowie eine Masterarbeit schließen den Kreis. Die Benotung ist hart aber fair. Die Masterarbeit ist übrigens Ende September fällig (Man hat ungefähr 5 Monate ausschließlich dafür Zeit).

Nun noch zwei Punkte bezüglich des Lebens in London an sich, da ich glaube, dass dies auch ein wichtiger Punkt bei der Entscheidung sein soll bzw. kann.

- **Wohnen:** Dass die Qualität der Wohnhäuser in London eher schlecht ist, muss wohl nicht erwähnt werden. Dafür ist der Markt sehr schnelllebig, und man bekommt innerhalb einer Woche (fast) sicher ein passendes Zimmer. Direkt in Kingston zu wohnen, ist eher langweilig. Kingston ist zwar eine nette Studierendenstadt mit ein paar Bars und Clubs, aber im Grunde ist das Nachtleben eher durchschnittlich. Daher ist man gut beraten, wenn man in andere Gegenden zieht, wo man Anschluss an die „Tube“ hat. Die Busfahrt von London nach Kingston ist eine Weltreise.

- **Finanzen:** London ist teuer. Sehr teuer. Prinzipiell kann man sagen, dass man so mit 1000€ gut über die Runden kommt. 1000€ sind für mich äquivalent zu 800€ Budget in Wien (hängt natürlich stark vom individuellen Konsumverhalten ab).

- **Einjähriger Master:** Es ist wirklich sehr kurz. Man lernt in diesem Jahr zwar sehr viel, jedoch ist es einfach nicht möglich, in einem Jahr so viel zu lernen wie in zwei Jahren. Dessen muss man sich bewusst sein. Außerdem: Achtung bezüglich der unterschiedlichen Anzahl an ECTS, die man für unterschiedliche Masterlehrgänge bekommt! PhD-Lehrgänge haben meist eine gewisse ECTS-Voraussetzung. Prinzipiell ist es NICHT möglich, nach einem Masterlehrgang in UK einen PhD in Europa zu beginnen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die negativen Seiten hinweisen (ich beziehe mich dabei selbstverständlich nur auf das Ökonomie-

Varoufakis ante portas

Wie ein heterodoxer griechischer Finanzminister Europas Logik der Austeritätspolitik herausfordert, um den ökonomischen und sozialen Zerfall seines Landes aufzuhalten.

Kommentar von **Timm Leinker**

Department). Kingston hat kein gutes Ranking. Das ist, wenn man einen PhD in Cambridge plant, etwas hinderlich. Die Employability mit einem Abschluss an der Kingston University ist relativ zu anderen UK-Masterlehrgängen nicht die beste. Das muss dir klar sein.

Die Anzahl der heterodoxen Studierenden ist auch eher klein, aber exponentiell steigend. Bei mir waren in der wirklich an heterodoxer Ökonomie interessierten Kerngruppe circa 8 Studenten (*sic!*). Die wenigen Political-Economy-Studierenden sind dafür wirklich interessant. Verschiedene Backgrounds und auch verschiedene Herangehensweisen bzw. Interessen bezüglich heterodoxer Ökonomie treffen hier aufeinander.

Mit den schlechten Seiten soll man nicht aufhören, daher eine kleine Zusammenfassung. Wer marxistische sowie Post-Keynesianische Ökonomie wirklich lernen und verstehen möchte, und wer tiefer in heterodoxe Ökonomie blicken möchte als in Zusatzkursen, kommt an Kingston nicht vorbei. Hier muss man sich tief in heterodoxe Literatur einlesen und man lernt wie ein_e heterodoxe_r Ökonom_in zu denken.

Christian Koutny hat den Bachelor an der WU absolviert und studiert derzeit den Master Economic Policy an der Kingston University London

Yanis Varoufakis, 53, Blogger und Professor für ökonomische Theorie hat die Rollen getauscht: Vom kritischen Kommentator am Spielfeldrand der Krise zum Finanzminister des von den Folgen der Finanzkrise erschütterten Griechenland. Seit Jahren schreibt er in seinem Blog über Alternativen zur europäischen Austeritätspolitik. Sich selbst bezeichnet Varoufakis mit einem Augenzwinkern als libertären Kommunisten.

Stimme der Konfrontation

In den Medien wird dieser Tage gern das Bild eines sportlichen Rebellen in Lederjacke kolportiert. Dies geschieht jedoch nicht ohne gewissen Argwohn. Ein Minister ohne Krawatte und Zweireiher? Kaum zu glauben, dass ohne diese essentiellen modischen Accessoires der Mächtigen eine auf Vernunft basierte Politik zu machen ist. Es ist davon auszugehen, dass Varoufakis bewusst mit seinem Anti-Establishment-Image spielt, um ein erstes politisches Signal zu setzen: Er möchte das geschärfe Profil einer fundamentalen Opposition zur krawattetragenden Elite, die seit Jahren die Wirksamkeit der Austerität als unumstößliches Dogma preist, nicht aufgeben. Auch dann nicht, wenn er als Finanzminister in die Riege der EntscheidungsträgerInnen aufgerückt ist. Das zeugt von Authentizität und dem unmissverständlichen Versprechen, dass er versuchen wird, eine andere Politik durchzusetzen. Ihm wurde vom griechischen Volk genau für diese Konfrontation die Stimme geliehen.

„Sie haben soeben die Troika gekillt“

Im Zuge des Banken-Bail-Outs in Griechenland 2010 hat eine Verschiebung der GläubigerInnenstruktur griechischer Staatschulden von privater Hand hin zu staatlichen und institutionellen KreditgeberInnen stattgefunden. Heute wird die überwiegende Mehrheit der Schuldentitel von der EZB, dem IWF und den europäischen Nationalstaaten gehalten. An die Kredite geknüpft ist die Forderung nach einer Konsolidierung der Staatsfinanzen, die durch eine radikale Sparpolitik und marktfreundliche Reformen erreicht werden soll. Überwacht wird deren Einhaltung durch die in Griechenland verhassten Mitglieder der Troika (IWF, EZB, Europäische

Kommission). Die Logik dieses einseitigen Sparens herausfordern, ist wesentliches Ziel der neuen Regierung in Athen. So kann der Ausspruch des Chefs der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem am Ende einer Pressekonferenz mit Varoufakis, dieser habe soeben die Troika gekillt, als Indiz gelten, dass Athen ernst macht. Ein „weiter so“ scheint unmöglich.

Fragmentierung Europas verhindern

Von Varoufakis' Verhandlungsgeschick wird abhängen, ob sich dieses Wahlversprechen halten lassen wird. Fest steht indes nur, dass ohne weitere Kredite ein Staatsbankrott und Austritt aus der Währungsunion mit unabsehbaren Folgen für ganz Europa unvermeidbar wäre. Dass es so weit kommt, ist indes unwahrscheinlich. Vielmehr wird Varoufakis versuchen, die GläubigerInnen zu einem weitreichenden Kompromiss zu drängen, der der griechischen Regierung Spielraum für die Umkehr einiger Auswirkungen der Sparpolitik lässt. Zu dessen Finanzierung sind jedoch Zugeständnisse der GläubigerInnen nötig. Eine Verringerung des von Athen zu erzielenden Primärüberschusses steht zur Diskussion sowie eine Umwandlung der Schulden, sodass die Höhe der Zinszahlungen an die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands gekoppelt würde. Falls eine solche Kehrtwende möglich sein sollte, ist zu deren Durchsetzung außerordentliche Überzeugungskraft nötig. Ist Europa bereit sich das Scheitern der bisherigen Politik einzustehen und glaubt es daran, dass eine vom Spardiktat befreite griechische Regierung eine Wende herbeiführen kann? Davon wird abhängen, ob es zu einer Umkehr kommen kann. Nur wenn Varoufakis es schafft Europa einen solchen Kompromiss abzuringen, besteht die Chance auf einen echten Wandel. Die Augen vor dem Scheitern der Austeritätspolitik zu verschließen, hieße Griechenland dem Zerfall preiszugeben und die Erosion einer Gesellschaft hinzunehmen, die bereits am Boden liegt. Dies käme einem Angriff auf die Fundamente Europas gleich, deren Fragmentierung dann kaum noch aufzuhalten wäre.

Timm Leinker studiert Volkswirtschaftslehre an der WU

Steuermythen

Die Plattform www.steuemythen.at entzaubert oft gehörte Argumentationen der Steuerdebatte. **Patrick Pechmann** hat daran mitgearbeitet.

In der öffentlichen Debatte um wirtschaftspolitische Fragestellungen werden häufig oberflächliche Behauptungen aufgestellt und fragwürdige Dogmen bedient. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Steuern und Abgaben. Kein Wunder, gilt es doch für viele, ihre eigenen Interessen bzw. jene ihres Klientels mit allen Mitteln zu verteidigen. Tragisch ist jedoch, dass nicht nur mächtige Interessenverbände oder PolitikerInnen bemüht sind, die Realität möglichst zu verzerrn, sondern dass sich diese Halb- und Unwahrheiten auch häufig unhinterfragt in Medien wiederfinden. Auch in weiten Teilen der Bevölkerung werden falsche Argumente übernommen und weiterverbreitet. So kommt es, dass sich „HäuslbauerInnen“ offenbar schon mehr über eine nicht vorhandene und sie real nie betreffende Vermögenszuwachssteuer beschweren, als über die sehr viel härtere Umsatzsteuer oder aber die Abgaben auf jenes Einkommen, das ihnen den Bau erst ermöglicht (hat).

Wir, eine Gruppe von ÖkonomInnen in der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund haben uns häufig über solche offensichtlich bewusst falsche Darstellungen beklagt. Doch mit Beschweren alleine ist es nicht getan. Wir wollten nicht untätig bleiben und haben uns daher entschlossen, unser Sachwissen sinnvoll einzubringen. Bereits im Jahr 2010 haben wir zu diesem Zweck nach ausführlichen Recherchen die, unserer Meinung nach, gravierendsten Steuermythen unter die Lupe genommen und auf der Webseite www.steuemythen.at kritisch beleuchtet.

Mythen des Reichtums

Warum Ungleichheit unsere Gesellschaft gefährdet.
Hrsg.: BEIGEWUM, Attac, Armutskonferenz | VSA-Verlag Hamburg
2014 | 176 Seiten | 12,80 Euro
Rezension von Lukas Lehner

In die Verhinderung einer Verteilungsdebatte werden derzeit viele Anstrengungen investiert. Sie bestehen vor allem im Versuch, die Intransparenz in Bezug auf Daten und Fakten aufrechtzuerhalten. Diese Strategie ist äußerst zielorientiert, denn Transparenz wäre die wichtigste Voraussetzung für eine faktenbasierte Diskussion.

In diesem Sinne setzt das Buch *Mythen des Reichtums* den bestehenden Mythen Fakten entgegen. Es liefert Argumente, mit denen der massiven neoliberalen Propaganda entgegengesetzten werden kann. Und das in einer Sprache, die allgemein verständlich ist. Es kann daher ein wichtiges Werkzeug für jene sein, die in der öffentlichen Debatte der Verschleierungstaktik der GegnerInnen von Vermögenssteuern entgegentreten wollen. Dabei führt es die Tradition von *Mythen des Sparsen*

(2013), *Mythen der Krise* (2010) und *Mythen der Ökonomie* (2005) fort und knüpft inhaltlich an die Reichtumskonferenz 2013 an.

Umso mehr ist von den Autor_innen ein hohes Maß an Sorgfältigkeit bei der Recherche einzufordern. Dieses Maß scheint aber nicht lückenlos eingehalten worden zu sein, wenn bei der Darstellungen der Skandale unter Finanzminister Grasser von der Privatisierung der Immofinanz geschrieben wird (S. 152). Dieser Hinweis soll die Qualität des Buches insgesamt und die Notwendigkeit und Wichtigkeit, dass dieses Buch überhaupt geschrieben wurde, aber keineswegs schmälern.

Die Herausgeber_innen des Buches verfolgen jedenfalls ein klares Ziel: Ihre Botschaften flächendeckend zu verbreiten, um Aufklärung in die verzerrte Debatte um Reichtum

Patrick Pechmann studiert Volkswirtschaft im Master an der WU

Nun unmittelbar vor der geplanten Steuerreform haben fragwürdige Behauptungen rund um die Wirkung steuerpolitischen Maßnahmen wieder Hochkonjunktur. Von Reichensteuern, die angeblich alle betreffen, und der Angst, dass Vermögen wie ein scheues Reh ins Ausland fliehen wird, bis zur Mängel über die wahren „LeistungsträgerInnen“ unserer Gesellschaft kursieren nur zur genüge Unwahrheiten und politisch geschürte Ängste, die die geplanten Reformen in die eine oder andere Richtung lenken sollen. Auch diesmal wollen wir also nicht tatenlos zusehen!

Gerade in Österreich wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Untersuchungen und Studien durchgeführt, die – insbesondere im Bereich der Vermögensverteilung – für mehr Transparenz gesorgt haben und so nun exaktere Aussagen zulassen. Wir haben daher unsere Beiträge überarbeitet, die Reformen und Veränderungen der letzten Jahre berücksichtigt und unsere Argumente mit aktuellen Zahlen untermauert.

Wir möchten damit die vermeidlichen Sachzwänge als das darstellen was sie sind: Dogmen. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir einen Anspruch auf Wahrheit stellen. Die Zeiten, in denen religiös und politisch absolute Wahrheiten verkündet wurden, hat man in unseren Breiten zum Glück überwunden. Nichtsdestotrotz sind wir politisch organisiert. Das hindert uns allerdings nicht an unserem Bemühen, die soziale Realität nach bestem Wissen und Gewissen und an Hand aller verfügbaren Informationen möglichst präzise zu beschreiben.

In diesem Sinne haben wir hier versucht, auf unserer Website www.steuemythen.at in einer klaren und präzisen Sprache, nachweisbare Fakten aus zugänglichen Quellen unaufgeregt für sich sprechen zu lassen, um einige gängige Steuermythen richtigzustellen.



und dessen Verteilung zu bringen. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem die Gegenfinanzierung der angepeilten Lohnsteuersenkung eine zentrale politische Konfliktlinie darstellt. Inwiefern sich die öffentliche Zustimmung zu Vermögenssteuern verhält, scheint ein ausschlaggebender Faktor zu sein. Zu befürchten ist jedoch, dass dieses Buch eine gewisse zeitlose Aktualität behalten wird. Die Verteilungsdebatte wird uns vermutlich noch lange Zeit beschäftigen.

Weiterführende Informationen finden sich auf der vom Marie-Jahoda-Otto-Bauer-Institut zum Buch gestalteten Homepage www.reichtumsmythen.at

Lukas Lehner studiert Volkswirtschaft an der WU Wien.

Karl Polanyi

Der vergessene Sohn einer alternativen österreichischen Schule
von Bogdan Mihajlovic

Karl Paul Polanyi wurde am 21. Oktober 1886 als Sohn des Eisenbahnentrepreneurs Mihaly Pollacsek und von Cecilia Wohl in Wien geboren. Ende der 80er Jahre verlegte der Vater die Familie jedoch nach Budapest wo Karl sein Studium auf der Universität von Budapest in Philosophie und Recht begann. In dieser Zeit gründete er den Club *Galilei*, welcher radikal Einfluss nehmen sollte auf die ungarischen Intellektuellen seiner Zeit wie Karl Mannheim. 1912 schloss Polanyi seine Ausbildung mit einem Doktor in Rechtswissenschaften ab. Folglich diente Polanyi als Offizier im ersten Weltkrieg auf Seiten von Österreich-Ungarn an der russischen Front, wo er verwundet und in Budapest hospitalisiert wurde. Nach dem Krieg verließ Polanyi Budapest und zog 1914 in seine Geburtsstadt Wien zurück. In Wien arbeitete er bei der prominenten Zeitschrift *Der Österreichische Volkswirt*. Es war diese Funktion welche er sich zunutze machte um die damalig prominente österreichische Schule der Ökonomie zu kritisieren. Primärer Angriffspunkt für ihn war die Methodik, welcher sich ihre Mitglieder verschrieben. Seiner Meinung nach konnten wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen nicht allein durch empirische Ansätze gelöst werden. Polanyi appellierte vielmehr darauf Probleme in einem sozio-historischen Kontext zu betrachten, ein Ansatz, der Markenzeichen für sein weiteres Schaffen werden sollte.

Zudem engagierte sich Polanyi politisch sehr stark in der damaligen Partei der Christlich-Sozialen, deren Gedankengut er teilte. In dieser Zeit lernte Polanyi auch die kommunistische Revolutionärin Ilona Duczynska kennen, welche später seine Frau und Mutter seiner 1923 geborenen Tochter Kari Polanyi Lewitt werden sollte.

1933 wurde Polanyi durch den Aufschwung des Faschismus in Österreich aufgrund seiner politischen Orientierung ein Arbeitsverbot erteilt. Dies veranlasste ihn zu einem Umzug nach London, wo er als Journalist und Tutor arbeitete, bis er 1936 eine Stelle als Vortragender bei der *Workers' Educational Association* erhielt. Es waren diese Vorträge welche die Basis für sein bekanntestes Werk *The Great Transformation* legen sollten.



Die Arbeit an dem Buch begann Polanyi erst 1940, als ein Stipendium der Rockefeller Stiftung ihn nach Vermont holte. Das Buch wurde 1943 fertiggestellt und 1944 publiziert.

In diesem, seinem bekanntesten Werk betrachtet er England mit historischen Methoden auf seinem Weg durch die Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert und die Entstehung

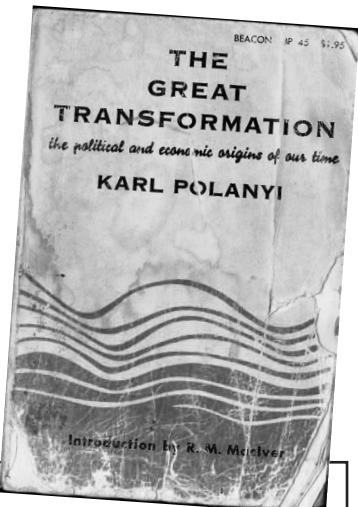
unseres heutigen kapitalistischen Marktsystems. Ähnlich wie Marx vor ihm greift er die These an, dass dieser Prozess auf eine friedliche und vor allem natürliche Weise vor sich ging. Seiner Meinung nach geht der Prozess in eine falsche Richtung und könnte katastrophale Folgen für die Zukunft haben. In seinen Augen sollte der Prozess in die Richtung umgelenkt werden, sodass sich nicht alles dem Markt unterordnet, sondern dem Menschen, welcher auf diesem handelt. Dies hätte ein humanistisches Kapitalismus-Modell zur Folge, welches einer breiteren Masse Wohlstand und Freiheit in einer nachhaltigen Form schenken könnte. Zusätzlich würde solch ein System dem Faschismus zukünftigen Nährboden entziehen.

The Great Transformation zog viel Aufmerksamkeit in intellektuellen Kreisen auf sich, was dazu führte, dass die Columbia University Polanyi von 1947-1953 als Gastprofessor einlud, um Vorträge zum Thema historischer Institutionen und antiker wirtschaftlicher Systeme abzuhalten.

Am 23. April 1964 starb Karl Polanyi in Pickering, Kanada und verschwand daraufhin von den Hauptbühnen der ökonomischen Debatten, auf welchen nun vermehrt die spielen, welche er sein Lebtage kritisierte.

2008 mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise scheint Polanyis Vision sich zu erfüllen. Der ökonomische Mainstream scheint nicht im Stande, die vorliegenden Probleme lösen zu können. Viele Prominente ExpertInnen suchen die Antwort in den Arbeiten von Hayek. Suchen wir jedoch vielleicht an der falschen Stelle? Ist es vielleicht Zeit, den Scheinwerfer auf einen weniger prominenten Österreicher zu richten? Steht uns eine Karl-Polanyische Renaissance bevor, welche den Menschen und die Natur, in welcher er lebt, auf eine höhere Stufe als den Markt stellen würde? Diese Antwort wird uns nur die Zeit bringen.

Bogdan Mihajlovic studiert
Volkswirtschaftslehre an der WU



Karl Polanyi – The Great Transformation
Lesekreis mit Luise Gubitzer
14.4., 18.4., 12.5., 26.5., 9.6., 23.6.
Dienstag, 16.30 Uhr
im VWL-Department (Besprechungszimmer)

“EGO

Das Spiel des Lebens”

von Frank Schirrmacher, erschienen 2013 im Karl Blessing Verlag.
Ein unterhaltsames Buch über die erstaunliche Karriere des homo
oeconomicus, Big Data und die Frage, was uns eigentlich
zu Menschen macht.

Rezension von Ruth Fulterer

ForscherInnen in Cambridge und Standford haben nun bewiesen, was sowieso jeder ahnte – Facebook kennt uns besser als unsere FreundInnen: Diese Nachricht ist einer der neueren Beiträge in der Debatte um die Fortschritte der Datenanalyse. AnalystInnen konnten Persönlichkeiten besser einschätzen als deren engste Vertraute. Abgesehen von EhegattInnen wussten sie am besten vorherzusagen, wie Versuchspersonen auf gute und schlechte Neuigkeiten reagieren und welches Dessert sie essen würden. Ein interessantes Experiment. Kennen uns Algorithmen wie der von Amazon bald besser als wir selbst? So fragt man sich einerseits. Und andererseits: Nennt man das „einen Menschen kennen“, wenn man weiß, ob er sich höchstwahrscheinlich für Eiscreme oder Schokokuchen entscheiden wird?

„Dieses Buch basiert auf einer einzigen These. Sie wird neuerdings wieder verstärkt [...] mit dem Titel ‚ökonomischer Imperialismus‘ diskutiert. Damit ist gemeint, dass die Gedankenmodelle der Ökonomie praktisch alle anderen Sozialwissenschaften erobert haben und sie beherrschen...“ (S. 15). So fasst Schirrmacher sein Vorhaben im Vorwort zusammen. Doch auf den folgenden 300 Seiten geht es nicht um eine akademische Debatte. Schirrmacher, der bis zu seinem Tod im Jahr 2014 Feuilletonist und einer der Herausgeber (sic!) der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* war, zeichnet mit feinem Gespür für gesellschaftliche Tendenzen und aufgrund äußerst facettenreicher Recherche die Konsequenzen nach, die der Aufstieg des homo oeconomicus vom Außenseiter im theoretischen Diskurs bis hin zum Leitmotiv menschlichen Handelns in der Modellierung sozialer Prozesse mit sich brachte.

Diese Biographie des homo oeconomicus beginnt aber nicht bei der ersten Erwähnung dieses Gedankenkonstrukts in der theoretischen Diskussion unter ÖkonomInnen, sondern an dem Punkt, wo dieses Gedankenmodell begann in der Realität relevant zu werden: Es war die Zeit des Kalten Krieges. Den US-amerikanischen StrategInnen ging es darum, eine in ihrem Zerstörungspotential ebenbürtige Supermacht in Schach zu halten, zu täuschen, ihren nächsten Schritt vorherzusagen. Ein gefährliches Pokerspiel, in dem man nur erfolgreich bestehen konnte, wenn man der Gegnerin unterstellte, stets nur im Hinblick auf ihr Eigeninteresse zu handeln, bedenkend natürlich, dass

diese von einem selbst das Gleiche erwartete. Das Ergebnis dieser Strategie ist bekannt: das Nash-Gleichgewicht. Dass Menschen sich nicht immer an die Regeln der Spieltheorie halten, wurde schon in vielen Experimenten gezeigt. Das kümmerte die PhysikerInnen und ÖkonomInnen der RAND-Corporation natürlich wenig, solange die Strategie gegen die UdSSR funktionierte.

Schirrmacher verortet einen Wendepunkt um 1989: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion suchten die PhysikerInnen und ÖkonomInnen, als StrategInnen wurden sie plötzlich nicht mehr gebraucht – nach neuen Anwendungsfeldern für ihre Algorithmen. Schirrmacher beschreibt, wie sie diese an der Wall-Street fanden, und wie so in den neunziger Jahren mithilfe von immer leistungsfähigeren Rechnern der moderne Finanzkapitalismus entstand, dessen komplexe Modellierungen allesamt eine Gemeinsamkeit haben: Sie bauen auf dem homo oeconomicus auf, dem egoistischen Agenten, mit dem man schon im Krieg so erfolgreich strategisches Verhalten vorhergesagt hatte.

Es ist aufschlussreich, sich vor Augen zu halten, welche Szenarien es waren, mit denen man im Kalten Krieg rationalerweise rechnete und drohte: Die Zerstörung ganzer Staaten durch Atombomben als potentielle Reaktion auf deren Angriff: „Keiner wird riskieren, uns untergehen zu lassen, wenn wir eine ganze Welt in den Abgrund stürzen.“ (S. 81) Too big to fail.

Dass Menschen keine AkteurInnen in einem Lebensspiel sind, indem nur gewinnt, wer konstant seinen bzw. ihren Nutzen maximiert, kümmert jene nicht, die aufgrund dieser Annahme Verhalten modellieren, solange Trefferquote und Rendite passen. Allerdings lassen sich Trefferquote und Rendite steigern, wenn das Leben einem solchen Optimierungsspiel immer stärker gleicht.

Das ist der Plan, so Schirrmachers These: Die „Ökonomie des Geistes“ führt Märkte in alle Bereiche des Lebens ein. Es geht darum, möglichst viele Informationen über das Verhalten von Personen zu sammeln. Das Ziel ist nicht, die einzelnen Personen zu verstehen, sondern ihr zukünftiges Verhalten einschätzen zu können, ihre

möglichen Wünsche, aber auch die Risiken, denen diese Personen potentiell ausgesetzt sind. Ein Beispiel dafür sind die VersicherungsanbieterInnen, die Kunden dafür belohnen, wenn sie ihre Fahrtendaten weitergeben, damit Risiken besser eingepreist werden können. (Moral Hazard, das größte Problem in einer Welt der eigennützigen AgentInnen, gehört also vielleicht bald der Vergangenheit an). Das ist die eine Seite. Die andere Seite sind Lebensläufe, die selbst immer mehr einer Daueroptimierung unterworfen sind, angetrieben von der Ideologie, dass jede und jeder alles schaffen kann, dass einem alle Wege offenstehen, wenn man nur bereit ist, konsequent an sich zu arbeiten.

In den USA gibt es eine ganze Branche, die Anleitungen zum Erfolg liefert; Ratgeber zur Lebensoptimierung führen die Bestsellerlisten an. Das Scheitern, dies folgt daraus, ist ein Scheitern der Persönlichkeit. Es ist ein Moment von erbarmungloser Einsamkeit, wenn der Selbstoptimierungscoach einer Journalistin „auf ihre Beschwerde „Es funktioniert nicht“ lächelnd antwortet: „Sie meinen, es funktioniert nicht bei Ihnen!““ (S. 208)

Schirrmacher, den man vielleicht einen Bildungsbürger der alten Schule nennen könnte, machte sich Sorgen darüber, was bleibt, wenn die ständige Neuerfindung, die den Gütermarkt schon lange erobert hat, auf die identitätsstiftenden Bereiche des menschlichen Lebens angewendet wird: Wenn Bildung ersetzt wird durch das, was lebenslanges Lernen genannt wird, ein Euphemismus für die Tatsache, dass Wissen ständig veraltet, weil nur zählt, was verwertet werden kann. „Weil man nur ist, was man tut, und ständig etwas Neues tun muss, produziert man auch permanent ein neues volatiles Selbst.“ Jede Routine kann von Maschinen übernommen werden, der Mensch wird langfristig nur noch da gebraucht, wo man seine Kreativität zu Geld machen kann. Ist es altmodisch von Schirrmacher, zu behaupten, dass gerade die Routine etwas zutiefst Menschliches ist?

Man kann an diesem Buch einiges kritisieren: die Ausflüge in die Literatur des 19. Jahrhunderts, Mary Shelleys Frankenstein, und den Alchemismus, wo der Autor die Vorläufer der Ideologie der Informa-



Frank Schirrmacher

EGO – Das Spiel des Lebens

Verlag Karl Blessing. 2013. München. 352 S.

tionsökonomie verortet, in dem Wunsch, durch die Verbindung mit der Maschine einen besseren Menschen zu erschaffen, sind in ihrer Ausführlichkeit sicher nicht jedermanns Sache.

Schirrmacher stellt seine Thesen oft etwas überspitzt dar, er ist eben kein Ökonom, sondern Journalist. Ein Journalist, der akribisch recherchiert (allein die Bibliographie ist es eigentlich wert, dieses Buch aufzuschlagen), der aus einer humanistischen Perspektive auf unsere Zeit blickt, der vielleicht gerade deshalb die richtigen Fragen stellt.

Er hinterfragt Behauptungen, die heute als „common knowledge“ akzeptiert sind, zeigt, woher sie kommen und entlarvt sie als Ideologie – als Ideologie, deren Menschenbild in ihren Konsequenzen die Demokratie gefährdet. „Man gewöhnt sich an zu viel“, meinte Schirrmacher bei einer Diskussion seines Buches in Wien im Frühling 2013 (Video auf wienerstadtgespräch.at). Sein Buch ist ein Plädoyer dafür, nicht alles zu akzeptieren, was als schöne neue Welt verkauft wird. „Eine Anregung, darüber nachzudenken, was uns zum Menschen macht“, wie Ranga Yogeshwar im Klappentext zitiert wird.

Gehört dazu vielleicht auch die Freiheit, es anders zu machen, als es der Algorithmus erwartet? Heute einmal den Schokokuchen zu nehmen statt der Eiscreme – einfach so?

Ruth Fulterer studiert Volkswirtschaft an der WU und Philosophie an der Uni Wien.

Maturity and Stagnation in American Capitalism

Josef Steindl | Monthly Review Press | erschienen 1952, neu aufgelegt 1976 | 19,80 Euro | 246 S. | Rezension von **Victoria Fattinger**

„What might be done to overcome the sterility of today's economics? The first condition is that we go back to the great traditions of the classics, Kalecki and Keynes, whose work was rooted in the economic policy problems of their time“ (Steindl, 1984)

Als Josef Steindl 1952 mit *Maturity and Stagnation in American Capitalism* sein Hauptwerk veröffentlichte, war die Welt im Umbruch. Die Wirtschaftswissenschaften waren ergriffen vom gewaltigen Wachstum der Nachkriegszeit, von rapide ansteigender Beschäftigung – und vor allem von der Neoklassik. In dieser Atmosphäre war das Interesse an einer Analyse der Ursachen der Krise 1929-1939 verschwindend gering.

Dabei belegt Steindl in *Maturity and Stagnation* empirisch einen Trend, der uns auch heute sehr beschäftigt: Jene Tendenz hin zu Stagnation, die kapitalistische Systeme mit zunehmender Reife aufweisen. Steindl rollt das Problem in zwei Teilen sowohl mithilfe mikro- als auch makroökonomischer Analysemethoden auf, ganz in der Tradition seines Freundes und Lehrers Michał Kalecki:

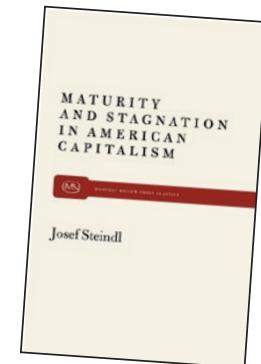
Am Beispiel der US-amerikanischen Firmenlandschaft (und mithilfe einiger großartiger, handgezeichneter Grafiken) zeigt er auf, dass mit zunehmender Reife des Systems ein Übergang von einer kompetitiven zu einer oligopolistischen Struktur stattfindet. Zunehmende Kapitalkonzentration und Überschusskapazitäten dämpfen den Investitionswillen vorhandener Firmen und erschweren den Eintritt neuer, was das Wachstum stagnieren lässt.

Auf der Makroebene behandelt Steindl die zunehmende Kapitalakkumulation in den Vereinigten Staaten 1869-1939 als Ursache für Stagnation – unter anderem im Rahmen eines Kapitels zur Marx'schen Kapitalakkumulation, die er theoretisch weiterentwickelt. Wer nur ein oder zwei Kapitel lesen möchte, der bzw. dem sei dieses wärmstens empfohlen: Steindl verbindet auf anschauliche Weise seine eingehende Kenntnis von Marx' Werk mit Keynes und verknüpft das Ergebnis mit seinen eigenen Erkenntnissen aus diesem Buch.

Insgesamt kommt Steindl zu dem Ergebnis, dass geringes Wachstum, Arbeitslosigkeit und ungenützte Kapazitäten zwangsläufig Elemente „reifer“ kapitalistischer Volkswirtschaften sein müssen. Oder besser gesagt: Dass die Krise 1929-1939 zwar zum Teil das Resultat besonderer Umstände war, letzten Endes

aber eine Konsequenz aus der Reife des Kapitalismus.

Als Steindl *Maturity and Stagnation* 1976 unüberarbeitet neu auflegte, tat er das im vollen Bewusstsein dessen, dass einige der Dynamiken, die er darin beschrieben hatte, nicht mehr so funktionieren konnten wie in jener Periode, die er zu erklären versuchte (ca. 1869-1939).¹ Dass seine Analysen nicht eins zu eins auf die heutige Zeit anwendbar sind, macht sie aber nicht weniger wertvoll – und (alleine schon der handgezeichneten Grafiken wegen) nicht weniger lesenswert.



Victoria Fattinger studiert
Volkswirtschaftslehre an der WU

Literatur

- Rothschild, K. 1994. Josef Steindl: 1912-1993. *The Economic Journal*, Vol. 104, No. 422 (January), pp.131-137.
Guger, A. 2012. Wirtschaftsforschung mit internationaler Reputation: Josef Steindl 1912-1993. *WIFO-Monatsberichte* 6/2012, pp. 481-484.

Fußnote

- ¹ Die Weiterentwicklung seiner Analysen zur Stagnation finden sich unter anderem in:
(1) Steindl J. 1979. Stagnation Theory and Stagnation Policy. *Cambridge Journal of Economics*, vol. 3 (March)
(2) Steindl J. 1989. From stagnation in the 30s to slow growth in the 70s. In: Berg (1989).

wipol:akademie

Die vorherrschende wirtschaftspolitische Diskussion ist sehr stark von Machtstrukturen dominiert, die Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Wissenschaft verzerren und die Leistungen jener arbeitenden Menschen in den Hintergrund stellen, welche die eigentlichen Leistungsträger_innen der europäischen Volkswirtschaften sind. In der Wirtschaftspolitischen Akademie organisieren Studierende den kritischen Gedankenaustausch rund um die soziale Verantwortung wirtschaftlichen Handelns.

Die Bewerbungsphase findet von 1. Mai bis 16. Juni statt. Um nichts zu versäumen, kannst du dich unter <http://wipol.at/bewerbungsreminder> eintragen.



! Bewerbungsphase: Mai

Wer unterrichtet dich?

Alyssa Schneebaum

Alyssa Schneebaum has received her PhD from the University of Massachusetts, Amherst and is currently Hertha Firnberg Post-Doctoral Research Fellow at WU. Her main research interests are in the fields of income and wealth inequality, socio-economic persistence across generations, and poverty. Interview by **Valentin Unger**

Since when are you in Austria?

I first came attentively to check things out in summer 2010 and then I officially moved in the beginning of 2011.

Do you like it?

I absolutely love it!

At the moment you are teaching gender Economics and International Macroeconomics.

Well, my very first job in Austria was as a lecturer for International Macroeconomics. That's how I got started at WU. Way before I had a research position, I was just teaching this one class in International Macroeconomics. Since then I just kept on doing it, although this winter semester 2014/15 it will be my last time. Instead I'm doing a class on Advanced Economic Policy in the summer semester focusing on gender and family issues. Where I will, together with students, analyze policy effectiveness and gender equality.

What brought you originally to economics as a discipline and, as time advanced, to gender questions that are related to economics?

I took my first economics class in high school when I was 17. I always just liked it, it was a little weird, kind of abstract. It was not about how things actually are but it kind of made sense. Then I went to college and I got into the gender issues quite quickly. For me it was not really studying something but it is a really reasonable way of thinking about the world. Gender matters. Ethnicity matters. Differences matter. Categories matter. That understanding of identity and how we are all socialized, that really came out in my gender classes.

At the same time I was taking economics classes because I liked it and I enjoyed how it made my brain work. One thing lead to another and in my third or fourth year of my bachelors I started to see a lot of connections. The fact that there is gender inequality, that has everything to do with economics. Gender economics was not really a decision it just made sense.

Looking at your CV in preparation for this interview, I was impressed on how much you have already done and even published at such a young age. What would your advice be for students who think about pursuing an academic career?

First of all it depends on who you ask if my CV is impressive. There are like 25 year old kids who have crazy 10 page long CV'S. (laughs)

Honestly I think the only reason I have written so much and published so much is because I really do what I like. To me, I was making a joke about it this weekend, I have no work-life balance because I do not separate the two. My work is what I would choose to do even if I did not have to do it. I like to read and write and talk about this stuff, so it's easy. So the best way to be successful is to do what you like to do.

What would you say is the key difference between university back here and university in the US?

I would say universities in the US are like really heterogeneous. I took my bachelors at a university with 3500 students. My biggest class had like 15 people. So I got a lot of personal attention which helped me a lot. This is also the way I'm trying to teach classes back here. I try to read all my students' papers and give them helpful feedback.

On the other hand I took my Ph.D. at a university that had 40.000 students where there was none of the attention given to the Bachelor students. It was very much like a place like the WU.

That was at the University of Massachusetts, Amherst?

Yeah, exactly. I think you can not compare Austria and the US as there are institutional differences. There are places like WU for example UMASS where I also studied. The question really is how the private schools differ from the public schools. That is where the difference lies.

Have you got a favourite economist?

That changes pretty often, depending on what I'm reading. Yesterday I have read the essay "Letter of a Keynesian to a Marxist" by Joan Robinson and thought that she is definitely up there with my favourite economists. Then a few weeks ago I have been to the lecture by Ha-Joon Chang and thought that this guy totally gets it. It is the variety of people who pursue economic problems in their own way. Then Piketty is also very interesting but he does not talk about gender, and this is where I feel that I come in and try to look at stuff from a new angle.

Because inequality is also a very important field for you. You recently published two

papers called "Vermögensunterschiede in Österreich nach Geschlecht" and you also have one for the European Union now. Specifically for Austria, could you say something about the data situation?

Yeah, inequality and its effects belong to the centre of my work. Well, the data situation on wealth in Austria is really bad. The situation for the whole of Europe just became better. Three years ago there was nothing. Then we got the HFCS which at least improved the situation for the European Union as a whole. This is a very well harmonised dataset, so you really got the same data for every country which is not that usual. It is small in the sense that we have for Austria 1380 households. There are still problems such as that we can not get regional information or it is assumed that the wealth a household owns is shared equally between the household's members. In Germany there is a panel called SOEP where each member of the household is asked, how much of the wealth do you think is yours. Here we see that people have more or less access to the wealth of a household. Still the HFCS is a huge step into the right direction.

Did you have Wiener Schnitzel yet?

Today? Not yet. But I really like it.

Where have you been on holidays the last time?

I have been to South-East Asia. Cambodia, Laos and Thailand and tomorrow I'm flying to Peru and Bolivia.

What is your favourite food?

Chocolate covered strawberries. I really like chocolate. Or a really good steak. I did not have one yet in Vienna (recommendations welcome). But go to New York and they have the best steaks besides Argentina.

What do you miss the most from the US?

Diners. There are those places where you can eat everything in the world what you could think of to eat. Often they are open 24 hours a day. Actually the food might not be that good but the whole atmosphere is amazing. You get constant refills on coffee which is really cool as well. I have been to a really Viennese Kaffeehaus the other day and had some amazing Apfelstrudel.

Valentin Unger ist studying Economics at WU

Veranstaltungskalender

April

- 1st Vienna Conference on Pluralism in Economics (VCPE)**
 Konferenz der Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien
 10.-12. April, WU Wien
conference.plurale-oekonomik.at
- VW/SozÖk/SEEP Plenum**
 Montag, wöchentlich, 17 Uhr, D4.0.127
- Polanyi-Lesekreis „The Great Transformation“**
 mit Luise Gubitzer
 Dienstag, 14.4., 28.4., 12.5., 26.5., 9.6., 23.6., 16.30 Uhr
 Besprechungszimmer des Department VWL (D4, 2. Stock)
- Ideensuppe**
 mit Stefan Humer und Mathias Moser
 15. April, 12 Uhr, Departmentlounge (2. Stock, D4)
- E-Views-Kurs**
 16. April 2015, 17-20 Uhr, LC -1.038, Anm.: eviews_kurs@gmx.at
 Folgetermine: 12.5. und 11.6. (selbe Zeit)
- Wer prägt den ökonomischen Diskurs?**
 Buchpräsentation „Die Krise verstehen“ und Podiumsdiskussion
 mit Ingrid Kubin, Markus Marterbauer, Joseph Gepp, Moderation: Franziska Disslbacher
 21. April 2015, 18 Uhr, TC.4.01, Anm.: vwz-events@wu.ac.at
- Frauen Ideen Fabrik 2015**
 Transdisziplinäre Wissenschaftstagung
 Samstag, 25. April 2015 ab 8:30 Uhr, WU Wien
 Anmeldung: oeh.ac.at/blog/frauen-ideen-fabrik-2015
- Ideensuppe mit Harald Oberhofer**
 Donnerstag, 30. April 2015, Department Lounge (D4, 2. Stock)
- International Financial Institutions in a Changing World Order**
 mit Kurt Bayer, Konstantin Huber
 6. Mai, 18 Uhr, C3 - Centrum für Internationale Entwicklung, Alois Wagner-Saal
- Heuriger**
 Das gemütliche abendliche Get-together für Studierende und Fertigstudierte
 Freitag, 8. Mai 2015, Ort nach Ankündigung
- Do We Really Need Development Banks?**
 zweitägiger Workshop an der WU
 Freitag/Samstag, 8.-9. Mai 2015, 9-15 Uhr, TC.5.13
- ÖH-Wahl**
 19.-21. Mai, an deiner Uni
- IMK-INETysi Workshop**
 Workshop von IMK und Young Scholars Initiative
 21.-23. Mai 2015, Berlin Spandau
- An Introduction to Post Keynesian Economics and Political Economy**
 Workhsop mit u.a. Engelbert Stockhammer, Victoria Chick, Gary Dymski
 12.-14. Juli, Kingston University London
 Early Bird Registration bis 1.6. (reduzierter Beitrag von 85 bzw. 60 GBP)
- FMM-Konferenz**
 „The Spectre of Stagnation? Europe in the World Economy“
 22.-24. Oktober 2015, Berlin
 Call for Papers bis 30. Juni
- Momentum Kongress**
 22.-25. Oktober 2015, Hallstatt, Oberösterreich
 Call for Papers bis 30. April, Thema: „Kritik“

Mai

Juli

Oktober

Standpunkte
 Redaktionssitzung
 Montag, 27.4.
 18.30 Uhr
 D4.0.127

